

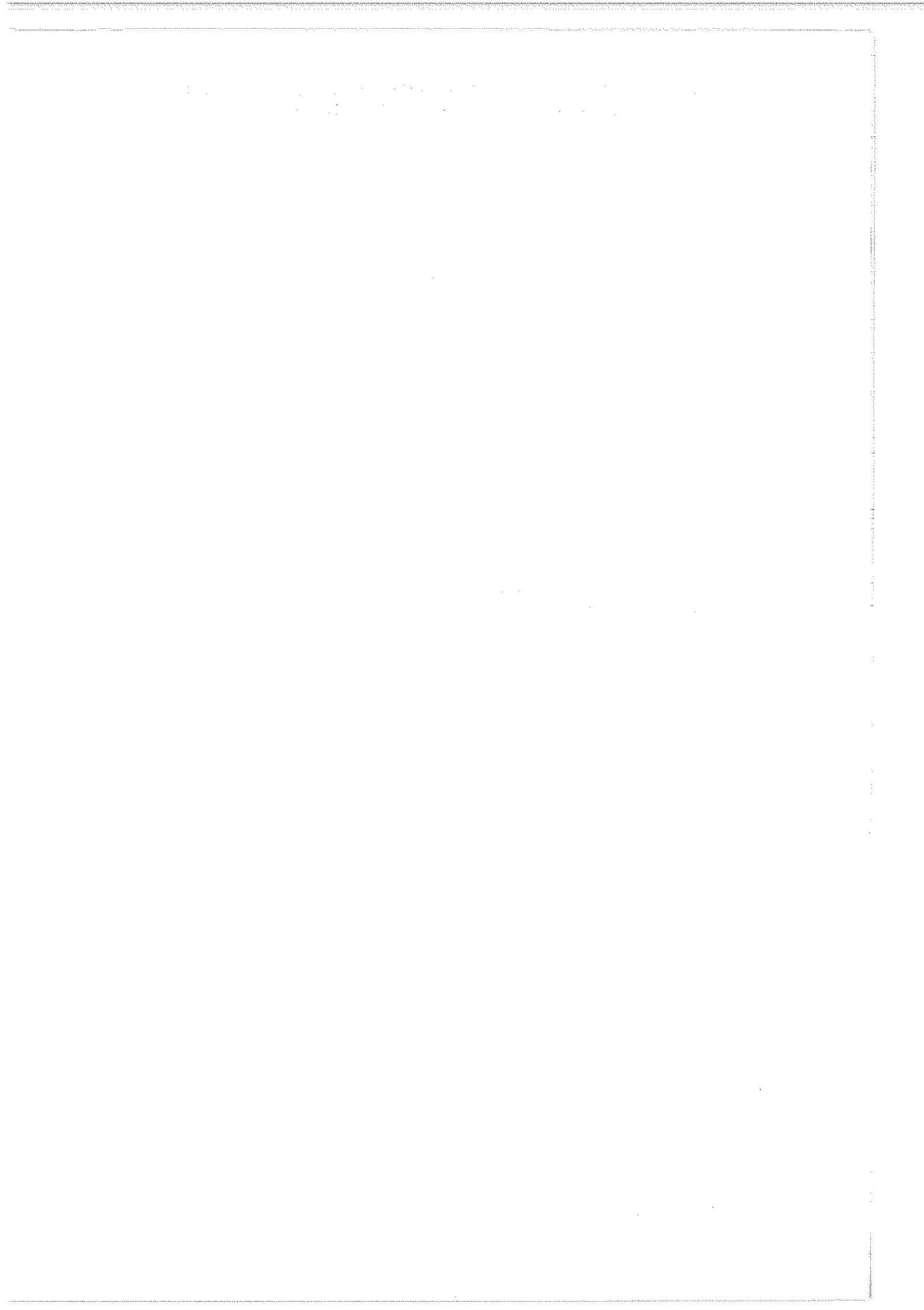
**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

VIII. Legislatura - VIII. Gesetzgebungsperiode  
1978-1983

Atti Consiliari  
Sitzungsberichte des Regionalrates

SEDUTA **12.** SITZUNG

**12. 7. 1979**



## Indice

Designazione di tre rappresentanti della Regione, di cui uno in rappresentanza della minoranza, in seno al Consiglio di amministrazione dell'Opera Universitaria della Libera Università degli Studi di Trento (art. 9 della legge 30 novembre 1973, n. 766)

pag. 601

Delibera n. 3: "Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Carzano e di Telve"

pag. 631

Delibera n. 4: "Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno"

pag. 635

Disegno di legge-voto n. 1: "Modificazioni alla legge costituzionale 23 febbraio 1972, n. 1, in riferimento all'art. 27 dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige (presentato dai consiglieri regionali del gruppo consiliare del P.C.I.)

pag. 642

## Inhaltsangabe

Namhaftmachung von drei Vertretern der Region — davon einer in Vertretung der Minderheit — im Verwaltungsrat des Hochschulwerkes der freien Universität Trient (Artikel 9 des Gesetzes Nr. 766 vom 30. November 1973)

Seite 601

Beschluß Nr. 3: "Antrag an den Regionalrat, die Volksbefragung zur Änderung der Gebietsgrenzen der Gemeinden Carzano und Telve nicht auszuschreiben"

Seite 631

Beschluß Nr. 4: "Antrag an den Regionalrat, die Volksbefragung zur Änderung der Gebietsgrenzen der Gemeinden Kastelbell-Tschars und Naturno nicht auszuschreiben"

Seite 635

Begehrensgesetzentwurf Nr. 1: "Änderungen am Verfassungsgesetz vom 23. Februar 1972, Nr. 1, mit Bezug auf Artikel 27 des Sonderstatutes für Trentino-Südtirol" (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten der Fraktion der Kommunistischen Partei Italiens)

Seite 642

**Interrogazioni e interpellanze**

**pag. 643**

**Anfragen und Interpellationen**

**Seite 643**

**Disegno di legge n. 4: "Nuovo ordinamento del  
Mediocredito Trentino-Alto Adige"**

**pag. 647**

**Gesetzentwurf Nr. 4: "Neuordnung des Medio-  
credito Trentino-Alto Adige" (Investitionsbank  
Trentino-Südtirol)**

**Seite 647**

## Presidenza del Presidente Paris.

Ore 10.05

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZARI: (Segretario questore — P.C.I.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 21.6.1979

MARZARI (Segretario questore — P.C.I.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Punto 1) dell'ordine del giorno: "Designazione di tre rappresentanti della Regione, di cui uno in rappresentanza della minoranza, in seno al Consiglio di amministrazione dell'Opera Universitaria della Libera Università degli Studi di Trento" (articolo 9 della legge 30 novembre 1973, n. 766).

Chi prende la parola per le proposte? La parola al cons. Langer.

LANGER (N.S.—N.L.): Propongo, d'intesa con i gruppi di minoranza per lo meno della sinistra, Günther Pallaver, presidente pro tempore della Südtirolerhochschülerschaft.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tretter.

TRETTER (P.P.T.T.—U.E.): A nome del P.P.T.T. noi proponiamo il dott. Romano Bampi.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

*(Interruzione)*

Scusi consigliere, io ho chiesto al segretario questore, perchè stavo leggendo una norma, m'ha detto prima il cons. Benedikter, e gli credo sulla parola.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Das letzte Mal, als diese Sache im Regionalrat behandelt worden ist, wurde sie vertagt, und zwar nicht wegen Schwierigkeiten in der Namhaftmachung dieser drei Vertreter in diesem Universitätshilfswerk, sondern wegen einer verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsfrage. Diesbezüglich haben die Regionalratsabgeordneten ja zuerst eine kurze Stellungnahme von mir, ein Gutachten des Herrn Prof. Guarino und dann, neuerlich, eine längere Stellungnahme von mir bekommen und sicher auch gelesen, wo die Frage der Zuständigkeit des Regionalrates aufgeworfen wird. Die Frage ist nicht — wie vielleicht gewisse Kollegen meinen könnten — eine rein theoretische, obwohl auch, wenn sie theoretisch wäre, sie sich dann auf die Autonomie auswirkt, sondern berührt ein Problem sehr praktischer Natur. Ich setze voraus, daß ihr die Stellungnahmen, sowohl von Prof. Guarino als auch die zwei Stellungnahmen von mir, gelesen habt. Die praktischen Folgen,

die noch nicht aufgezeigt worden sind, möchte ich jetzt kurz darstellen:

In den Verhandlungen über den sogenannten veränderlichen Anteil gemäß Art. 78 des Autonomiestatutes, an denen ich für die Provinz Bozen seit 1972 teilnehme, immer zusammen mit dem Präsidenten des Landesausschusses von Trient, wurde von mir die Beteiligung der Provinz an dem staatlichen Haushaltsposten von rund 80 Milliarden Lire aufgeworfen, was die Betreuung der Universitätsstudenten betrifft. Ich habe diesbezüglich dann für den Verhandlungspartner, den Generalbuchhalter und Kabinettschef des Ministerpräsidenten Andreotti während der letzten drei Jahre, Herrn Dr. Milazzo, ein Promemoria verfaßt und auf den Art. 113 des Autonomiestatutes hingewiesen, worin die Provinz Bozen ermächtigt wird, trotz der Bestimmung, die im Art. 8 enthalten ist — wonach die Provinzen an sich für Schulfürsorge autonome gesetzgeberische Zuständigkeit nur in den Bereichen haben, wo sie in anderer Hinsicht über Gesetzgebungsbefugnis verfügen — also das wären die Schulen vom Kindergarten bis zur Oberschule —, ihre bisherige Gesetzgebung beizubehalten — und das dürfte höchstwahrscheinlich den Trentinern nicht bewußt sein —, die Provinz Bozen hat gemäß altem Autonomiestatut, das bis 20. Januar 1972 in Kraft war, Gesetze für Studienstipendien und für Betreuung im allgemeinen oder Schulfürsorge, wie man es gemäß Kompetenztitel nennen würde, für Hochschüler erlassen, die in Kraft getreten also nicht angefochten worden sind, weil das Wort Schulfürsorge umfassend für alles, wo es eine Schulfürsorge braucht, ausgelegt worden ist. Das Gesetz war vom Jahr 1961 und im Art. 113 des Autonomiestatutes steht eben, daß die Provinz dieses Gesetz weiterführen, das heißt de facto auch die Schulfürsorge für Universitätsstudenten weiter betreiben kann und daß sie sowohl die

Anzahl der Stipendien als die Höhe der Stipendien — Sie wissen ja, die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Inflation — erhöhen, verändern kann. Das steht im Art. 113 des neuen Autonomiestatutes drinnen: damit ist irgendwie die Zuständigkeit, die früher bestanden hat, indem Gesetze in Kraft getreten sind, nicht als echt autonome Zuständigkeit aufrechterhalten, aber trotzdem können die Gesetze von damals weitergeführt, ja sogar a-jour-gebracht werden.

Also ich habe diesen Umstand, daß wir ja diese Gesetze weiterführen, gegenüber Dr. Milazzo geltend gemacht und ich habe weiters geltend gemacht — es war für den Haushalt 1978, nachdem das Gesetzdekret Nr. 616 im August 1977 in Kraft getreten war —, daß ja die Provinzen Bozen und Trient, auch unabhängig vom Art. 113, sowieso auf Grund der Ausdehnung des Dekretes Nr. 616 auf die Provinzen Bozen und Trient, die kommen muß, dann wieder für die Schulfürsorge für Hochschüler zuständig werden. Wir haben also jetzt das zweite Mal in unserem Haushalt den Prozentsatz von 1,61 auf rund 80 Milliarden Lire vereinbart und diese Einnahme für Hochschulstipendien im In- und Ausland bestimmt.

Die Frage des Universitätshilfswerkes für die Universität Trient ist ja seitdem nicht entstanden — das letzte Mal wurden diese Vertreter vor fünf Jahren namhaft gemacht —, sie ist jetzt erst entstanden.

Und jetzt muß ich geltend machen — dem Regionalrat darf ich das nicht verheimlichen —, daß, wenn der Regionalrat heute hergeht und diese Bestimmung im Gesetz über diese Hilfswerke — die Bezug nimmt auf die Regionen im allgemeinen — heute auslegt, als ob sie sich auf die Region Trentino-Südtirol beziehen würde und nicht auf die Provinzen, dann ist das Anlaß für das Schatzministerium, für die Mitarbeiter,

sagen wir, von Herrn Dr. Milazzo, uns diesen Posten, die Beteiligung an diesem Posten bis auf weiteres wieder zu streichen, denn ihr wißt, wir haben — die Provinzen Bozen und Trient — hinsichtlich des veränderlichen Anteils für das Haushaltsjahr 1979 eine sprunghafte Erhöhung genossen, eine Erhöhung, die nach Ansicht vieler Eingeweihter in Italien nicht mehr gerechtfertigt ist und sie sind krankhaft auf der Suche nach Posten und nach Methoden, den Anteil der Provinzen Bozen und Trient gemäß Art. 78 zu redimensionieren — ein Anteil ist immerhin für die Provinz Bozen rund eineinhalb Milliarden Lire —, mit der Begründung: ja, wenschon der Regionalrat als solcher, der ja an sich auch der Verfechter der Autonomie sein sollte, nicht nur der Region, sondern auch der Provinzen — nicht wahr, wir haben ja gehört in den programmatischen Erklärungen, die Region will nach wie vor sich für die Autonomie im allgemeinen, sowohl der Region als auch der Provinzen und für eine gute Zusammenarbeit zwischen den Provinzen innerhalb der Region einsetzen usw. —, wenn nun der Regionalrat hergeht und heute mit einer Abstimmung diese Vertreter namhaft macht, als ob er nach wie vor zuständig wäre, dann ist das ein Umstand, der beim Schatzministerium, von den Mitarbeitern Herrn Dr. Milazzos, die ich mit Namen nennen könnte, wahrgenommen wird, um uns hier vorderhand, bis auf weiteres, diese Einnahme zu streichen.

Ich möchte noch sagen: Es ist ja so, daß der Verfassungsgerichtshof in mehreren Urteilen — ich bin selbstverständlich imstande, euch das alles als Unterlagen zu unterbreiten — den Standpunkt vertreten hat, und zwar nach Inkrafttreten des neuen Autonomiestatutes, daß es nicht notwendig ist, daß in jedem Staatsgesetz, wenn von den Regionen die Rede ist, immer auch gesagt wird: die Normalregionen, die Spezialregionen und die autonomen Pro-

vinzen Bozen und Trient, sondern wenn es heißt: Regionen, dann sind immer auch die autonomen Provinzen Bozen und Trient gemeint, es sei nicht notwendig, sie eigens zu erwähnen. Also haben wir diesbezüglich Rekurse an den Verfassungsgerichtshof eingebracht. Denselben Standpunkt nimmt selbstverständlich auch der Rechnungshof ein. So daß zusätzlich zu den Argumenten, die hier in den Schriftstücken geltend gemacht worden sind und die Sie ja gelesen haben, auch dieses Argument hinzukommt, das sich auf die Finanzen der Provinzen und auf die bereits von der Provinz Bozen getätigte Betreuung der Hochschüler durch Studienstipendien — es geht, wie gesagt, um rund eineinhalb Milliarden Lire — auswirken dürfte.

So daß ich den Regionalrat noch einmal ersuche, nicht diese Vertreter als Regionalrat namhaft zu machen, sondern die Namhaftmachung derselben, was das Hilfswerk der Universität Trient betrifft, dem Landtag von Trient zu überlassen.

*(La scorsa volta, il Consiglio regionale, trattando questo problema ha provveduto rinviare il relativo punto dell'ordine del giorno, non tanto per difficoltà di designare questi tre rappresentanti in seno all'opera universitaria; quanto per una questione di competenza, che riveste carattere costituzionale. A tal riguardo ai Consiglieri regionali erano stati distribuiti innanzitutto una mia breve presa di posizione ed un parere del prof. Guarino ed in un secondo momento un'ulteriore e più dettagliata presa di posizione, documenti, che Loro Signori avranno certamente esaminati, in cui è stata sollevata la questione di competenza del Consiglio regionale. La questione non è — come ritengono forse certi colleghi — puramente teorica e, se anche lo fosse, si ripercuoterebbe comunque sull'autono-*

*mia, in quanto il suo nocciolo presenta aspetti di natura molto pratica. Suppongo che i Signori Consiglieri abbiano letto le mie prese di posizione, come pure il parere del prof. Guarino, pertanto desidero esporre le conseguenze pratiche, peraltro non illustrate nei documenti in Loro possesso.*

*Nel corso delle trattative sulla cosiddetta quota variabile a sensi dell'art. 78 dello statuto di autonomia, alle quali partecipo sin dal 1972 per la Provincia di Bolzano insieme al signor Presidente della Giunta provinciale di Trento, ho sollevato la questione concernente la partecipazione della Provincia al capitale del bilancio statale, che prevede 80 miliardi circa per l'assistenza a favore degli studenti universitari. A tal proposito ho elaborato un promemoria per il partner delle trattative, il dott. Milazzo, il ragioniere generale e capo del gabinetto del Presidente del Consiglio dei Ministri, Andreotti, in questi ultimi tre anni, facendo riferimento all'art. 113 dello statuto di autonomia, che autorizza la Provincia di Bolzano di mantenere la sua attuale legislazione, nonostante la norma di cui all'art. 8, che limita la competenza autonoma legislativa per l'assistenza scolastica ai soli settori già di per sé di competenza provinciale, vale a dire dalle scuole materne fino agli istituti di istruzione secondaria di secondo grado. Probabilmente i colleghi trentini non sono a conoscenza che, a sensi del precedente statuto di autonomia operante fino al 20 gennaio 1972, avevamo emanato leggi concernenti borse di studio e l'assistenza generale, legiferandoci così in materia di assistenza scolastica, questo è il titolo ufficiale, anche a favore degli studenti universitari. Detti provvedimenti legislativi sono divenuti operanti e non sono mai stati peraltro impugnati, in quanto l'assistenza scolastica è stata interpretata nel senso più ampio della parola e comprende pertanto tutta l'assistenza*

*connessa alla scuola. La legge risale al 1961 e all'art. 113 dello statuto di autonomia si legge infatti che la Provincia è autorizzata all'ulteriore applicazione di tale provvedimento, vale a dire che può di fatto provvedere all'assistenza nel senso scolastico a favore degli studenti universitari, modificando ed aumentando il numero e l'ammontare delle borse di studio, secondo l'aumento del costo della vita e la rata di inflazione. Questo risulta dall'art. 113 del nuovo statuto di autonomia. In questo modo la competenza precedente viene ulteriormente mantenuta, anche se non espressamente, nella forma che una legge a sensi del vecchio statuto può essere ulteriormente applicata ed addirittura aggiornata ai livelli attuali.*

*Tale circostanza è stata da me fatta valere nei confronti del dott. Milazzo ed in occasione della trattazione per il bilancio 1978, quindi dopo l'entrata in vigore del D.L. dell'agosto 1977, n. 616, ho insistito sul fatto che indipendentemente dall'art. 113, le Province di Bolzano e Trento otterranno comunque la competenza in materia di assistenza scolastica, con l'estensione, alla quale si dovrà dar luogo, del decreto 616 ai due enti autonomi. Già per la seconda volta il nostro bilancio ha introitato la percentuale di 1,61 su 80 miliardi circa, e tale entrata è stata impiegata per borse di studio a favore di studenti universitari che frequentano sedi universitarie italiane od estere.*

*Il problema dell'opera universitaria della libera università di Trento non è mai sorto — la scorsa volta questi rappresentanti erano stati nominati per il quinquennio — quindi la questione viene affrontata ora per la prima volta.*

*Devo fare presente al Consiglio regionale che, — non posso tacere tale circostanza — interpretando la norma di legge concernente le opere universitarie, che si riferisce alle Regioni in generale, nel senso di ascriverla alla Regione*



*Trentino-Alto Adige e non alle Province, significa dare modo al Ministro del Tesoro, diciamo ai collaboratori del dott. Milazzo, di depennare fino ad ulteriori sviluppi questo capitolo, vale a dire la partecipazione a tale capitolo del bilancio dello Stato, in quanto, Loro Signori saranno senz'altro a conoscenza, le Province di Bolzano e Trento hanno potuto registrare un sensibile aumento della quota variabile, aumento che a parere di molti esperti del Ministero non è più giustificabile e sono alla ricerca morbosa di capitoli e metodi, atti a ridimensionare la quota delle Province di Bolzano e Trento a sensi dell'art. 78, quota che per la Provincia di Bolzano ammonta ad 1,5 miliardi di Lire. Facendo quindi prevalere l'interpretazione sopra descritta gli organi competenti potrebbero ricorrere alla seguente motivazione: se il Consiglio regionale come tale, che dovrebbe essere il fautore dell'autonomia non solo della Regione, ma anche delle due Province, — infatti secondo le dichiarazioni programmatiche la Regione vuole adoperarsi per l'autonomia in generale, non soltanto della Regione, ma anche delle due Province, nonché per una buona collaborazione tra le Province nell'ambito regionale ecc. — se quindi, ripeto, il Consiglio regionale ha provveduto con una votazione a nominare questi tre rappresentanti, gestendo in proprio tale competenza, tale entrata è da depennarsi momentaneamente in attesa di altri sviluppi. Questa sarebbe la motivazione che il Ministero del Tesoro, i collaboratori del dott. Milazzo, farebbero valere non appena venissero a conoscenza della succitata circostanza.*

*Desidero aggiungere che la Corte costituzionale dopo l'entrata in vigore del nuovo statuto di autonomia ha sostenuto in diverse sue sentenze il punto di vista che in ogni legge nazionale riferita alle Regioni non è necessario indicare*

*espressamente le Regioni a statuto ordinario, speciale e le Province autonome di Bolzano e Trento, in quanto il termine Regioni è da intendersi comprensivo delle Province di Bolzano e Trento. Questo è stato naturalmente l'esito dei nostri ricorsi presentati. Lo stesso punto di vista è sostenuto pure dalla Corte dei conti. Agli scritti, in Loro possesso, Signori Consiglieri, che ritengo siano stati esaminati dai colleghi, va aggiunto anche questo argomento, che potrebbe ripercuotersi sulle finanze delle Province e sull'assistenza fornita dalla amministrazione provinciale di Bolzano agli studenti universitari, per mezzo di borse di studio e che trattasi, come già detto, dell'importo di circa 1,5 miliardi di lire.*

*Invito pertanto nuovamente il Consiglio regionale di non nominare questi tre rappresentanti in seno all'opera universitaria di Trento, ma di lasciarli designare dal Consiglio provinciale trentino.)*

PRESIDENTE: Il collega cons. Benedikter mi pare abbia fatto una proposta pregiudiziale all'ulteriore corso dei lavori, che, se ho inteso bene, è di sospensione del punto dell'ordine del giorno.

La proposta formalmente che cos'è?

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich habe nicht von neuerlicher Vertagung oder Aufschub gesprochen, sondern daß abgestimmt werde, ob der Regionalrat diese Befugnis wahrnimmt oder, was ich beantrage, daß der Regionalrat ablehnt, soll ablehnen, diese Befugnis wahrzunehmen und dann ergibt es sich von selbst, daß der Landtag von Trient die Namhaftmachung vornehmen wird.

*(Non ho parlato di ulteriore rinvio, ma di chiamare il Consiglio regionale a decidere, se*

*intende fare propria questa competenza, o di ricusarla, come io propongo, la qual cosa investirebbe automaticamente il Consiglio provinciale di Trento di tale incombenza.)*

PRESIDENTE: Certo. Allora è comunque una questione pregiudiziale sulla competenza, in sostanza.

Applichiamo pertanto l'art. 73: sulla proposta hanno diritto di parlare due a favore e due contro.

Chi prende la parola?

PASQUALI (D.C.): *(interrompe)*

PRESIDENTE: Non ho capito, cons. Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Si chiede di orientare il dibattito su una proposta pregiudiziale. L'assessore Benedikter ha espresso il suo punto di vista e credo che sia interessante proprio il tema centrale rispetto al quale sentire le valutazioni che vengono al Consiglio, ma in un dibattito libero e aperto, senza porre questioni pregiudiziali che verranno in caso, se sarà necessario, dopo.

PRESIDENTE: Se il Consiglio è d'accordo su questa proposta, diversa dalla mia, io non ho niente in contrario, cioè m'era parso di capire come una questione pregiudiziale; se l'aula intende che il dibattito sia più ampio non ho assolutamente niente in contrario.

Chi prende la parola sull'argomento? La parola al cons. Tomazzoni.

TOMAZZONI (P.S.I.): Per cercare di capire meglio questi nuovi elementi che per la prima volta sono portati qui dal cons. Benedikter. Abbiamo già discusso di questa questione e abbiamo discusso su quelle che sono le

interpretazioni da dare alle competenze che spettano o spetterebbero alla Regione secondo la vecchia legge, alle Province secondo l'estensione del D.P.R. 616, che però ancora non è in applicazione nella nostra Provincia. E noi ritenevamo — abbiamo già espresso il nostro parere e qui lo sintetizzo rapidamente — ritenevamo che fino a quando questo D.P.R. non viene, con una nuova norma di attuazione, esteso anche alle Regioni a statuto speciale con il trasferimento di nuove competenze alle Province, doveva valere la vecchia legge in via transitoria e senza compromettere quelli che sono poi gli obiettivi, quelli che sono i risultati che si vogliono ottenere, vale a dire il passaggio dell'assistenza scolastica in tutti i settori, compreso questo universitario, alle Province. Quindi si trattava di una situazione di transitorietà per mettere in grado l'Opera Universitaria anche di operare e per impedire che ci sia questa situazione di stallo, che è estremamente dannosa al funzionamento dell'Opera Universitaria. E c'è certamente questo problema di ordine finanziario. Noi non ne abbiamo avuto il modo di poterlo approfondire, ma dopo quanto ha detto il cons. Benedikter, ci chiediamo come lo Stato possa poi provvedere a sostenere l'Opera Universitaria di Trento, che non è trasferita alla Provincia di Trento; quindi la Provincia di Trento non può per proprio conto intervenire, assumere le funzioni ora svolte dall'Opera Universitaria. L'Opera Universitaria, ancora regolata dalla vecchia legge, mantiene la sua fisionomia giuridica secondo quanto previsto dalla vecchia legge che la regolava e pertanto anche i finanziamenti li riceve attraverso quella strada; ora non credo che lo Stato possa dare e finanziamenti sull'art. 78 e finanziamenti anche secondo la vecchia legge all'Opera Universitaria. Ecco, io ho detto che volevo dei chiarimenti. Come nel passato lo Stato ha dato sui bilanci

annuali alla Provincia di Bolzano dei fondi che la Provincia di Bolzano ha impiegato attraverso la sua legislazione, a sostegno degli studenti universitari con le borse di studio nelle varie forme previste dalle leggi provinciali, e credo che questo possa continuare come continua in Provincia di Trento questo finanziamento dello Stato all'Opera Universitaria, fino a quando questa non sarà sciolta e le sue funzioni saranno trasferite alla Provincia di Trento. Ma fino a quando questo non avviene si deve credo proseguire su un doppio binario che è stato utilizzato fino a quest'anno. Non c'è niente di nuovo in sostanza per impedire che ci sia questa nomina del Consiglio dell'Opera Universitaria da parte del Consiglio regionale, perchè non può essere considerato qualcosa di nuovo il D.P.R. 616, visto la sua inefficacia per il momento nei confronti della nostra Regione e delle nostre Province. E quindi non c'è niente di modificato. Non capisco perchè salti fuori adesso questa novità. Noi possiamo trovare una formula e un impegno del Consiglio regionale per dire che questa nomina è provvisoria, ha efficacia fino a quando non sarà rivista questa collocazione dell'opera universitaria, fino a quando le competenze non passeranno effettivamente alla Provincia di Trento e per le sue competenze a quella di Bolzano, e quindi può anche non durare in carica cinque anni questo consiglio di amministrazione, ma è un consiglio di amministrazione che opera in via provvisoria in una situazione di mutamento, ma non possiamo sottrarci a questo dovere, per non mettere questa opera universitaria nella impossibilità di operare con fondi dati dallo Stato. Questo è il problema che noi poniamo e pensiamo di non dover pregiudicare quello che è l'obiettivo al quale noi andiamo a puntare.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Cadonna.

**CADONNA (P.S.D.I.):** Io davo per scontato che, dal momento che è stato messo all'ordine del giorno, e il Presidente aveva chiesto se qualcuno voleva prendere la parola per la discussione, e nessuno l'aveva chiesta, si è passati alle proposte di nomina, davo per scontato che da parte di alcun gruppo politico non ci fossero delle obiezioni in merito alla competenza o al mantenimento del primo punto all'ordine del giorno. Per cui, dal momento che siamo già passati alle proposte di nomina da parte di N.S., da parte del P.P.T.T. e che le devo fare anch'io, chiedo che si passi alle proposte e alla votazione, come il regolamento prevede, e propongo il nominativo del dott. Flavio Beatrici, quale componente di uno dei due rappresentanti della maggioranza che forma appunto la Giunta.

**PRESIDENTE:** Consigliere, in ordine alla prima ipotesi che aveva fatto, non mi sembra di poterla accogliere. La discussione è aperta globalmente sull'argomento all'ordine del giorno; possiamo avere cinque, sei dieci proposte, io non posso chiudere la discussione se ci sono i consiglieri che vogliono parlare.

La parola al cons. Grigolli.

**GRIGOLLI (D.C.):** Il collega Benedikter ha toccato il nostro cuore autonomistico e in questo modo anche il nostro portafoglio; quindi ci ha messi un po' emotivamente e un po' drammatizzando, in un certo imbarazzo e credo sia un imbarazzo condiviso da tutti, perchè questa non è una proposta, ma penso che debba richiedere una ulteriore riflessione e meditazione. La questione è di diritto e di fatto; in un certo modo le soluzioni di fatto hanno scavalcato quelle di diritto, nel senso che minacciano sia la legge come tale. Non penso si possa scavalcare la legge esistente; d'altronde egli ha fatto specifico riferimento a Bolzano e

l'articolo 113 dello Statuto, che ha citato poco fa Benedikter, si riferisce alla provincia di Bolzano e non a quella di Trento. Quindi la mia domanda è se il discorso degli 80 miliardi, al quale ha fatto riferimento per la percentuale di Bolzano il cons. Benedikter abbia riguardato anche la provincia di Trento. Ripeto: Bolzano è salvaguardata da una specifica legge; Trento non ha una normativa di questo tipo. Certo è che non so in che modo noi siamo abilitati oggi come oggi a scavalcare quello che è un fatto di quadro giuridico, che non consente alle Province di intervenire nel campo dell'assistenza universitaria, mentre la legge nazionale attribuisce di fatto alla Regione questo compito di designare tre esponenti propri nell'opera universitaria. Quindi andremmo comunque a cozzare contro un'altra situazione ove oggi decidessimo che la tematica appartiene alle Province anziché alla Regione. Noi stiamo trascinando questo tema da alcuni mesi e chiedere un'altro rinvio è delicato, anche perché l'opera universitaria langue in uno stato di sconcerto operativo, anche perché manca una presenza numerica all'interno del consiglio dell'opera universitaria, in conseguenza di queste mancate designazioni. Però mi rendo conto che la tematica avanzata da Benedikter, anche se è un pochino eccitata, è una tematica reale e quindi dovremmo badare di non compromettere quelli che sono i reali diritti delle due Province. Ma questo non lo so. Quindi forse si impone una ulteriore concertazione fra di noi, non so se a livello di capigruppo o a livello di ulteriori riflessioni, e ciò evidentemente non ci consentirebbe di decidere oggi. Però io non giudicherei il fatto che già una quota è stata attribuita sul 78, perché, ripeto, c'è anche un fatto di quadro giuridico che mi pare dobbiamo rispettare e al quale dobbiamo fare riferimento. Qui occorre conciliare alcune cose non dico opposte, ma un poco diverse; quindi da questo

punto di vista io accetterei la proposta che faceva poco fa Tomazzoni: procediamo con una soluzione, per così dire, transitoria, di designazione al Consiglio regionale, salvo impegnarci insieme, eventualmente anche varando un ordine del giorno nel senso di impostare la tematica del trasferimento delle competenze di designare due rappresentanti dell'opera universitaria a livello di norme di attuazione in modo che si sappia chiaramente che sono le Province d'ora in avanti abilitate a questa designazione, oppure anche prevedere un emendamento al disegno di legge dell'università di Trento, il quale dica che, rispetto al disegno di legge già presentato nella scorsa legislatura in Parlamento, questo tema dell'opera universitaria fa capo, per quanto riguarda il riferimento specifico alle competenze, alla provincia autonoma di Trento anziché alla Regione. Questo però è un tema de jure condendo, evidentemente. Quindi in questo senso la soluzione sarebbe di fare un fatto provvisorio in attesa di un fatto definitivo, per il quale già adesso possiamo impegnarci sulla sostanza delle soluzioni; oppure soprassedere per un tantino ancora a queste discussioni, per vedere se possiamo conciliare le tematiche di fatto alle quali si riferisce Benedikter con le tematiche di diritto, che non possiamo in nessun modo eludere, perché sono scritte e sono scritte nello Statuto.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Ich muß in erster Linie dem Abgeordneten Tomazzoni antworten, der anscheinend durch die Übersetzung nicht richtig verstanden hat. Ich habe nicht gesagt, der Staat sollte jetzt, im Wege des Artikels 78, der Provinz Trient die Gelder für dieses Hilfswerk geben. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß die Provinz Bozen, aufgrund des Artikels 113, nach

wie vor ein Gesetz für Schulfürsorge der Hochschüler weiterführt, weiterverwaltet. Ich bin der Ansicht, daß wenn heute der Regionalrat sagt: Ja, lassen wir den Landtag von Trient, diese drei Mitglieder namhaft machen, passiert gar nichts, der Staat wird weiter die Universität und das Hilfswerk unmittelbar finanzieren, nicht über die Provinz, sondern unmittelbar und es hat die Provinz Trient die Mitglieder namhaft gemacht und nicht der Regionalrat. Der Region kostet es nichts, wohl aber, wenn der Regionalrat heute sagt: Nein, wir bleiben dabei, daß wir sie ernennen, dann mache ich auf die Gefahr aufmerksam — das ist kein Appell an die Gefühle, das ist eine ganz nüchterne Rechnung —, daß wir Gefahr laufen, daß inzwischen — ich sage inzwischen, und dieses inzwischen kann allerdings noch Jahre dauern, so wie bei den Durchführungsbestimmungen dieser Finanzierungsposten gestrichen wird. Seit einem Jahr, seit dem Juli 1978 hat zum Beispiel der Ministerrat keine Durchführungsbestimmung mehr für die Provinzen beschlossen, was das neue Autonomiestatut betrifft, während in den ersten vier Jahren, von Juli 1972 bis Juli 1976 23 Dekrete vom Ministerrat beschlossen wurden; ohne die Dekrete, welche nur Ergänzungen oder Abänderungen früherer Dekrete sind, zu zählen, sind in den letzten drei Jahren nur noch fünf Dekrete beschlossen worden, also ein Abfall sondergleichen, eine wesentliche Verlangsamung. Wir haben schon in der Zwölferkommission von der Ausdehnung des 616er-Dekretes auf die Provinzen und auch auf die Region, soweit Sachgebiete eigener Zuständigkeit da sind, gesprochen und es wurden Einwände gemacht, also es war nicht eitel Einklang, Einmütigkeit der Kommissionsmitglieder festzustellen, ja selbstverständlich alles wird ausgedehnt und Schluß, nicht wahr. Nein, es wurde von staatlicher Seite, vom Chef des Amtes für

Regionen, unter anderem der Einwand gemacht: Ja, das ist nicht so einfach, denn einerseits habt ihr mehr als die Regionen mit Normalstatut, andererseits habt ihr weniger; also ist es gar nicht gerecht, daß einfach alles ausgedehnt wird, daß ihr insgesamt dann mehr bekommt, denn das müßte sich eigentlich, wo ihr auf der einen Seite mehr habt und auf der anderen Seite weniger, kompensieren, auch solche "ragionamenti" werden gemacht. Es ist nicht so einfach, wie ihr meint, daß diese Ausdehnung nun im Herbst automatisch erfolgt. Bitte schön, das ist nicht so. Kurz vor den Wahlen hat der Ministerrat Durchführungsbestimmungen für Sardinien beschlossen — weil dort die Regionalwahlen waren —, wo das 616er-Dekret sic et simpliciter ausgedehnt wird. Aber man hätte auch für uns Durchführungsbestimmungen, die schon bereit lagen, das heißt von der Kommission verabschiedet waren — siehe Arbeitsinspektorat im Zusammenhang mit der Sanitätsreform —, verabschieden können. Man hat es nicht getan; ich weiß nicht, aus welchen Rücksichten hinsichtlich der örtlichen politischen Situation. Also ist das nicht so einfach. Ich muß darauf hinweisen, daß anlässlich der letzten Verhandlung über den veränderlichen Anteil der Provinzen Bozen und Trient, wo es darum ging, ob die Provinzen — sagen wir die Provinz Bozen, jetzt — aus dem nationalen Sanitätsfonds entweder runde 120 Milliarden oder 210 Milliarden Lire bekommt, hier das erste Mal von der staatlichen Seite eine andere Auslegung des Art. 78 aufgeworfen worden ist, die also besagt: Ihr bekommt auf den einzelnen Sachgebieten, damit ihr eine Autonomie ausüben könnt, nach dem Maßstab der anderen Regionen, und wenn aufgrund des Schlüssels Bevölkerung — Fläche etwa viel mehr heraussehen sollte, so ist das nicht gerecht. Warum soll es gerecht sein, daß die Provinzen Bozen und Trient pro Kopf der

Bevölkerung in den autonomen Sachgebieten, sagen wir, das Doppelte oder das Dreifache ausgeben können als andere Regionen? Und daher befürchte ich jetzt, daß wenn der Regionalrat heute sagt: Nach wie vor erachte ich mich zuständig, weil das Staatsgesetz schreibt: "die Regionen", daß es dann eben heißt: Ja, bitte schön, diese eineinhalb Milliarde wird gestrichen, wird etwa dann wieder zuerkannt, falls diese Durchführungsbestimmungen kommen, denn es stimmt, daß wir den Art. 113 haben, wo es heißt, daß wir das alte Gesetz weiterführen können mit Studienstipendien für Hochschüler, aber das ist keine gesetzgeberische Zuständigkeit. Dieses alte Gesetz können wir füttern, können wir, selbstverständlich aus dem eigenen Haushalt finanzieren, aber nicht aufgrund einer gesetzgeberischen Zuständigkeit, denn der Art. 78 nimmt auf die Sachgebiete autonomer Zuständigkeit Bezug und diese Zuständigkeit würde also noch nicht bestehen, so daß diese Befürchtung schon begründet sein dürfte. Und es ist nicht so, wie der Abgeordnete Tomazzoni sagt, "non c'è niente di modificato", nein, es ist schon etwas Neues da im Verhältnis zu früher. Es ist die Tatsache da, daß die Provinz Bozen durch den Art. 78 aufgrund einer Auslegung, die ich also jetzt erklärt habe, eben auch am staatlichen Posten für die Hilfswerke teilnimmt; nämlich diese 80 Milliarden Lire sind eben die Posten für die Hilfswerke, die "opere universitarie", denn diese bekommen doch vom Staat Geld und verteilen es dann als Studienstipendien. Aus diesem Posten bekommt die Provinz Bozen ihren Anteil und zwar runde eineinhalb Milliarden.

Wenn ich davon ausgehe, daß die Mehrheit des Regionalrates jetzt der Ansicht ist, daß die Provinz die Zuständigkeit noch nicht hat, weil die Zuständigkeit bis auf weiteres gemäß Gesetz bei der Region ist, dann ist das sicher ein guter

Vorwand für das Schatzministerium, um zu sagen: Warten wir ab, bis euch die Zuständigkeit durch Ausdehnung des 616er-Dekretes zuerkannt wird.

Deswegen möchte ich schon bitten, daß der Regionalrat hier nicht durch eine Abstimmung, durch die Wahl dieser drei Mitglieder sozusagen seine Zuständigkeit anstelle der Provinzen behauptet, damit den Provinzen bis auf weiteres einen Titel nimmt, womit sie nicht nur ihr Recht auf Übernahme der Zuständigkeit gemäß Gesetzdekret 616 dann geltend machen können, sondern eben auch de facto bereits fließende Mittel der Provinz Bozen wenigstens genommen würden.

Und, wie gesagt, ich verstehe es an sich nicht, warum gerade der Regionalrat Schwierigkeiten macht, wo es ihm gar nichts kostet, denn anstelle des Regionalrates würde der Landtag von Trient diese drei Mitglieder namhaft machen und damit ist eben auch die Zuständigkeit der Provinz Trient, die doch in eurem Interesse sein sollte, vom Regionalrat unterstützt. Es ist bestimmt nichts gegen das Gesetz, denn das Gesetz schreibt: "Region". Der Präsident des Regionalrates hat im Gruppenführerkollegium das Drogengesetz vorgebracht, wo ein regionales Komitee vorgesehen ist und dieses regionale Komitee wird unterrichtet, weil die Provinzen ihre Zuständigkeit geltend gemacht haben, die Provinz Bozen hat ein Gesetz gemacht, die Provinz Trient noch nicht. Es waren sich alle einig, daß das Drogengesetz Sache der Provinzen sei, auch wenn im Staatsgesetz nur "Region" steht. Es steht nicht drinnen Provinzen. Trotzdem ist es Zuständigkeit der Provinzen, obwohl es keine eigenen Durchführungsbestimmungen diesbezüglich gebraucht hat und auch keine brauchen wird. Es ist dasselbe. Wenn der Landtag von Trient noch vor den Ferien — er kommt sicher noch zusammen — diese drei

Mitglieder namhaft macht, wird niemand eine Gesetzeswidrigkeit aufwerfen. Es ist dann alles erledigt. Ihr habt eure Vertretung beim Hilfswerk und gleichzeitig ist das, was bisher schon die Provinz Bozen sich diesbezüglich an autonomen Rechten und Ansprüchen gesichert hat, nicht präjudiziert. Ich glaube, das ist das Wenigste, was wir von einem Regionalrat verlangen können, der behauptet, die Region soll weiterbestehen, um das friedliche, gedeihliche Zusammenleben und die Zusammenarbeit der beiden Provinzen in einem regionalen Rahmen weiterzufördern, denn sonst würde wirklich herauskommen, daß die Region ihre Zweidrittelmehrheit italienischer Sprache dafür ausnützt, um die politische Autonomie der Provinz Bozen zurückzudrängen.

*(Devo rispondere innanzitutto al Consigliere Tomazzoni, che, a quanto sembra, non mi ha ben capito attraverso la traduzione. Non ho detto che lo Stato dovrebbe elargire a sensi dell'art. 78 alla Provincia di Trento mezzi finanziari per quest'opera universitaria. Non mi sono espresso in questi termini. Ho detto invece che la Provincia di Bolzano amministra ulteriormente una legge concernente l'assistenza scolastica a favore degli studenti universitari, grazie all'art. 113. Sono dell'opinione che nulla accadrebbe, se il Consiglio regionale permettesse al Consiglio provinciale di Trento di designare questi tre membri, nel senso che lo Stato provvederebbe ulteriormente a finanziare direttamente l'università e la relativa opera universitaria e ciò non attraverso la Provincia, ma, ripeto, direttamente, mentre l'ente provinciale di Trento e non il Consiglio regionale, potrebbe nominare i propri rappresentanti. Alla Regione non costa nulla, mentre insistendo nella tesi di designare essa stessa i rappresentanti in parola, corriamo il rischio — non è questo un appello ai*

*sentimenti, ma un semplice calcolo — che nel frattempo — dico nel frattempo, che tuttavia potrebbe significare anni, come è accaduto per le norme di attuazione — si provveda a depennare tale capitolo di finanziamento. Da un anno, ad esempio, e precisamente dal luglio 1978 il Consiglio dei Ministri non approva alcuna norma di attuazione allo statuto di autonomia, mentre nei primi quattro anni, dal luglio 1972 al luglio 1976, sono stati emanati ben 23 decreti, senza tener conto dei decreti, che integrano o modificano decreti precedenti, negli ultimi cinque anni ne sono stati approvati soltanto cinque, quindi dobbiamo registrare un regresso senza precedenti, un rallentamento essenziale. Già in seno alla commissione dei dodici abbiamo discusso l'estensione del decreto 616 alle Province e alla Regione, per quanto di propria competenza, e sono state fatte obiezioni, i commissari non erano di parere unanime, e non tutti erano dell'avviso che il decreto predetto dovesse essere applicato automaticamente.*

*Lo Stato, rappresentato dal Capo dell'Ufficio preposto alle Regioni, ha obiettato fra l'altro che la questione non si presentava in termini semplici, poichè da una parte le nostre funzioni sono superiori a quelle delle Regioni a statuto ordinario, mentre dall'altra le competenze risultano minori; secondo predetto funzionario l'estensione piena del decreto non appare giusta poichè alla fin fine otterremo funzioni maggiori, rispetto ad altre Regioni, per cui il meno verrebbe compensato dal più. In sede di commissione si odono anche simili ragionamenti. Non è semplice, come Loro Signori forse credono, che in autunno si provveda automaticamente ad estendere anche alle nostre Province il decreto in parola. Non è così, purtroppo.*

*Poco prima delle elezioni il Consiglio dei Ministri ha approvato norme di attuazione a favore della Regione Sardegna — ivi erano*

*imminenti le elezioni regionali — che prevedevano sic et simpliciter l'applicazione del decreto 616, per cui anche per noi si sarebbe potuto emanare le norme già predisposte, cioè già approvate dalla commissione, concernenti l'ispettorato del lavoro nell'ambito della riforma sanitaria. Non si è voluto provvedere e non so per quale riguardo alla situazione politica locale. La questione non è pertanto semplice. Devo indicare, che in occasione dell'ultima trattativa, condotta per la quota variabile delle Province di Bolzano-Trento, in cui si trattava di stabilire, se gli enti provinciali, diciamo la Provincia di Bolzano, dovevano partecipare al fondo nazionale della sanità nella misura di 120 o 210 miliardi di lire e per la prima volta gli organi dello Stato hanno interpretato l'art. 78 diversamente, asserendo che per i singoli settori di autonomia avremmo dovuto ottenere i mezzi finanziari secondo il parametro adottato per le altre Regioni, per cui, se sulla base del rapporto popolazione-superficie dovessero risultare importi maggiori, tale circostanza non sarebbe equa. Per quale motivo dovrebbe essere giusto che le Province di Bolzano e Trento vengano messe in condizioni di spendere nei settori propri dell'autonomia pro capite, diciamo il doppio o il triplo rispetto alle altre Regioni? Per questo motivo temo che, qualora il Consiglio regionale si dichiarasse oggi, come in passato, competente, poichè la legge nazionale menziona a tal proposito le Regioni, ci verrebbe tolto il miliardo e mezzo di lire, in attesa delle relative norme di attuazione, essendo vero, che a sensi dell'art. 113 amministravamo tuttora una vecchia legge, concernente l'elargizione di borse di studio a favore degli studenti universitari, pur non conferendoci l'articolo in parola una competenza legislativa in materia. Ci è data la possibilità di finanziare tale provvedimento con mezzi del nostro bilancio, ma non in base ad una*

*funzione legislativa, poichè l'art. 78 si riferisce a materie di competenza autonoma, di cui non disponiamo ancora, per cui la mia preoccupazione è senz'altro motivata. Non è vero, come afferma il Consigliere Tomazzoni, "che non c'è niente di modificato", vi sono invece nuovi elementi rispetto al passato. Vi è il dato di fatto che la Provincia di Bolzano, a sensi di una nuova interpretazione dell'art. 78, che ho ora illustrata, partecipa al capitolo del bilancio dello Stato, che riguarda le opere universitarie; questi 80 miliardi di lire sono mezzi finanziari per le opere in parola. Lo Stato infatti elargisce denaro alle opere universitarie, le quali bandiscono concorsi per borse di studio. La Provincia di Bolzano riceve la sua parte, che ammonta a circa 1,5 miliardi di lire.*

*Partendo dal presupposto che la maggioranza del Consiglio regionale sia dell'opinione che la Provincia non dispone ancora delle competenze necessarie, essendo a sensi di legge tale funzione di competenza della Regione e ciò fino a nuovo sviluppo, credo che simile interpretazione potrebbe essere un pretesto valido per il Ministero del Tesoro di attendere il riconoscimento della funzione rispettiva, per mezzo dell'applicazione del decreto 616.*

*Desidero pertanto rivolgere nuovamente la preghiera, che il Consiglio regionale non affermi con una votazione, con l'elezione di questi tre membri, diciamo la propria competenza, sostituendosi alle Province e di non togliere alle medesime fino ad altri sviluppi un titolo, con il quale potranno far valere il trasferimento di tale funzione a sensi del decreto legge 616, titolo che potrebbe costare alla Provincia di Bolzano la decurtazione di fatto di mezzi finanziari già riconosciuti. Come già detto non comprendo per quale motivo proprio il Consiglio regionale voglia fare delle difficoltà, tanto più che non deve pagare alcun prezzo, se i tre rappresentanti*



*saranno designati dal Consiglio provinciale di Trento, anzichè dal Consiglio regionale e con tale atto l'ente Regione sosterrebbe tale competenza anche a favore della Provincia di Trento, la qual cosa dovrebbe essere pure nel vostro interesse.*

*Non vi è alcun contrasto con la legge, poiché questa indica le Regioni. Il Presidente della Giunta regionale ha illustrato al collegio dei capigruppo la legge sulla droga, in cui è previsto un comitato regionale, che nel nostro caso verrà posto in sottordine, in quanto le Province hanno fatto valere le proprie competenze e mentre la amministrazione provinciale di Bolzano ha già elaborato una legge, quella di Trento non vi ha ancora provveduto. Tutti erano concordi nel riconoscere che la legge in parola è di competenza provinciale, sebbene il provvedimento legislativo nazionale indichi le Regioni e non le Province. Devo dire che la competenza in parola è stata riconosciuta senza norme di attuazione, in quanto superflue. Se il Consiglio provinciale provvederà a designare i tre rappresentanti ancor prima delle ferie — sarà senz'altro convocato in questo periodo — nessuno si permetterà di sollevare una illegittimità giuridica ed il problema verrebbe così definito. Avrete i vostri rappresentanti in seno all'opera universitaria e nello stesso tempo non si pregiudicheranno i diritti autonomi che la Provincia di Bolzano ha saputo assicurarsi. Credo che questo sia il minimo, che si possa pretendere dal Consiglio regionale, che afferma l'ulteriore esistenza della Regione per favorire la pacifica e fruttuosa convivenza e per la collaborazione fra le due Province nell'ambito regionale, altrimenti la questione assumerebbe veramente il significato, che la Regione sfrutta la sua maggioranza dei 2/3 per contenere l'autonomia politica della Provincia di Bolzano.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen Abgeordnete! Wir haben bereits vor fünf Jahren— oder vielleicht sind es etwas weniger — dieselben Argumente zu diesem Problem von seiten der Südtiroler Volkspartei hier entgegennehmen müssen. Damals wollte die Südtiroler Volkspartei auch verhindern, daß die Region für zuständig erklärt wird. Wir haben damals als Vertreter der deutschen Volksgruppe den Abgeordneten Dr. Egmont Jenny in diese Funktion gewählt, weil die S.V.P. darauf verzichtet hat, einen eigenen Kandidaten namhaft zu machen. Ich frage mich, wieso sich das im Laufe der inzwischen vergangenen fünf Jahre nicht geklärt hat; aber das ist wieder einmal typisch für diese Partei. Ich meine, einerseits sitzt die S.V.P. hier in der Regionalregierung mit der starken Fraktion der D.C., und auf der Abgeordnetenbank tut man so, als ob die D.C. der Gegner wäre. Ich frage mich, ob man dieses Spiel noch jahrelang einfach hinziehen kann, ohne in dieser Frage eine Klärung herbeizuführen, indem man vielleicht einmal im Regionalrat eine Entschließung einbringt oder interfraktionell die Regierungsparteien eine Klärung herbeiführen. Und ich frage mich, was hat man eigentlich in der 6er und in der 12er-Kommission in dieser Richtung gemacht? Denn es ist ein Unsinn, bloß hier zu polemisieren, wie es der Abgeordnete Benedikter gemacht hat. Man lobt das Autonomiestatut zwar als eines der besten in Europa, gleichzeitig muß man aber feststellen, daß die Region Sardinien Teile des 616er-Dekretes anwenden kann, während dies bei uns angeblich nicht möglich ist. Deshalb glaube ich, muß die S.V.P. endlich einmal zugeben, daß sie eben zu schwach ist oder vielleicht will sie diesen Zustand sogar, denn ich habe erst kürzlich im Südtiroler

Landtag gesagt, daß sich für die S.V.P. dieser Zustand ja lohnt. Die letzten Regionalratswahlen haben ja gezeigt, daß dem tatsächlich so ist. Deshalb hat sie vielleicht auch ein Interesse daran, daß dieser Zustand weiterhin aufrechterhalten bleibt.

Man entnimmt den Worten des Abgeordneten Benedikter, daß er nichts dagegen hat, wenn die Provinz Trient die drei Vertreter entsendet, also er verzichtet einfach auf einen deutschsprachigen Vertreter. Ihm geht es um die 1,5 Milliarden Lire, also um das Geld hauptsächlich, aber nicht um die Vertretung als solcher. Wir wissen, daß auch sehr viele Südtiroler dort studieren und ich glaube, das die S.V.P., was die Universität anbelangt, vielleicht doch den Zug versäumen könnte, wenn diese Universität immer mehr als europäische Universität über Südtirol hinaus mit den Bundesländern und Universitäten der Bundesrepublik Deutschland in Kontakt tritt und Verbindungen aufnimmt; soweit man informiert wird, ist dies zum Teil ja bereits der Fall. Ich habe die Frage aufgeworfen, warum sich die S.V.P. so verhält, warum sie nicht eine Klärung mit den Christdemokraten herbeiführt und eine Lösung findet. Ich stelle diese Frage vor allem deshalb, weil man sonst immer wieder angibt, gute Beziehungen zu den Regierungsstellen zu haben, weil zum Beispiel viele S.V.P.-Politiker sich mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten Andreotti duzen usw. An diesem Beispiel sieht man aber, daß es der S.V.P. ja nur um die Positionen geht, um die Verteilung der Funktionen jetzt im Parlament und in den Kommissionen usw., aber nicht um die Durchführung der Dekrete, Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut. Sie haben es selber gesagt — im letzten Jahr sind keine neuen Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Vielleicht sollten Sie doch einmal offen und ehrlich aufklären, warum es nie so weit kommt,

daß man Durchführungsbestimmungen vom Ministerrat verabschieden lassen kann. Sie sollten hier nicht nur polemisieren, Sie sind Mitglied beider Gremien und sollten deshalb dem Regionalrat einmal ganz offen erklären, wo die Schwierigkeiten liegen; ganz offen mit einem Dokument, damit man hier debattiert, damit man zu einer Entscheidung bzw. eventuell zu einer Entschließung kommt.

*(Unterbrechung)*

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Ich meine hier immer die Diskussion im Regionalrat; im Landtag haben Sie sowieso die absolute Mehrheit; da gibt es diese Schwierigkeiten für die S.V.P. ja nicht. Aber machen wir das hier einmal im Regionalrat, wo Sie angeblich die Schwierigkeiten vorfinden. Hier soll man einmal debattieren, Entscheidungen treffen und auch beobachten, wie die nationalen Parteien im Regionalrat dann reagieren werden, aber es hängt von der S.V.P. ab, ob sie ein Interesse daran hat, überhaupt im Regionalrat eine solche Debatte durchzuführen.

*(Unterbrechung)*

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Sicher, aber hier polemisieren Sie ja, daß es nicht möglich scheint, die Autonomie für die Provinzen in dem Sinne, wie Sie sie interpretieren, zu erhalten. Wenn sie sagen, wir sollten das noch einmal vertagen, — ich habe ja die Gutachten durchgelesen — und vielleicht sollte man nicht nur die Vertagung beschließen, sondern man sollte einen Termin setzen, um entsprechende Gerichtsentscheide zu prüfen und sich ein klareres Bild machen, damit man sieht, wann wir eigentlich eine Entscheidung treffen können. Aber die Frage nur zu vertagen, um sie in fünf Jahren noch einmal aufzuwärmen, da bin ich einfach dagegen. Aber

wenn Sie vielleicht, da Sie in allen Gremien sitzen und alle Machtmittel in den Händen haben, uns einen Weg aufzeigen, indem Sie sagen, vielleicht in vierzehn Tagen oder in einem Monat oder in sechs Monaten, wollen wir versuchen, in den zuständigen Gremien eine Entscheidung zu treffen, daß wir im Sinne des Dekretes Nr. 616 versuchen, dieses bei uns anzuwenden, dann könnten wir dies akzeptieren. Wenn sie einen fixen Termin nennen würden, dann würde ich auch dafür stimmen, daß man jetzt nicht zu einer Kampfabstimmung geht, sondern daß man dann eine klare Lösung findet. Aber nur der Vertagung, wie sie die S.V.P. in den letzten Jahren eben praktiziert hat, kann ich nicht zustimmen.

*(Illustrissimo Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Già 5 anni or sono o forse anche qualche cosa di meno abbiamo dovuto apprendere da parte dello S.V.P. gli stessi argomenti in merito a questo problema. Anche allora detto gruppo consiliare voleva evitare che la Regione venisse dichiarata competente in materia. In quell'occasione, quale rappresentante del gruppo etnico tedesco abbiamo nominato per tale funzione il Consigliere Dr. Egmont Jenny, dato che lo S.V.P. aveva rinunciato a proporre un proprio candidato. Mi chiedo quindi per quale motivo tale questione non sia stata chiarita in questi ultimi 5 anni, ma simile atteggiamento è proprio una caratteristica del partito in questione. Da una parte lo S.V.P. siede come partner sui banchi della Giunta insieme al forte gruppo consiliare della D.C., mentre dall'altra parte ci si comporta come se la D.C. fosse un avversario politico. Mi chiedo se tale gioco sarà protraibile per lunghi anni senza ulteriore chiarimento, ma forse a tal proposito si potrebbe presentare in Consiglio regionale una risoluzione, oppure i partiti di maggioranza potrebbero fornire chiari-*

*menti a livello di gruppi consiliari. Mi chiedo che cosa si stia facendo in tale direzione in seno alle commissioni dei 6 e dei 12. Non ha senso alcuno infatti polemizzare come ha fatto il Consigliere Benedikter. Si osanna lo Statuto di autonomia, come uno dei migliori esistenti in Europa, ma nel contempo si deve constatare che la Regione della Sardegna può applicare parte del decreto 616, la qual cosa non sarebbe possibile nel caso nostro. Credo che si debba ammettere a tal riguardo la propria debolezza o forse si desidera addirittura tale situazione, e recentemente ebbero ad affermare in Consiglio provinciale che per lo S.V.P. l'attuale stato delle cose risulta vantaggioso e le ultime elezioni regionali ne sono la prova. Forse il partito suddetto ha tutto l'interesse che non avvenga alcun mutamento.*

*Dalle parole del Consigliere Benedikter si comprende come egli abbia nulla da obiettare, acchè la Provincia di Trento nomini questi tre rappresentanti, dunque egli rinuncia semplicemente al rappresentante di lingua tedesca. A lui importa il miliardo e mezzo di lire, dunque il denaro soprattutto, ma non la rappresentanza come tale. Sappiamo che a quell'università studiano molti sudtirolesi e credo che per quanto concerne quest'istituto lo S.V.P. potrebbe perdere il treno, se l'università in parola come istituzione europea stringe sempre maggiori rapporti, al di là dei confini dell'Alto Adige, con i Länder federali e con altre università della Repubblica Federale Tedesca; per quanto ne sia informato ciò sta già in parte avvenendo. Ho posto la domanda del motivo di tale atteggiamento dello S.V.P. senza chiarire tale punto e trovare una soluzione con i democratici cristiani. Pongo questa domanda soprattutto per il fatto, che ci si vanta di tenere buoni rapporti con gli organi di Governo, poichè, ad esempio, i rappresentanti dello S.V.P. danno del "Tu" all'attuale Presidente del Consiglio dei Ministri,*

*Andreotti. Dunque questo esempio dimostra che allo S.V.P. interessano soltanto le posizioni, la distribuzione degli incarichi in Parlamento, nelle commissioni ecc., ma non la pubblicazione dei decreti, le norme di attuazione allo statuto di autonomia.*

*Lei stesso ha affermato che nell'ultimo anno non sono state emanate nuove norme di attuazione. Forse Lei dovrebbe chiarire sinceramente senza riluttanze i motivi, che ostacolano tale iter e che pertanto non permettono al Consiglio dei Ministri la relativa approvazione. Lei non dovrebbe soltanto polemizzare, Lei è membro di ambedue le commissioni e dovrebbe quindi spiegare apertamente al Consiglio regionale le propalate difficoltà; lo faccia, ripeto, apertamente con un documento, onde permettere un dibattito, di prendere una decisione, ossia di approvare eventualmente una risoluzione.*

#### *Interruzione*

*ERSCHBAUMER (S.P.S.): Intendo sempre la discussione in Consiglio regionale; in sede provinciale Lei ha comunque la maggioranza assoluta ed ivi lo S.V.P. trova difficoltà alcuna. Trasferiamo una volta il dibattito in Consiglio regionale, dove Lei incontra, a quanto sembra, difficoltà. Si dovrebbe aprire un dibattito qui, prendere qui decisioni, e potremo quindi osservare la reazione dei partiti nazionali in Consiglio regionale, ma dipende dallo S.V.P., dal suo interesse o meno di aprire in seno a questo consesso una discussione di questo tipo.*

#### *Interruzione*

*ERSCHBAUMER (S.P.S.): Certamente, ma Lei polemizza affermando che non sembra possibile ottenere l'autonomia per le Province secondo la*

*Sua interpretazione. Lei propone un nuovo rinvio — ho letto i pareri —, mentre io aggiungo che forse non si dovrebbe decidere unicamente il rinvio, ma fissare pure un termine entro il quale poter esaminare determinazioni di organi giudiziari e chiarirsi le idee, la qual cosa lascerebbe intravedere entro quale lasso di tempo potremmo decidere definitivamente. Sono invece contrario ad un rinvio, in attesa di riprendere l'argomento fra 5 anni. Se Lei invece, essendo membro di tutti i consessi e dispone pertanto di tutti i mezzi del potere, fosse in grado di indicarci un'altra via, assicurando che fra 14 giorni, in uno o sei mesi, si cercherà di prendere una decisione in sede competente, vale a dire di applicare anche nel caso specifico la norma nel senso del decreto n. 616, potremmo accettare la Sua proposta. Se Lei ci indicasse un termine preciso non avrei difficoltà ad esprimere voto favorevole. Sono per una chiara soluzione e contrario ad una votazione di confronto. Non posso comunque essere favorevole alla pratica di rinvio, posta in atto in questi ultimi anni dallo S.V.P.)*

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Mitolo.

**MITOLO (M.S.I.—D.N.):** Signori colleghi, mi sembra molto strano che, dopo tanto tempo che l'argomento è oggetto quanto meno di riflessione da parte di tutti i colleghi consiglieri, in particolare dei capigruppo, ci siano ancora dei dubbi in materia.

Ci è stato gentilmente fornito anche del materiale per riflettere: il parere del prof. Guarino e il parere dell'attuale recentemente nominato deputato prof. Franco Bassanini, se non vado errato.

Quindi non credo che ci possano essere oggi perplessità per lo meno credo che si possa dire con una certa serenità se scegliamo il parere del

prof. Guarino o il parere del prof. Bassanini.

*(Interruzione)*

MITOLO (M.S.I.—D.N.): Come non c'entra, con questo problema?

PRESIDENTE: Non facciamo dialoghi, per piacere!

MITOLO (M.S.I.—D.N.): C'entra... credo che sia proprio la materia del contendere. Su questi argomenti credo che si è preso contatto anche in seno alla conferenza dei capigruppo e il dott. Benedikter ci ha fornito gentilmente il parere del prof. Bassanini, dopo che quello del prof. Guarino non lo aveva soddisfatto. E oggi noi dobbiamo decidere se è competenza del Consiglio regionale nominare questi tre membri del Consiglio dell'Opera universitaria o non è più diritto del Consiglio regionale nominare questi consiglieri. Tutto credo si riduca a questo. Fino a prova contraria, io devo dire la verità, ritengo il parere del prof. Guarino più qualificato, non tanto perchè l'esperienza dello studio Guarino in materia è certamente molto seria e si svolge ormai da tanti anni, ma perchè le ragioni addotte mi sembrano di una logica evidente. Non possiamo interpretare l'art. 9 della legge o la legge in modo che torni comodo alla provincia di Bolzano o a quella di Trento. Bisogna evidentemente essere in possesso di un'altra legge, di altri principi, che modifichino questo art. 9; fino a prova contraria è la Regione che è competente in materia.

Mi rendo ben conto delle difficoltà alle quali andiamo incontro, delle delusioni, della possibilità che ci vengano sottratti anche dei denari; ma fino ad oggi non credo sia accertato il fatto che per questa interpretazione e dando attuazione a quanto previsto dalla legge, andiamo a perdere

quei denari.

E' una ipotesi, è un timore che viene espresso, ma noi confidiamo sempre nella abilità e nella capacità dei rappresentanti delle Province per far valere i propri diritti in materia. Se ci sono riusciti fino adesso, perchè non ci debbono riuscire anche domani e viceversa, dobbiamo rinunciare a delle precise competenze che sono della Regione? Questo veramente non riesco a capirlo. Per cui credo innanzi tutto che si debba votare e che sia di competenza della Regione, per cui dichiaro che accetterò senz'altro le proposte che sono state poc'anzi segnalate; e non vedo perchè si debba sospendere la trattazione dell'argomento all'ordine del giorno e debba essere demandata alla Provincia di Trento una competenza che non ha, fino a prova contraria, perchè la legge è chiara in materia.

PRESIDENTE: La ringrazio. Cons. Sfondrini, aveva chiesto di parlare? Ha la parola.

SFONDRINI (P.S.I.): Il discorso generale è già stato sviluppato dal collega capogruppo Tomazoni. Volevo dire questo: c'è una ragione politica al fondo di questo che non viene fuori in modo chiaro, qual è? Si può desumere dall'atteggiamento che sempre la S.V.P. ha avuto nei confronti di questa questione: il rifiuto di presentare propri candidati da proporre all'opera universitaria. Chiaro? Quindi la base sulla quale poggia il discorso che è sostenuta in parte anche da un parere giuridico del collega Benedikter, è questa: bisogna tenere presente questo fatto. Ora io non mi cimento sul piano giuridico neanche con il collega Benedikter, non con il parere di Bassanini, però mi sembra che l'art. 113 assegna un ruolo alla Provincia molto preciso; e cioè mi consente, attraverso l'art. 78, di usufruire del fondo destinato alle opere universitarie, quindi alle borse di studio, che

sono rivolte alla popolazione, state attenti: sono rivolte alla popolazione, al punto tale che chi usufruisce di una borsa di studio della Provincia autonoma di Bolzano non può avere il presalario, prima questione. Teoricamente questo fatto, cioè dire che con la soluzione proposta da Benedikter si mette al riparo la quota spettante dell'1,6 per cento di quello che sarà il fondo destinato al bilancio dello Stato per le opere universitarie e quindi per le borse di studio, credo sia un argomento debolissimo, che non c'entra, perchè sono due interventi qualitativamente diversi. Uno si rivolge alla popolazione e possono usufruire di questi fondi solamente i residenti della Provincia di Bolzano e nessun altro per borse di studio da destinare alle università nazionali e straniere, perchè quel fondo serve anche per una graduatoria per studenti universitari che studiano a Innsbruck o a Vienna o in altre università dell'area tedesca, quindi hanno un preciso obiettivo: consentire ai cittadini di madre lingua tedesca attraverso questo fondo, di compiere i loro studi universitari nell'area di lingua tedesca. Sono due cose completamente diverse, che non sono confrontabili, sono materie non omogenee in questo caso. Quindi mi sembra che fare balenare lo spettro della sottrazione di mezzi o di fondi alla Provincia autonoma di Bolzano se noi dovessimo procedere nel modo in cui si vuole, mi sembra un argomento molto debole, tanto più che la soluzione proposta di far nominare i membri dell'opera universitaria della Provincia di Trento che non è qualificata per niente, mi sembra un atto arbitrario in questo momento, impugnabile, non legittimo. Ecco perchè il collega Benedikter, che di solito è, quando sostiene questi argomenti, è molto più puntuale e preciso, oggi è stato poco convincente, perchè è poco convinto degli argomenti giuridici. Alla base c'è una posizione politica. Si è trovato

finalmente — questa è la verità — si è trovato finalmente il modo di evitare di essere presenti nell'opera universitaria di Trento, come sempre si è cercato di fare; infatti i membri nominati dalla minoranza politica sono sempre stati membri del gruppo linguistico tedesco, della minoranza politica del gruppo linguistico tedesco per il rifiuto a priori di avere un proprio rappresentante all'interno di questa struttura. Quindi io credo che non possiamo che mantenere questo atteggiamento, atteggiamento pronunciato da Tomazzoni, il quale dice: va bene, in una situazione di incertezze intanto procediamo alla nomina, se poi dovessero verificarsi alcuni fatti di carattere giuridico tali che ci impongono di rivedere questa nostra decisione, noi saremo pronti a farlo.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ziosi.

ZIOSI (P.C.I.): Signor Presidente, alcune brevi osservazioni per dire che, ascoltando con attenzione e con la premessa tutt'altro che giuridica, mi pare che il ragionamento svolto dal cons. Benedikter, sostanzialmente si articola su tre elementi: due di carattere giuridico e uno di opportunità politico-finanziaria. Sostanzialmente il collega Benedikter si rivolge al Consiglio regionale chiedendo a questo: primo, che non tolga competenze alle Province; secondo, sostiene che questa richiesta non è contraria alla legge, perchè evocava l'episodio di stamane sulla 685 relativa alle tossico-dipendenze, all'istituzione del comitato regionale, appunto ribadendo come i capigruppo hanno pur sostenuto a questo proposito la competenza delle Province e quindi dovrebbe, per estensione, valere anche a proposito dell'assistenza universitaria per lo meno un atteggiamento, analogo; terzo elemento di riflessione, fare attenzione perchè, sulla base dell'art. 113 del nostro statuto di autonomia, la

provincia di Bolzano è riuscita a partecipare al fondo nazionale per l'assistenza universitaria, e potreste farci correre il rischio di rimettere in discussione il miliardo e mezzo che il dott. Milato sembra disposto ad assegnare alla Provincia. Be', io credo che da questo punto di vista si debba anzitutto valutare alcune cose. Intanto devo dire che qui si continua a parlare del parere del prof. Bassanini, ma il parere del prof. Bassanini non esiste...

*(Interruzione)*

ZIOSI (P.C.I.): Comunque, per quanto riguarda questo elemento è allegato agli atti semplicemente un testo di una pubblicazione del prof. Bassanini, persona autorevolissima, la quale parla del decentramento regionale, del rapporto fra Regioni a statuto ordinario e Regioni a statuto speciale, parere e opinione rispettabilissimi, esposti per iscritto, divulgati, pubblicati, ma voglio semplicemente dire che comunque da parte del prof. Bassanini non è stato formulato alcun parere sulla materia in discussione. Esiste soltanto un parere specifico: quello del prof. Guarino. E qui vengo alla prima obiezione: il fatto di non togliere titolo alle Province. A me pare che fra tutte le considerazioni, a mio avviso ineccepibili, se non altro dal punto di vista della logica, formulate dal prof. Guarino, ce ne sia una di fondamentale, la quale dice: "La mancata competenza alle due Province non sta tanto nel 616, non sta tanto negli articoli relativi a questo distinguo fra ruolo e competenza della Regione e delle Province, ma che la mancata competenza delle Province sta nel vostro statuto di autonomia. Quindi un documento speciale che vale per un territorio che ha sempre rivendicato una sua specialità e a me pare che Guarino dica giustamente: "non trovate voi in contraddizione per primi", e aggiunge a proposito della 616:

"può anche essere, si può anche trovarsi in una situazione ben strana per una Regione a statuto speciale, di trovarsi nella condizione di avere migliori competenze delle regioni a statuto ordinario, ciononostante questo può costituire uno sprone per modificare le norme, non può costituire il pretesto per forzarne l'interpretazione". Questo è il parere di Guarino e a me pare che, anche da un punto di vista della logica politica, sia perfettamente coerente, e un invito in particolare anche ai commissari della commissione consultiva del governo come si è detto, a estendere semmai tutto quanto, dopo l'approvazione del D.P.R. 616, alle regioni a statuto ordinario e che magari ancora non spetta alla Regione Trentino-Alto Adige. A me pare che quindi ci sia motivo di sufficiente riflessione, sia per quel "non togliere titolo, competenza alle Province", sia per dire che il discorso non è tanto contro la legge, cioè con la analogia portata qui dal collega Benedikter, quando appunto il problema sta in un riferimento preciso, specifico al nostro statuto di autonomia, e da questo punto di vista a me pare abbastanza strano che un interprete peraltro severo e rigoroso dello statuto di autonomia come è normalmente e come è sempre stato il cons. Benedikter, questa volta tenda sostanzialmente a forzarlo, magari correndo anche dei rischi dal punto di vista giuridico. Il discorso semmai a questo punto è quello di non togliere denaro, possibilità di incamerare dei finanziamenti che lo Stato si è dichiarato disposto ad assicurare alla provincia di Bolzano sulla base dell'art. 113. Io credo allora, a questo punto, che ha fatto bene Sfondrini a richiamare esattamente lo spirito dell'art. 113, perchè a me pare che qui ci sia una precisa definizione dell'ambito entro il quale è chiamato ad operare l'articolo citato, tanto è vero che, se io non ricordo male, tutto questo riferimento della popolazione residente nella

provincia di Bolzano a me sembra che sia perfettamente condividibile e dico: se questa è l'autentica interpretazione dell'art. 113 non trovo nemmeno contraddizione fra questa competenza assegnata alla provincia di Bolzano per la sua popolazione e la norma più generale per quanto riguarda l'assistenza universitaria.

Detto questo, qual è la posizione del gruppo comunista? Noi siamo per un rispetto rigoroso della norma così come oggi è. E non diciamo che non si debba assicurare, estendere la possibilità di un maggiore decentramento di competenze alle due province; l'abbiamo definito anche in sede di discussione di bilancio e nel momento dell'insediamento della Giunta, abbiamo sempre detto anche a livello del nostro congresso regionale che, a nostro avviso, la Regione deve sempre porsi come strumento per un potenziamento e un'estensione delle autonomie provinciali. Siamo ancora di quel parere, lo ribadiamo qui, siamo quindi disponibili acchè la 616 e la 382 vengano rapportate, raffrontate, ripensate in rapporto alle competenze di cui oggi le nostre due province sono dotate. Ma fra il dire questo e il dire che siamo disposti a forzare delle norme perchè magari se ne ravvisa da parte di qualche capogruppo politico l'opportunità, a forzare questo pacchetto ulteriore di competenza qua e là cioè al di fuori di un quadro organico, io credo che ce ne corra parecchio. Cioè da un punto di vista politico siamo disponibili a una riflessione complessiva sulla 616, lo abbiamo sostenuto e lo ribadiamo, siamo disponibili ad un potenziamento ulteriore dell'autonomia delle Province all'interno di un quadro organico. E io non vorrei, per essere molto franco, che alla fine si prenda del 616 quello che fa comodo lasciando altro — è il caso del settore relativo all'assistenza — inoperante —, cosa che sta peraltro accadendo — rimettendo quindi in discussione anche quello che è lo spirito vero del

decentramento. E' per queste motivazioni complessivamente che abbiamo trovato poco stringente la logica giuridica con la quale il cons. Benedikter stamane è venuto in aula. Anche i motivi che qui sono stati addotti invocando un atteggiamento benevolo in Consiglio regionale, nel senso quasi che dalle decisioni del Consiglio regionale potesse venire un danno alla Provincia di Bolzano, io credo che siano da respingere anche per quelle considerazioni che, a nostro avviso, ci impongono di tenere nettamente distinto l'art. 113 da quella che è la norma più generale in materia di assistenza universitaria. Se vogliamo, possiamo trovare delle formule transitorie, come ricordava il compagno Tomazzoni quando parlava di un consiglio di amministrazione dell'Opera universitaria che, per esempio, potrà scadere nel momento in cui venisse a definirsi la competenza nel settore delegata alle Province, e noi non siamo contrari a formule siffatte. Comunque, per il momento noi siamo appunto per una interpretazione rigorosa della norma statutaria così com'è e vediamo pertanto di procedere alla nomina del consiglio di amministrazione, anche perchè l'Opera universitaria è in una situazione di carenza amministrativa ormai da molti mesi e credo che attendere ulteriormente significhi provocare grossi danni alla popolazione studentesca.

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer.

LANGER (N.S.—N.L.): Ci troviamo qui di fronte a un problema, che, come aveva, se non ricordo male, fatto notare anche il Presidente dell'assemblea dell'ultima volta trattando una questione di competenza, sicuramente non è di piccolo momento; quindi non vogliamo in nessun modo sottovalutarlo, anche se concordiamo con coloro che hanno rilevato l'insostenibilità di un ritardo così grave, contro il quale ci



eravamo pronunciati ancora in gennaio, se non ricordo male, e che lascia l'Opera Universitaria in una situazione di carenza, la condanna a zoppiare spesso e a non muoversi affatto.

Da questo punto di vista è sicuramente grave che questo problema lo discutiamo solo oggi e che continuamente i due partiti di maggioranza di questo Consiglio abbiamo, credo sostanzialmente perchè non sono riusciti a mettersi d'accordo fra di loro, continuamente pensato di risolvere il problema con i rinvii. Io avevo detto qui già nella precedente seduta del Consiglio regionale, che per quanto riguarda noi della N.S. — N.L. in linea di principio siamo convinti che la competenza in questa materia in particolare quindi anche con riferimento alla 616, debba essere una competenza provinciale; da questo punto di vista noi non abbiamo dubbi e riteniamo che sia importante ribadirlo, anche perchè tra l'altro voglio ricordare, anche se altri l'hanno già fatto, che gli studenti sudtirolesi, in particolare di lingua tedesca, ma non soltanto quelli — e non a caso ci siamo battuti perchè anche gli studenti di lingua italiana della nostra provincia potessero a pari condizioni, quando lo volessero, studiare anche in Austria —, dicevo che gli studenti sudtirolesi in particolare hanno ovviamente o possono avere altri bisogni rispetto alla frequenza all'Università che non in genere gli studenti del resto del territorio nazionale, perchè può essere ovviamente molto più necessaria l'esigenza di andare a studiare per esempio in un paese di lingua tedesca, in particolare in Austria, paese con cui vige un accordo sul riconoscimento dei titoli di studio. In questo senso si giustifica anche la prassi della Provincia di Bolzano, disciplinata con proprie leggi, di supplire là dove la Provincia di Bolzano non può intervenire con una propria opera universitaria, per esempio, o qualcosa del genere, ma di intervenire per supplire a questa necessità. Non

dubito che il gruppo socialista su questo sia d'accordo. Sappiamo anche che oggi pronunciarsi su questo tema può essere per molti punti di vista, come già brevemente ricordato nella precedente seduta del nostro Consiglio, un'arma a doppio taglio. Perchè non c'è dubbio che ogni argomento giuridico abbia anche una sua valenza politica, e non c'è dubbio che in particolare la S.V.P. quando anche solo si nomina la parola "università" tende a voler alzare immediatamente uno steccato intorno a ciò che vorrebbe considerare il proprio orticello anche per il futuro. Peraltro non va nascosto, e questo ovviamente il collega Benedikter lo sa bene, che l'art. 113 dello Statuto, proprio per essere una norma eccezionale, in qualche modo limita la competenza della Provincia, e sente il bisogno di far salva una legge che disciplinava una parte dell'assistenza universitaria in modo eccezionale, il più lato rispetto al quadro statutario delle competenze. D'altra parte sappiamo anche che l'argomento che il collega Benedikter ha sollevato qui del contributo finanziario spettante ai sensi dell'art. 78, cioè quel contributo al quale si applica la famosa percentuale del 1,61 che lui quantificava nell'ordine di un miliardo e mezzo circa per l'anno corrente per la Provincia di Bolzano, è un argomento importante. A me pare che non sia in questo caso un problema di ingordigia personale quasi del partito di maggioranza assoluta in provincia di Bolzano, ma è un problema di assistenza universitaria, e da questo punto di vista ovviamente è importante porre la domanda: che cosa fa la Provincia di Bolzano con questi soldi, che cosa fa la Provincia di Bolzano per l'assistenza universitaria? Non è un caso che gli studenti sudtirolesi siano ricorsi, non più di dieci giorni fa, persino a una minaccia dello sciopero della fame per avere le borse di studio, che, a causa della presentazione tardiva del bilancio provin-

ziale, erano congelate e non venivano pagate. Quindi noi ci rendiamo conto che in linea di principio, e su questo non abbiamo esitazioni, la competenza è e deve essere delle Province, e in questo senso sia nella precedente riunione di questo Consiglio, sia oggi, la nostra proposta, che poi non è nostra soltanto come gruppo consiliare, la nostra proposta di nominare come rappresentante di minoranza il presidente dell'associazione più rappresentativa degli studenti sudtirolesi, checcé ne dica il Dolomiten, che tenta di negarle questo carattere di rappresentatività quasi settimanalmente, era da intendere ed è da intendersi come una proposta eventuale se il Consiglio si dimostrerà competente a procedere a questa nomina. D'altra parte, lo ricordavo ancora l'altra volta, la Provincia di Bolzano o la Provincia di Trento o entrambe, se si ritenessero in qualche modo violate, anzi invase nella loro competenza, ovviamente hanno gli strumenti giuridici e costituzionali per la tutela delle proprie competenze. Quindi dal punto di vista giuridico, la nostra posizione è chiara, ed è una posizione meditata, non è una posizione assunta a cuor leggero.

Restano una serie di osservazioni politiche, che complicano notevolmente il problema. L'ultima frase, con la quale il cons. Benedikter ha concluso il suo intervento, suonava un po' di ricatto, cioè suonava in questo senso: questa Regione, questo Consiglio regionale, a maggioranza composto da consiglieri di lingua italiana, un'altra volta viene messo di fronte alla realtà oggettiva se fare uso di questa maggioranza italiana contro la minoranza tedesca all'interno di questo Consiglio per togliere qualcosa che in qualche modo è inerente all'autonomia. Io credo che questo ricatto sia puramente strumentale perché in realtà è vero, lo ricordavo prima il collega Erschbaumer, in realtà è vero che in questo caso come in numerosi altri casi stiamo

assistendo ad una sorta di battaglia fumogena, in cui i partiti che formano insieme non solo la Giunta regionale, non solo la Giunta provinciale di Bolzano, ma che hanno anche a livello di vertici dei partiti continui e cospicui contatti, che hanno trovato una forma di collaborazione molto intensa per le elezioni europee e chissà in quante altre occasioni e sedi, qui non possono venire adesso a fare la recita riguardo all'opera universitaria o più in genere riguardo alla configurazione delle competenze provinciali, anche perché, e lo vogliamo ricordare, e lo diceva prima il collega Erschbaumer, il problema delle norme di attuazione non è solo un affare unilaterale del governo, che certamente ha le sue grandi e pesanti responsabilità nei ritardi, ma è anche un affare della S.V.P. che in questa commissione è appunto rappresentata e che sicuramente ne è parte importante soprattutto nella Commissione dei 6 ma anche dei 12. E da questo punto di vista concordiamo con quanto ha già detto il collega Erschbaumer che anche il Consiglio regionale avrebbe diritto, facendo parte della Commissione dei 12, avrebbe diritto di sapere che cosa fa questa commissione, avrebbe diritto di verificare fra l'altro se questo mandato è o no scaduto, come noi riteniamo, dato che i rappresentanti del Consiglio regionale sono stati eletti tanto tempo fa, addirittura, se non ricordo male, due Consigli regionali fa, e quindi da questo punto di vista, come abbiamo espresso anche in sede provinciale, noi riteniamo che oggi agiscano quasi come una sorta di "falso procurato", cioè di chi agisce nell'interesse presunto di qualcuno, affidandosi poi eventualmente alla successiva ratifica dell'opera svolta, ma sicuramente senza mandato del Consiglio regionale attuale. Quindi anche noi riteniamo che il Consiglio regionale debba dibattere della questione delle norme di attuazione, anche al di là ovviamente della questione dell'assistenza

universitaria. Peraltro a questo proposito saremmo molto curiosi, e non solo noi credo, di conoscere il punto di vista della Giunta regionale e non dico solo sulle norme di attuazione, problema più generale, ma in particolare su questa questione, che stiamo dibattendo dell'Opera universitaria di Trento. Se, quindi, noi per ragioni di principio, per ragioni di autonomia, per ragioni di priorità, che riconosciamo all'autonomia provinciale rispetto a quella regionale, e anche per ragioni di volontà di ulteriore costruzione delle autonomie provinciali e in particolare di quella che ha un fondamento particolare, come quella della Provincia di Bolzano, se, dicevo, siamo convinti della competenza provinciale, dobbiamo tuttavia dire che la posizione complessivamente espressa e ribadita dalla S.V.P. in merito a questo problema, ci rende molto più difficile, e ci fa riflettere se consentire anche in sede di voto con le posizioni espresse dal capogruppo della S.V.P. in questa Assemblea. Perché come già si è detto, se ogni argomentazione giuridica ha anche un suo fondamento politico, ha anche un suo fondamento sui rapporti di forza, non c'è dubbio che la S.V.P. in ogni occasione, e in particolare su questioni universitarie, tende non solo a rappresentare un punto di vista che certo molte volte è conseguentemente autonomistico nei confronti dello Stato e nei confronti della Regione, non altrettanto nei confronti della popolazione e non certo nei confronti delle forze politiche che gestiscono lo Stato e a maggioranza relativa la Regione, ma è anche vero che la S.V.P. di questo punto di vista in genere ne fa argomento di isolazionismo, ne fa argomento di chiusura corporativa. In particolare quando si parla di università, sembra quasi, e lo ricordava prima Sfondrini, sembra quasi abbia paura di sporcarsi le mani. In particolare è noto che la S.V.P. esprime da sempre una posizione

assai critica e spesso persino denigratoria nei confronti dell'università di Trento, degli studenti e anche dei docenti dell'università di Trento, e ancora in materia universitaria è notoriamente contraria sia a una università nel Sudtirolo, sia a ogni forma di dimensione regionale di una università come, per esempio, quella di Trento. Su questo punto noi siamo ovviamente in netto dissenso con la S.V.P. e riteniamo che, comunque vada la pronuncia sul rappresentante nell'Opera universitaria, non debba essere in nessun modo una pronuncia contro una possibile dimensione innanzi tutto certo culturale, didattica, regionale, dell'università di Trento.

C'è anche un altro argomento nelle considerazioni del cons. Benedikter, che non ci può trovare d'accordo. Il suo ragionamento sul miliardo e mezzo di soldi che viene alla Provincia di Bolzano è anche quello un argomento isolazionista, cioè è un argomento che in qualche modo elimina a priori, dalla considerazione che noi dovremmo qui fare, la domanda se è giusto o no che noi prendiamo eventualmente più di altri, elimina a priori la domanda se noi possiamo anche voler scegliere una forma di solidarietà, non so se in questo caso dell'assistenza universitaria dovremmo farlo, penso di no, però in generale esclude dal suo orizzonte la domanda se noi non dobbiamo preoccuparci anche di ciò che avviene in altre Province, in altre Regioni, e in questo ovviamente non possiamo acconsentire. Riteniamo tra l'altro, e ci teniamo a dirlo subito, che comunque vada la decisione di questo Consiglio regionale, la quota di cui parlava il cons. Benedikter non dovrà essere toccata, nel senso che così come finora la Provincia di Bolzano ha avuto questi soldi, nella misura e negli anni ricordati dal cons. Benedikter, comunque vada questo voto, — ed è importante che il Consiglio regionale lo ribadisca —, la situazione riguardo alla parte spettante alla

Provincia di Bolzano deve rimanere impregiudicata, perché la situazione normativa non muterebbe, cioè se l'Opera universitaria con i rappresentanti del Consiglio regionale ha operato fin qui, c'è stata fin qui, e anche se venisse riconfermata questa rappresentanza del Consiglio regionale non dobbiamo commettere l'errore di dire: se il Consiglio regionale delibera adesso in maniera diversa, allora avranno ragione quelli del Ministero del Tesoro a non voler più mollare questi soldi.

*(Interruzione)*

LANGER (N.S.—N.L.): Concludendo, quindi, come in altre occasioni anche in questa noi non riteniamo che la Regione debba funzionare come una specie di camicia di forza. Noi in molte altre sedi ci siamo pronunciati e anche recentemente nella riunione congiunta del Consiglio provinciale di Bolzano e della Dieta del Land austriaco del Tirolo, ci siamo pronunciati per una dimensione che volontariamente, per considerazioni e condizioni politiche e culturali, comprenda anche il Trentino, faccia della Regione una dimensione che ci interessa. Però non chiediamo che norme istituzionali o giuridiche, o peggio la condizione forzata all'interno di un quadro regionale non da noi scelto, diventino come la camicia di forza. Per queste ragioni noi mediteremo ancora, a seconda anche dell'esito di questo dibattito, il nostro atteggiamento in sede di voto, che comunque sarà o di consenso, se alla fine riteniamo prevalenti le ragioni giuridiche con la posizione espressa dal capogruppo della S.V.P., o di astensione, se ci convinceremo, come mi pare che sia più probabile, dall'andamento fin qui avuto di questo dibattito, che le ragioni politiche non ci consentono oggi di dare la priorità a una convinzione giuridica, che poi viene gestita politicamente nel modo che

conosciamo da chi oggi ha il potere in provincia di Bolzano.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora di parlare?

BENEDIKTER (S.V.P.): Chiedo la parola, signor Presidente.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, lei ha già preso la parola due volte in questa... lei ha ancora modo di parlare come dichiarazione di voto?

BENEDIKTER (S.V.P.): Sul regolamento.

Ich möchte zur Geschäftsordnung sprechen. Ich habe beantragt, der Regionalrat möge präjudiziell abstimmen, daß diese Sache nicht in die Zuständigkeit des Regionalrates fällt.

*(Vorrei parlare in merito al Regolamento interno.*

*Ho proposto che il Consiglio regionale si esprimesse pregiudizialmente che tale materia non compete al Consiglio regionale).*

PRESIDENTE: Consigliere, mi pareva di avere inteso così prima, quando lei aveva fatto il primo intervento: il cons. Pasquali, alla mia ipotesi di considerarla, anche formalmente, una questione pregiudiziale e quindi due pro e due contro, ebbe ad eccepire che non gli sembrava la natura della sua eccezione pregiudiziale. Io ho chiesto se l'aula intende ampliare la discussione e non considerare questa una questione pregiudiziale, nessuno mi ha detto di no.

Adesso... la pone adesso?

BENEDIKTER (S.V.P.): Sì.

PRESIDENTE: Il cons. Benedikter pone la

questione pregiudiziale della competenza e su questa introduciamo la regola dell'articolo 73, per cui due pro e due contro possono parlare. Mi pare però che sull'ordine dei lavori aveva chiesto di parlare il cons. Pasquali.

Il cons. Pasquali ha la parola sull'ordine dei lavori.

PASQUALI (D.C.): Signor Presidente, io prendo la parola sull'argomento...

PRESIDENTE: Sulla pregiudiziale?

PASQUALI (D.C.): No, posso dire qualcosa anche sulla pregiudiziale. Io volevo esprimere....

PRESIDENTE: No, cons. Pasquali, qui dobbiamo metterci d'accordo. Il cons. Benedikter in una prima forma forse non precisa, ma successivamente formalmente m'è parso di capire, pone la questione pregiudiziale.

PASQUALI (D.C.): Allora parlo sulla pregiudiziale. Quindi mi dà l'occasione di parlare su tutto. Mi dà l'occasione di esprimere più compiutamente se questa deve essere l'interpretazione del regolamento. A me pare questo, e dirò dopo la mia opinione sulla pregiudiziale, signor Presidente: mi pare che, tutto sommato, il dibattito che è avvenuto oggi sia stato utile, se non altro per renderci convinti di quanto complessa e difficile sia questa materia qui, che fino adesso non era mai stata portata in aula e fino adesso è stata semplicemente rinviata e ha formato motivo e oggetto di valutazioni da parte del collegio dei capigruppo, ma direi anche in termini molto imprecisi e insufficienti, ma soprattutto su valutazioni che poi avevano sollecitato la richiesta di pareri da parte di alcuni consulenti giuridici. E che non si tratti solo di mettere a confronto e di valutare pareri giuridici

sull'argomento, mi pare che sia risultato chiaro da questo dibattito. Trattasi quindi, ripeto ancora, di una materia estremamente complessa, nella quale si intrecciano tutta una serie di questioni anche di ordine giuridico, molto di ordine politico e anche molte questioni con riferimento a situazioni di fatto che esistono, come è stato fatto rilevare anche precedentemente. E, quindi, situazione che è notevolmente complessa, noi ripetiamo; dico che forma motivo anche di preoccupazione, non nascondiamo mai nei nostri interventi e nelle valutazioni che dobbiamo fare l'esigenza proprio di mantenere un grado di prudenza notevole nelle decisioni che si debbono andare a operare e nelle valutazioni che si devono andare a fare. Un'altra valutazione che mi pare di poter dire è questa: che non dovrebbe essere questa l'occasione per riprendere il discorso sull'università in quanto tale, l'università di Trento e la sua funzione, l'università di Bolzano e la sua funzione, rapporti, ecc., perchè allora se il tema lo dovessimo esaminare da questo presupposto sarebbe molto complesso e credo anche nella valutazione politica estremamente contraddittorio nei confronti della decisione che saremo chiamati ad adottare. Quindi io voglio saltare anche questa parte di discorso. Ma mi pare che al punto in cui siamo risulti chiara, almeno per noi, la complessità della questione, per quanto fa riferimento a tutte le valutazioni, e di ordine politico, situazioni di fatto, situazioni politiche anche che si pongono, ma però siamo anche di fronte a una constatazione che questo è un organo, quello dell'opera universitaria, che la legge dispone. Su questo non ci possono essere dubbi. Esiste un organo che è carente nella sua composizione, dal momento che è scaduto, e sta, immagino io, continuando la sua attività sulla base del principio della prorogatio, e credo che lo possa esercitare legittimamente, anche se in

termini non propri, non corretti, perchè ormai a questo Consiglio si avrebbe dovuto provvedere. E questo credo che sia un motivo che debba comunque essere di preoccupazione perchè l'organo manca, e questo organo è indispensabile per il funzionamento di una istituzione, per il funzionamento di un ente.

La questione fondamentale è di stabilire a chi spetta la rappresentanza in seno al consiglio dell'Opera Universitaria. Abbiamo ascoltato con estrema attenzione le espressioni di tutte le forze politiche che hanno parlato. Ci sono varie sfumature e varie posizioni nell'interpretazione di funzione giuridica e di funzione politica, a proposito delle quali abbiamo colto differenze anche molto accentuate. Vi è da una parte, l'interpretazione secondo la quale si mette in pericolo, non solo una prassi consolidata di devoluzione di fondi alla provincia di Bolzano attraverso l'art. 78 — qui si è parlato del 113, ecc. —, e dall'altra in funzione di tutte queste cose, una più ampia interpretazione per dire che, in virtù di tutte queste considerazioni, di queste valutazioni che sono state espresse e fatte, sia quindi il Consiglio provinciale di Trento che propone, che definisce le nomine. Io credo che a questo punto siano necessarie e fondamentali queste due valutazioni: l'approfondimento ulteriore giuridico ci potrà rendere più agevole una ulteriore presa di posizione, ma mi pare sia anche fondamentale il valutare la disponibilità di quell'organo che è il Consiglio provinciale di Trento ad assumersi questo titolo, a legittimamente proporre la nomina di questi consiglieri. Non credo che possiamo essere noi come Consiglio regionale che imponiamo al Consiglio provinciale di Trento attraverso una valutazione che possa emergere così...

MITOLO (M.S.I.-D.N.): *(Interrompe)*

PASQUALI (D.C.): Cons. Mitolo, lei ha parlato, può dire la sua opinione, io dico semplicemente la mia. Da parte nostra dobbiamo valutare con maggiore precisione tutta l'altra serie di considerazioni che fanno riferimento al non voler riconoscere più alla Provincia di Bolzano quanto è stato riconosciuto fino a questo momento, anche mettendo in mora, diciamo pure, tutta una serie di ulteriori conseguenze di carattere politico e giuridico. La mia considerazione a questo punto è questa: io non me la sentirei, anche a nome del mio gruppo, di valutare oggi la pregiudiziale sulla legittimità, come l'ha posta il collega Benedikter, vale a dire che il Consiglio regionale valuti se ritiene proponibile una votazione come quella che andiamo facendo. Mi sembra che questa sarebbe molto pericolosa e di fronte ad essa io non mi sentirei tranquillamente, anche a nome del mio gruppo, di adottare una decisione a cuor tranquillo. Quindi io non sarei favorevole alla richiesta fatta dal collega Benedikter, mentre sarei piuttosto più favorevole, e in caso l'avanzo formalmente, all'ipotesi di un rinvio, un ulteriore rinvio. E lo faccio a ragione veduta, lo faccio con tutta tranquillità, proprio non me ne vergogno, nè sento nessuna forma di disagio a porre questa richiesta, dal momento che in realtà ci sentiamo molto imbarazzati, evidentemente noi, con sensibilità nostra, diversa dagli altri. Non sento alcun disagio ad esprimere questo, perchè la materia è gravemente complessa e può diventare motivo di ancora più grave scontro frontale, laddove non avessimo meditato sufficientemente. Quindi io mi sento molto più tranquillo nel chiedere formalmente una sospensione dell'attività del Consiglio, ponendo però, almeno per quanto mi riguarda, questo limite alla mia richiesta: la consapevolezza che questo organo non può per molto tempo ancora non essere nelle condizioni di poter legittimamente e

correttamente operare. Legittimamente credo che lo possa essere già da adesso, ma ci dobbiamo dare un periodo di tempo molto preciso. Gli organi del Consiglio provinciale, dell'amministrazione provinciale, della Giunta provinciale valutino anche da parte loro nella loro espressione di autonomia, evidentemente la possibilità di dare una interpretazione, e contemporaneamente lo faremo da parte nostra autonomamente. Purtroppo siamo in un momento dove tutti gli organi politici della Regione, i due Consigli provinciali e lo stesso Consiglio regionale sono molto impegnati, e non so se riusciremo a decidere ancora prima della pausa estiva, ma per quanto ci riguarda, per quanto riguarda il nostro gruppo, la interpretazione, la valutazione e la definitiva, veramente definitiva decisione che dobbiamo adottare, io mi sentirei di proporla in un periodo di tempo molto breve. Questo anche a nome dei colleghi della provincia di Trento.

**PRESIDENTE:** Io cercherei di riassumere, spero in maniera abbastanza corretta, prima di procedere: ritengo che abbiamo una questione pregiudiziale perchè formalmente posta, in ordine alla competenza; abbiamo una proposta di rinvio, se ho capito bene, dell'argomento, non dell'attività. Credo di aver inteso bene il concetto, cioè di rinvio dell'argomento, della trattazione, nella quale però lei ha inserito anche il "non ha senso" — usiamo questo termine per capirci — la votazione sulla pregiudiziale. Chiedo se ho capito bene. Adesso qui proceduralmente è un poco difficile, perchè è certo che io dovrei mettere in votazione la pregiudiziale, se il proponente non la ritira.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Die Vertagung wird vorgeschlagen, um die Gründe, die da geltend gemacht worden sind, besser überlegen zu

können. Ich kann nur damit einverstanden sein und bin daher bereit, meinen Antrag zurückzuziehen, falls über die Vertagung abgestimmt wird.

*(Si propone il rinvio per poter meglio analizzare i motivi fatti ora valere. Posso concordare su quanto proposto e ritirare la mia richiesta, qualora venisse posto in votazione il rinvio.)*

**PRESIDENTE:** Il cons. Benedikter ritira la proposta di pregiudiziale sulla competenza di fronte alla proposta che ha formalizzato il cons. Pasquali di rinvio dell'argomento. Siamo ancora all'art. 73: due pro e due contro, per dieci minuti ciascuno.

La parola al cons. Mitolo.

**MITOLO (M.S.I.-D.N.):** Noi siamo contro la proposta di rinvio, come siamo stati contro la proposta pregiudiziale, soprattutto perchè ci siamo convinti della competenza in Regione in materia senza discussioni, ed è semplicemente — scusate — ridicolo che noi, dopo tanti anni di Consiglio regionale, addirittura solleviamo questioni pregiudiziali sulla competenza della Regione in una materia come questa. Ma siamo contro la proposta di rinvio, perchè allo stato attuale dei fatti, veramente è scandaloso che il Consiglio regionale non trovi ancora il tempo per affrontare e per risolvere tale situazione e si debba addirittura rinviare a dopo le ferie.

Sono contro, anche perchè mi rendo conto che a questo punto il problema è soltanto di natura politica e dipende soltanto da quella che è una particolare visione della S.V.P. di tutta la situazione, di tutti i problemi di carattere regionale, e la D.C., come sempre, per non urtare la suscettibilità del suo maggior partner, accetta supinamente i ricatti della S.V.P. Noi quindi

siamo contro questo modo di operare e di comportarsi da parte del Consiglio regionale.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di parlare contro il cons. Tomazzoni.

**TOMAZZONI (P.S.I.):** Ci rendiamo conto anche noi della delicatezza del tema e delle difficoltà a risolverlo, però questo lo sapevamo e lo sapeva anche la D.C. in gennaio; sono passati sette mesi durante i quali si potevano prendere tutte le iniziative che si ritenevano opportune, si potevano fare tutte le consultazioni che si dovevano fare. Io non vedo cosa di nuovo possa emergere da un rinvio; mi pare che le posizioni sono estremamente chiare; abbiamo il parere di un giurista pagato da noi....

*(Interruzione)*

**TOMAZZONI (P.S.I.):** No, quello di Bassanini è un discorso generale che non entra in questo specifico tema, che mi pare poco utilizzabile su questo specifico argomento. Abbiamo, caso mai, quello di un consigliere, quello del cons. Benedikter; questo però non è estraneo alla nostra Assemblea; è un parere quindi all'interno dell'Assemblea, come abbiamo allora pareri di tutti i gruppi politici e vale sullo stesso piano. Quello che abbiamo, esterno alla nostra Assemblea, è quello del prof. Guarino, che dà torto a quelle valutazioni che fa il cons. Benedikter e dice che la cosa è chiara per tutta una serie di ragioni e per quella più importante, che andrebbe a toccare lo statuto stesso. L'ha detto prima giustamente il collega Ziosi, la motivazione più valida o portante di tutto il suo parere è che noi andremmo a forzare lo statuto stesso di autonomia, a dare un'interpretazione estensiva che va al di là di quello che è lo statuto di autonomia. Il problema che ci si è posto,

quasi in forma di ricatto, è questo: prima di tutto guardate che andate a danneggiare la provincia di Bolzano. Noi non vogliamo danneggiare la provincia di Bolzano, assolutamente, nessuno ha questa intenzione, ma non è stato dimostrato che si va a danneggiare la provincia di Bolzano, non è stato risposto a quanto detto prima dal collega Sfondrini circa l'art. 113, circa questo finanziamento specifico che viene dato per quella competenza specifica solo per la provincia di Bolzano; siamo certi invece che si danneggia l'università di Trento non nominando questi membri del Consiglio di amministrazione; di questo siamo certi. Questo è un danno effettivo nel funzionamento dell'opera universitaria, perchè sappiamo in quali condizioni si trova, che cose c'è all'interno, i problemi che essa ha e che non riesce a risolvere, anche perchè è un organo così precario, non costituito legalmente, che non può funzionare in modo da affrontare i grossi problemi che l'opera universitaria ha. Abbiamo il dubbio che la si danneggia anche sul piano finanziario, perchè è reversibile la cosa; se viene considerato questo finanziamento all'opera universitaria di Trento come un finanziamento sostitutivo di quello che viene dato alla Provincia di Bolzano come l'art. 113, passato poi sul 78 in base alle competenze previste dal 113, è evidente che allora il Ministero del tesoro dice: se vi diamo quei fondi per la provincia di Bolzano in base alle competenze dell'art. 113, siccome queste stesse competenze la provincia di Trento non le ha, non ve li diamo più per la provincia di Trento. La provincia di Trento non può interferire nell'opera universitaria, non può assumersi le competenze nell'opera universitaria al momento della legislazione attuale, ci troveremmo in una situazione veramente anomala di un'opera universitaria che continua nelle funzioni che le sono attribuite dalla legge del '73 e una



provincia di Trento che non può assolutamente intervenire, sostituirsi ad essa nell'assistenza agli universitari, nell'assistenza di tipo universitario, pur nominando però all'interno di questa opera universitaria i rappresentanti di sé stessa. E' una situazione veramente anomala e non sostenibile da un punto di vista giuridico; bisogna che questa opera universitaria venga sciolta e tutte le sue competenze passino alla provincia di Trento insieme alla assistenza universitaria, cosa che in questo momento non è possibile. Perciò dicevamo che deve essere provvisoria questa nomina del Consiglio di amministrazione dell'opera universitaria di Trento. E non tocchiamo il discorso politico più vasto sull'università, sulla sua funzione, sul suo ruolo, su quelli che sono i problemi sollevati dal collega Langer, che sono molto importanti, ma mi pare non direttamente coinvolti in questo discorso. Essi richiedono un discorso di tipo diverso, anche se naturalmente l'attinenza c'è, il filo che li collega c'è, ma non è su questo argomento che noi ci siamo impegnati. Con queste motivazioni noi crediamo di interpretare soltanto lo statuto, la legislazione attuale, lo stato delle cose attuali, e non crediamo assolutamente di andare a danneggiare la Provincia di Bolzano.

Non è stata assolutamente convincente la logica del cons. Benedikter che porta a dire che questi fondi non andrebbero per quello che spetta a Bolzano sulla base delle sue competenze. Sono due cose estremamente diverse. Perciò noi diciamo che il Consiglio regionale è maturo per questa nomina e dovrebbe operare alla nomina stessa. Andare avanti con l'ordine del giorno senza ulteriori e inutili rinvii.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Zanghellini, che parla a favore.

**ZANGHELLINI (P.P.T.T.-U.E.):** Grazie, signor

Presidente. Approfitto per parlare a favore del rinvio, anche per dare un'idea della posizione del nostro partito; un'idea meditata anche in quest'aula con le discussioni che sono avvenute, perchè crediamo che sia un problema molto complesso, tanto è vero che qui si intersecano posizioni giuridiche di competenza, di interpretazioni e anche politiche. E mi sembra che, pur avendo avuto un certo spazio di tempo per poter inquadrare con esattezza un problema del genere, questo tempo non è mai sufficiente, anche perchè a noi mancano alcuni rappresentanti del partito coi quali si poteva avere una visione generale ed esatta del problema. Dirò che, appunto per quanto ho sentito, a noi sembra che non è una forzatura dello statuto quella di allargare per analogia le competenze alle due Province, anzi mi sembra una forzatura in contrario. Direi anche che al di là delle valutazioni di vari maestri e competenti nelle varie materie, sappiamo per esperienza che si può avere sempre con una perizia una cotoperizia, con un parere positivo un parere negativo. E' questione di tempo, è questione tante volte anche di soldi. Allora io ragiono secondo il buon senso, secondo quello che mi detta la ragione e l'istinto e allora dirò sinceramente, e parlo da trentino, che sotto tutto questo si vuole, in fondo, far riconoscere alla Provincia di Bolzano, agli altoatesini, la validità dell'università di Trento, la quale università in pratica ha ben pochi iscritti della provincia di Bolzano e anche pochi della provincia di Trento. E' questa una valutazione politica, della quale bisogna tener conto. E anche bisogna tenere presente che lo spazio nel quale opera in provincia di Bolzano va al di là dei confini nazionali, per un fatto non solo etnico, ma anche culturale, che in parte è assente nel nostro territorio. Per queste valutazioni noi siamo per il rinvio e saremmo stati per la

votazione delle competenze provinciali. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ancora uno in favore. La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Ich wollte nicht mehr das Wort ergreifen, weil man ja nicht in die Sache eingehen soll, aber die Angelegenheit ist, besonders von Tomazzoni wieder aufgeworfen worden und ich erachte es — auch wenn die Abstimmung, wie ich hoffe, für die Vertagung ausgeht — zweckmäßig, daß ich doch kurz zu verschiedenen Behauptungen Stellung nehme, die meiner Ansicht nicht stimmen, ob ich nun mißverstanden worden bin oder ob es eben Behauptungen sind, die aus einem politischen Beweggrund gemacht worden sind — obwohl sie nicht stimmen —, bleibt dahingestellt. Es ist interessant, daß hier eine Allianz, ein Bündnis von Neufaschisten, Kommunisten und der ganzen Linken zustandekommt, um der Provinz Bozen diesen Anspruch auf Autonomie zu verneinen. Ich habe mit Prof. Guarino über diese Sache nie gesprochen, obwohl ich — das kann ich sagen — jedesmal, wenn ich nach Rom fahre, mit Prof. Guarino über verschiedene Dinge rede, die mit der Provinz Bozen, mit Aufträgen vor dem Verfassungsgerichtshof zu tun haben, eben weil es mir nicht korrekt erschienen wäre, ihn zu beeinflussen. Aber ich möchte sagen: Prof. Guarino hat ja den Art. 8 angerufen, den Art. 8 sozusagen geltend gemacht; er hat sich aber nicht mit dem Art. 113 befaßt.

Er hätte sich auch mit dem Art. 113 befassen müssen, um seinen Standpunkt zu untermauern oder jedenfalls abzusichern. Hier müßte eines klar sein: Der Art. 113 gibt der Provinz Bozen keine autonome Zuständigkeit, keine Gesetzgebung über Schulfürsorge für Universitätsstudenten. Also die Tatsache, daß die Provinz Bozen schon zweimal die Mittel für das

universitäre Hilfswerk bekommen hat, wo es in der Provinz Trient an das Hilfswerk direkt geht, ist eine Ableitung — der Art. 113 spielt dabei eine Rolle, —, aber ist auch eine Vorwegnahme des Dekretes 616, denn dort wird die Zuständigkeit uns, der Provinz Bozen und der Provinz Trient, wiedergegeben — der Art. 113 hingegen gibt uns nicht die Zuständigkeit — weswegen dann aufgrund des Art. 78, Herr Abgeordneter Sfondrini, dann auch geltend gemacht werden kann, daß wir uns beteiligen können. Da hat es keinen Sinn zu sagen: ja, die Geschicklichkeit des Unterhändlers... usw. Die Geschicklichkeit besteht, wenschon, in Argumenten und nicht in Händeringen und sagen bitte schön oder so ähnlich, nicht wahr. Das Argument in meinem Promemoria, das ich bei mir habe, war der Art. 113, einerseits, aber da hätten die Verhandlungspartner antworten können: bitte schön, ihr habt ja Geld genug in eurem Haushalt, ihr könnt ja diesen Art. 113 mit eurem Haushalt bestreiten, ohne daß wir euch am entsprechenden Staatshaushaltsposten beteiligen. Ich habe geltend gemacht, daß wir dann sowieso die Zuständigkeit aufgrund des Dekretes 616 haben werden und man das vorwegnehmen soll. Das wurde wohlwollenderweise nicht anerkannt, so daß wenn euer Standpunkt hier der Artikel....

**PRESIDENTE:** Consigliere Benedikter, chiedo scusa, ma siamo sulla sospensione, sulla domanda di sospensione, non nel merito...

**BENEDIKTER (S.V.P.):** ... Die 10 Minuten sind, glaube ich, auch schon bald vorbei... und dann hier von Erpressung, von "ricatto strumentale" reden, ja bitte, ich meine, ich mache geltend, was geltend zu machen ist. Die Verantwortung, wenn es dann passiert, habt ihr selbstverständlich. Das ist dann keine Erpressung, sondern das muß hier gesagt werden!

*(Non era mia intenzione intervenire nuovamente nella discussione, in quanto non si dovrebbe entrare nel merito della questione, che è stata risolta soprattutto dal Consigliere Tomazzoni, per cui ritengo opportuno prendere brevemente posizione in merito a diverse affermazioni, che —, a mio avviso, non sono rispondenti alla realtà, sebbene la votazione sarà, come spero, favorevole al rinvio. Non desidero appurare, se le affermazioni fatte sono scaturite da un malinteso, o se alla base delle medesime si trova un motivo politico, nonostante la loro non rispondenza ai fatti concreti. E' interessante constatare che intorno a tale questione è venuta a crearsi una coalizione fra neofascisti, comunisti e di tutta la sinistra, al fine di negare alla Provincia di Bolzano questo diritto all'autonomia. Posso assicurare di non aver mai affrontato con il prof. Guarino tale argomento, sebbene ogni qual volta mi reco a Roma discuto con il prof. Guarino molte cose inerenti la Provincia di Bolzano ed incarichi di giurisprudenza costituzionale, in quanto ritenevo scorretta una eventuale mia influenza. Desidero fare presente che il prof. Guarino ha invocato, cioè fatto valere l'art. 8, senza peraltro occuparsi dell'art. 113, cosa che avrebbe dovuto fare a sostegno del suo punto di vista, o comunque per munirlo di un margine di sicurezza. Sia ben chiaro che l'art. 113 conferisce alla Provincia di Bolzano competenza alcuna, nessuna facoltà di legiferare in materia di assistenza scolastica a favore degli studenti universitari. Il fatto che la Provincia di Bolzano ha già ottenuto per ben due volte mezzi finanziari per l'opera universitaria, mentre in Provincia di Trento detti mezzi vengono erogati direttamente all'opera in parola, è una deduzione, — l'art. 113 ha a tal proposito un significato — come pure un'anticipazione del decreto 616, in virtù del quale tale competenza sarà nuovamente attribuita alle Province di Bolzano e*

*Trento, — l'art. 113 non ci conferisce tale funzione — per cui, Consigliere Sfondrini, grazie all'art. 78 si può fare valere la tesi di una nostra partecipazione. Non ha pertanto alcun senso parlare di abilità del negoziatore ecc. La abilità sta eventualmente nelle argomentazioni e non nel torcere le mani e dire per piacere o qualche cosa del genere. L'argomento indicato nel promemoria, che ho con me, riguarda l'art. 113 e a tal proposito i partner di trattativa avrebbero potuto asserire che, dato il nutrito bilancio, avremmo potuto fronteggiare l'art. 113 con mezzi propri, senza una nostra partecipazione al rispettivo capitolo del bilancio dello Stato. In sede romana ho fatto presente che a sensi del decreto 616 avremo ottenuto comunque la competenza relativa, per cui si sarebbe potuto anticipare tale atto, la qual cosa non è stata benevolmente riconosciuta, per cui, se il vostro punto di vista, l'articolo...*

*PRESIDENTE: Consigliere Benedikter, chiedo scusa, ma siamo sulla sospensione, sulla domanda di sospensione, non nel merito...*

*BENEDIKTER (S.V.P.): ... credo di essere anche al limite dei 10 minuti... ma parlare inoltre di ricatto strumentale, prego signori, faccio valere, quanto valere va fatto. Di quel che succederà sarete naturalmente voi i responsabili. Questo non è un ricatto, ma è quanto si doveva dire.)*

*PRESIDENTE: Allora è in votazione la proposta del cons. Pasquali di sospendere la trattazione del punto 1) dell'ordine del giorno: è accolta con 26 voti favorevoli, 13 contrari e 3 astenuti.*

*L'ordine del giorno n. 1) è rinviato.*

*Punto 2) dell'ordine del giorno: Delibera n. 3: "Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche*

alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Carzano e di Telve”.

Prima di passare alla trattazione ricordo che, a termini dell'art. 2 della legge sui referendum, perchè la delibera venga approvata è necessario l'approvazione dei 3/4 dei componenti assegnati.

La parola all'assessore Ongari.

ONGARI (Assessore enti locali - D.C.): Il numero richiesto è straordinariamente elevato perchè i 3/4 dei consiglieri assegnati sono 53, quindi il ritenere che ci possano essere 53 voti positivi, se non ci sono almeno 53 presenti è abbastanza ottimistico. Perciò io non vorrei compromettere nulla, non vorrei far perdere tempo al Consiglio con una discussione che poi approderebbe a niente, addirittura neanche ad avere il numero sufficiente dei votanti, non solo dei voti necessari, perciò io chiedo alla Presidenza di spostare i punti 2 e 3) in coda all'ordine del giorno, in modo da poterli discutere alla prossima convocazione del Consiglio.

PRESIDENTE: C'è una proposta di spostamento in coda del punto n. 2) e anche del punto n. 3).

La mettiamo in votazione senza discussione, a meno che qualcuno non abbia desiderio di parlare pro o contro, ma mi pare di no.

Allora è in votazione lo spostamento del punto 2) e del punto 3) in coda all'ordine del giorno della seduta odierna....

*(Interruzione)*

PRESIDENTE: Chi vuol parlare a favore della proposta o contro la proposta di rinvio? La parola al cons. Tonelli.

TONELLI (D.P.): Intanto credo che sia seria la

richiesta di verificare se fuori nei corridoi si arriva ad un numero di consiglieri regionali pari quanto meno al numero richiesto per la votazione; se questa operazione desse il risultato della presenza del numero dei consiglieri non vedo perchè debba essere accolta la richiesta dell'assessore. L'assessore Ongari diceva che siccome da questa maggioranza dei 3/4, questo numero favorevole richiesto dei 3/4 non viene fuori, chiede il rinvio. E' una cosa un po' ridicola, assessore. Siccome ho capito che le forze politiche qui dentro non sono tutte d'accordo in soldoni, è meglio non discutere perchè perdiamo, perchè questa roba viene bocciata. Allora, prima di mettere in votazione la proposta dell'assessore Ongari, io chiedo di verificare se ci sono 53 presenti in aula e qui fuori. Se il numero dei 53 consiglieri è raggiunto, si discute e si vota il punto all'ordine del giorno.

PRESIDENTE: Cons. Tonelli, credo che l'unica condizione per la verifica di qualsiasi numero, in questo caso legale, perchè questa volta vuol dire validità o meno della votazione, si abbia nella stessa votazione.

Quindi la sua domanda è sicuramente improcedibile.

Chi ancora vuole parlare pro o contro? Ha diritto ancora uno contro e due pro.

La parola al cons. Erschbaumer, contro.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Zum ersten möchte ich folgendes feststellen: Wenn der Regionalausschuß dieses Problem auf die Tagesordnung setzt, dann muß er davon ausgehen können, daß er auch gleichzeitig die notwendige Mehrheit besitzt. Ich würde aber auch bei einer Behandlung dieser beiden Punkte nicht zustimmen, weil gerade — und das wird vielleicht den Abgeordneten des Trentino nicht bekannt sein — vor den Regionalratswahlen sich eine Bürgerinitiative in

Südtirol für Volksbefragungen ausgesprochen hat und daß gerade einzelne SVP-Kandidaten sich dafür ausgesprochen haben. Deswegen wäre es jetzt absurd, gerade das Gegenteil mit einer solchen Abstimmung zu erreichen. Deswegen bin ich dafür, daß heute darüber entschieden wird und daß das Problem nicht vertagt wird, damit wir es auch jetzt und heute zur Abstimmung bringen können.

*(Innanzitutto desidero constatare quanto segue: se la Giunta regionale pone questo punto all'ordine del giorno credo che debba poter contare sulla maggioranza necessaria.)*

*Per quanto mi riguarda anche in caso di trattazione di questi due punti non mi esprimerei a favore per il fatto — ai Consiglieri del Trentino non sarà probabilmente noto — che poco prima delle elezioni regionali in Alto Adige ha avuto luogo un'iniziativa di cittadini a favore del referendum, per la quale si dichiararono d'accordo pure singoli candidati dello S.V.P. Sarebbe pertanto assurdo addivenire ora ad una soluzione contrapposta, partecipando a simile votazione. Sono del parere di prendere oggi una decisione in merito cioè di porre la questione subito in votazione, senza peraltro rinviare il problema.)*

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Ongari.

**ONGARI (Assessore enti locali - D.C.):** Ritiro la mia proposta di spostamento.

**PRESIDENTE:** la richiesta di rinvio è ritirata.

Do allora lettura della proposta:

**Verbale di deliberazione della Giunta regionale**

Ufficio proponente: Ispettorato Generale Enti Locali e Servizi Elettorali!

Oggetto: Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Carzano e di Telve.

L'anno 1979 il giorno diciannove del mese di aprile alle ore 12,30 nella sede dell'Amministrazione regionale in Trento, a seguito di regolare convocazione si è riunita la Giunta regionale.

Sono presenti i signori:

comm. Enrico Pancheri - Presidente  
Dr. Erich Müller - Vicepresidente  
prof. Decio Molignoni - Assessore effettivo  
Prof. Aldo Ongari - Assessore effettivo  
Dr. Siegfried Messner - Assessore supplente  
dott. Franco Paolazzi - Assessore supplente

Assite il Segretario generale avv. Franco Visetti.

Il Presidente, constatato il numero legale degli intervenuti, sottopone all'esame della Giunta regionale l'argomento indicato in oggetto posto all'ordine del giorno.

Su relazione dell'Assessore prof. Aldo Ongari,

#### LA GIUNTA REGIONALE

Premesso che i Consigli comunali dei Comuni di Carzano e di Telve, giusta deliberazione n. 5 del 27 febbraio 1977 per Garzano e n. 7 del 26 febbraio 1977 per Telve, hanno chiesto alla Giunta regionale per il tramite della Giunta provinciale di Trento, la modifica dei confini fra i due Comuni, approvandone nel contempo il relativo progetto:

Premesso che l'iniziativa dei due Comuni rientra nella fattispecie prevista dall'articolo 9, secondo comma, della legge regionale 21 ottobre 1962, n. 29 e successive modificazioni;

Premesso che le deliberazioni dei due Consigli comunali sono state adottate a larga maggioranza

za poichè entrambi i Consigli si sono espressi con n. 13 voti a favore su 13 presenti e votanti dei 15 Consiglieri assegnati al Comune;

Vista la deliberazione n. 4103/3-B del 22 aprile 1977, con la quale la Giunta provinciale di Trento esprime parere favorevole in merito all'istanza presentata dai Comuni di Carzano e Telve per quanto concerne la modifica della circoscrizione territoriale fra i Comuni di Carzano e Telve;

Preso atto che in base al combinato disposto del secondo e quarto comma dell'articolo 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, il Consiglio regionale può non far luogo a referendum qualora adottati con la maggioranza dei 3/4 dei Consiglieri assegnati apposito provvedimento deliberativo;

Viste le leggi regionali 7 novembre 1950, n. 16, 17 febbraio 1966, n. 6 e 18 febbraio 1978, n. 5;

Ad unanimità di voti legalmente espressi,

*d e l i b e r a*

Di chiedere al Consiglio regionale di non far luogo a referendum ai sensi e per gli effetti dell'articolo 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, in merito alla proposta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Carzano e di Telve.

Letto, confermato e sottoscritto.

IL PRESIDENTE  
F.to Pancheri

IL SEGRETARIO GENERALE  
F.to Visetti

La presente copia è conforme all'originale esistente presso questo Ufficio.

Trento, 3 maggio 1979

IL PRIMO DIRIGENTE  
F.to Giuseppe Agrimi

! Prego ora il Presidente della I commissione legislativa affari generali di dare lettura della relazione medesima.

a BECCARA (D.C.): La I Commissione legislativa, nella seduta del giorno 21 giugno 1979, ha esaminato la presente delibera ed ha espresso il proprio parere favorevole con l'astensione dei consiglieri Boato e Sfondrini.

La delibera viene ora trasmessa alla Presidenza del Consiglio regionale per la discussione in aula.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale.

La parola al cons. Boato.

BOATO (N.S.): Prendo la parola per dire che noi siamo contrari anche per le modalità con cui mi sembra che nel primo caso si è svolto il referendum; sono delle modalità piuttosto discutibili. Il referendum è stato fatto, mi sembra, in agosto durante i campionati del mondo di calcio. Credo che per quanto tutti saranno altrettanto entusiasti di noi del significato che in alcuni momenti della storia italiana ha avuto questo istituto e chi l'ha utilizzato e come e dei risultati politici e significativi che ha dato, questo è un fatto molto più ridotto, più mediato, ecc. ecc., però crediamo che questo atteggiamento porti a una svalutazione che non è utile per la democrazia, anche se il caso è secondario, anche se i consiglieri comunali a grossa maggioranza, almeno tutti i presenti in uno dei due casi, nell'altro mi sembra dei 3/4, hanno votato perchè non ci sia luogo a referendum. Credo che sia sbagliato, perchè il referendum ha proprio un significato o l'ha avuto in alcuni casi di differenziazione, rispetto anche alle rappresentanze ufficiali della popolazione, sennò non avrebbe senso che questo istituto esistesse.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Ongari.

**ONGARI (Assessore enti locali - D.C.):** Rispondo in riferimento a quanto ha detto il cons. Boato. E' vero che può essere stato un momento non felice quello in cui fu fatto il referendum che ha dato quel risultato di scarsa partecipazione, però io vorrei invitare il Consiglio a tener presente anche che la popolazione, che ha veramente urgenza e interesse a questo spostamento, quella di Carzano, ha partecipato nella misura del 78 per cento; vorrei anche far presente che comunque dei partecipanti globali, che erano inferiori al 50 per cento, più del 90 per cento si è espresso con il sì. Questa mi pare una indicazione comunque che debba essere tenuta presente, anche se il referendum per motivi vari non ha avuto un risultato positivo, quanto a partecipazione sufficiente per renderlo valido.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione la deliberazione che ha sostanzialmente questo tenore: "Il Consiglio regionale approva la richiesta della Giunta regionale".

Si fa una votazione per alzata di mano.

Chi è d'accordo di aderire alla proposta della Giunta regionale per soprassedere all'espletamento del referendum è pregato di alzare la mano: è approvata con 55 voti favorevoli, 3 contrari e 3 astenuti.

La deliberazione è approvata.

Punto 3) dell'ordine del giorno: *Delibera n. 4:*  
"Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno."

Do lettura della deliberazione della Giunta regionale:

### Verbale di deliberazione della Giunta regionale

Ufficio proponente: Ispettorato generale Enti Locali e Servizi Elettorali

Oggetto: Richiesta al Consiglio regionale di non far luogo a referendum consultivo per modifiche alle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno.

L'anno 1979 il giorno diciannove del mese di aprile alle ore 12,30 nella sede dell'Amministrazione regionale in Trento, a seguito di regolare convocazione, si è riunita la Giunta regionale.

Sono presenti i Signori:

Comm. Enrico Pancheri - Presidente  
Dr. Erich Müller - Vicepresidente  
Prof. Decio Molignoni - Assessore effettivo  
Prof. Aldo Ongari - Assessore effettivo  
Dr. Siegfried Messner - Assessore supplente  
dott. Franco Paolazzi - Assessore supplente

Assiste il Segretario generale avv. Franco Visetti.

Il Presidente, constatato il numero legale degli intervenuti, sottopone all'esame della Giunta regionale l'argomento indicato in oggetto posto all'ordine del giorno.

Su relazione dell'Assessore prof. Aldo Ongari,

#### LA GIUNTA REGIONALE

Premesso che il Consiglio comunale di Castelbello-Ciardes con deliberazione n. 8 di data 8 febbraio 1977, adottata con la maggioranza dei 3/4 dei Consiglieri assegnati aveva provveduto ad approvare la richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno;

Premesso che il Consiglio comunale di

Naturno con deliberazione n. 2 del 14 febbraio 1977 analogamente aveva approvato, con la maggioranza dei 3/4 dei Consiglieri assegnati, la richiesta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno;

Visto che la Giunta provinciale di Bolzano nella seduta del 10 aprile 1978, ha espresso il proprio parere favorevole in merito all'istanza prodotta dai Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno;

Preso atto che in base al combinato disposto del secondo e quarto comma dell'articolo 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, il Consiglio regionale può non far luogo a referendum qualora adottati con la maggioranza dei 3/4 dei Consiglieri assegnati apposito provvedimento deliberativo;

Viste le leggi regionali 7 novembre 1950, n. 16, 17 febbraio 1966, n. 6 e 18 febbraio 1978, n. 5;

Ad unanimità di voti legalmente espressi,

*delibera*

di chiedere al Consiglio regionale di non far luogo a referendum ai sensi e per gli effetti dell'articolo 2 della legge regionale 18 febbraio 1978, n. 5, in merito alla proposta di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Castelbello-Ciardes e di Naturno.

Letto, confermato e sottoscritto.

IL PRESIDENTE            IL SEGRETARIO GENERALE  
F.to Pancheri            F.to Visetti

La presente copia è conforme all'originale esistente presso questo Ufficio.

Trento, 3 maggio 1979

IL PRIMO DIRIGENTE  
F.to Agrimi

La parola al Presidente della I Commissione legislativa affari generali per la lettura della relazione.

a BECCARA (D.C.): La I. Commissione legislativa, nella seduta del 21 giugno u.sc. ha preso in esame la presente delibera ed ha espresso il proprio parere favorevole con l'astensione dei consiglieri Boato e Sfondrini.

La delibera viene ora inviata alla Presidenza del Consiglio regionale per la discussione in aula.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale.

Chi chiede la parola? La parola al cons. Tonelli.

TONELLI (D.P.): Parlo sulla votazione che abbiamo fatto prima: lei ha dato 55 favorevoli e 6 fra astenuti e contrari. Fanno 61 presenti in aula, più lei, 62. Mancano invece a quella votazione come minimo 11 consiglieri, e allora si dovrebbe essere 59. C'è qualcosa che non quadra evidentemente. Sono stati assenti dalla votazione di prima i cons. Magnago, Achmüller, Ricci, Pasqualin, Pruner, Fedel, Lunger, Tartarotti, Mengoni, Gebert, Betta del P.R.I. Questi consiglieri come minimo erano assenti dalla votazione di prima. Se questi consiglieri erano assenti, qui erano presenti, al massimo, 59 persone. Quindi non è possibile che abbiamo espresso 61 voti.

*(Interruzioni varie)*

PRESIDENTE: Posso anch'io verificare quanto meno il ragionamento che lei fa? Sì? Ecco.

Il cons. Tonelli dovrebbe chiedermi l'applicazione dell'art. 90, perchè dice: il voto per alzata di mano, per alzata e seduta è soggetto a riprova se questa richiesta è immediatamente fatta dopo la proclamazione del risultato. Ragionevolmente



il tempo trascorso...

*(Interruzione varie)*

PRESIDENTE: Signori, teniamo anche conto che il dubbio sulla ritualità della votazione io non me lo porto dietro...

*(Interruzioni varie)*

TONELLI (D.P.): Chiedo l'applicazione dell'art. 90.

PRESIDENTE: L'ho già preso in nota.

Non faccia problemi di questo tipo, consiglieri, per non complicare le cose.

I signori capigruppo sono convocati per deliberare su questa evenienza immediatamente nella saletta qui accanto.

La seduta è sospesa.

(Ore 13.05)

Ore 13.15

PRESIDENTE: La seduta riprende.

La domanda, a termini dell'art. 90, formulata dal cons. Tonelli, circa la riproposizione della votazione, non può essere accolta perchè presentata tardivamente, cioè dopo il passaggio al successivo punto all'ordine del giorno.

Quindi la seduta riprende al medesimo punto nel quale l'abbiamo sospesa...

CONSIGLIERE: *(Interrompe)*

PRESIDENTE: L'avrei detto se non ritenessi che la decisione è puramente presidenziale. Se però qualcuno vuole essere informato riferisco che nella riunione dei capigruppo, — siccome tutta l'aula sa che abbiamo riunito i capigruppo — i capigruppo hanno espresso l'avviso che ho espresso io ora, ad eccezione dei cons. Langer e Tonelli.

La seduta riprende. Avevamo appena detto che è aperta la discussione sulla deliberazione n. 4.

Ha chiesto la parola il cons. Erschbaumer. Ne ha facoltà.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Ich habe bereits beim vorhergehenden Beschluß dagegen gestimmt und ich kündige an, daß ich auch gegen diesen Beschluß stimmen werde, bei dem es um die Gemeinden Kastelbell-Tschars und Naturns geht. Es stimmt, aufgrund des Regionalgesetzes haben wir die Möglichkeit, mit Beschluß von einem Referendum abzusehen, ganz unabhängig davon, ob einmal die betreffende Gemeinde dafür war und der Landesausschuß Bozen dem Regionalausschuß die Abhaltung eines Referendums empfohlen hat. Heute sollten wir beschließen,

diesem Referendum nicht stattzugeben. Jedenfalls war innerhalb derselben Legislaturperiode des Gemeinderates in den Gemeinden selbst eine Änderung der Meinungsbildung zu verzeichnen, aber die Bevölkerung muß auf jeden Fall das Recht für ein Referendum behalten. Durch diese Entscheidung, die wir hier als Regionalratsabgeordnete treffen, wird den Bürgern ein Stück Freiheit entzogen. Also wir machen hier mit, wir herrschen und entziehen Freiheit. Das paßt nicht auf diese Fahnen, die im Wahlkampf immer für die Freiheit geschwungen werden, denn Freiheit muß man auch praktizieren gegenüber den Bürgern und nicht auf diese Weise, durch eine Herrschaftsstruktur mit einem Beschluß aufheben. Jedenfalls möchte ich noch einmal daran erinnern, daß bereits vor den Regionalratswahlen in Südtirol ein Bürgermanifest verabschiedet wurde, das von sehr vielen bekannten Leuten mitunterzeichnet war, und einige S.V.P.-Abgeordnete haben sich ebenfalls solidarisiert mit diesen Aussagen; und gerade diejenigen sollten jetzt auch zu dem stehen, was sie damals gesagt haben, denn wenn sie sich im Bürgermanifest für die Volksbefragungen aussprechen, dann muß man in der Praxis das auch beherzigen. Ansonsten sind diese Regionalratsabgeordneten nicht mehr glaubwürdig, wenn sie vor den Wahlen für Freiheit und Bürgernähe sind und bei der Ausübung ihres Amtes dann herrschen wollen und der Bevölkerung Freiheit entziehen.

Also stimme ich gegen diesen Beschluß, weil aus meiner Sicht der Bevölkerung dieser zwei Gemeinden durch das Herrschen der Regionalratsabgeordneten ein Teil der Freiheit entzogen wird.

*(Ho già votato contro la precedente deliberazione ed annuncio il mio voto contrario anche nel caso dei Comuni di Castelbello-Tarces e Naturno. E' vero che a sensi della rispettiva legge*

*regionale ci è data la possibilità di deliberare la non indizione del referendum e ciò indipendentemente dal precedente parere favorevole del Comune interessato e dalla raccomandazione espressa dalla Giunta provinciale all'organo esecutivo regionale ,di dar luogo ad un referendum. Oggi dovremmo deliberare di non procedere in merito. Nel corso della stessa legislatura si è comunque registrato un mutamento di opinione dei rispettivi Consigli comunali, ma alla popolazione non può essere negato il diritto di esprimersi per mezzo della istituzione in parola. Con la decisione che il Consiglio si accinge a prendere si priva i cittadini di una fetta di libertà. Noi quindi ci prestiamo a tanto, regnamo e limitiamo la libertà, la qual cosa mal si concilia con il vessillo che si predilige a sbandierare a favore della libertà nell'ambito della campagna elettorale. La libertà va anche riconosciuta e non tolta ai cittadini con una semplice deliberazione che in questo caso equivale ad una struttura di predominio. Desidero ricordare nuovamente che poco prima delle elezioni regionali è stato firmato in Alto Adige un manifesto civico, che recava la firma di molte personalità ed anche alcuni candidati dello S.V.P. si dimostrarono solidali con le affermazioni ivi contenute. Proprio a questi mi rivolgo invitandoli a tener fede a quanto affermato a suo tempo, poiché, avendo sostenuto in quel documento l'istituzione del referendum, nella pratica, di tutto ciò va tenuto conto; questi Consiglieri regionali non sarebbero più credibili, se prima delle elezioni propalano la libertà, rapporti diretti con i cittadini, dimostrando poi nell'esercizio delle proprie funzioni la loro volontà di predominio privando la popolazione di determinate libertà.*

*Voterò quindi contro questa deliberazione, poiché, a mio avviso, il predominio dei Consiglieri regionali priva la popolazione di*

*questi due Comuni di una parte di libertà.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Kaserer.

KASERER (S.V.P.): Wir haben gehört, was der Regionalausschuß vorschlägt und was auch die zuständige Kommission vorgeschlagen hat. Ich glaube, der Vorschlag (der hier gemacht worden ist), keine Volksbefragung durchzuführen, ist außerordentlich vernünftig. Ich möchte ganz kurz sagen warum.

Es verschiebt sich die Grenze zwischen diesen beiden Gemeinden um rund 5.000 Quadratmeter, also ungefähr einem halben Hektar. Wenn man noch dazu bedenkt, daß diese Katastralgrenze gleichzeitig noch die Grenze zwischen zwei Bezirken ist, daß also Bürger der Gemeinde Naturns vorher Besitz in der Gemeinde Kastelbell-Tschars hatten und damit grundbücherlich in Schlanders zuständig waren, auf der anderen Seite Bürger der Gemeinde Kastelbell Besitz in der Gemeinde Naturns hatten und damit grundbuchsmäßig im Grundbuchsamt Meran zuständig waren, dann, glaube ich, ist das hier eine ganz vernünftige Lösung, weil im Zuge einer Meliorierung der Grundstücke auch das bereinigt wird im Interesse der betroffenen Bürger. Deshalb möchte ich den Vorwurf, den hier der Kollege Erschbaumer gemacht hat, die Bevölkerung muß das Entscheidungsrecht haben und die S.V.P. für bürgernahe Verwaltung sei und jetzt das Gegenteil tue, dann muß ich noch etwas erklären: Der Gemeinderat — und ich war damals noch selbst im Gemeinderat, als dieser Beschluß gefaßt worden ist — hat einstimmig dafür gestimmt, weil alle Gemeinderäte der Meinung waren, daß es eine absolut notwendige Maßnahme ist. Wenn man für bürgernahe Verwaltung ist, dann ist es ein ganz grober Unsinn, wenn man die Bevölkerung dieser beiden Gemeinden zu einer Volksabstimmung

aufrufen würde, weil die Bevölkerung sowieso nur daraus den Vorteil zieht und sicher damit einverstanden ist. Man würde nichts als einen übermäßigen Bürokratismus heraufbeschwören, um diese Abstimmung durchzuführen. Also hier trifft das gerade Gegenteil von dem zu was Kollege Erschbaumer behauptet. In diesem Falle würde man nicht bürgernahe Verwaltung praktizieren, sondern unnützen "Krimskrams" aufziehen.

*(Abbiamo appreso quanto propongono la Giunta regionale e la commissione competente. Credo che l'attuale proposta di non dare corso al referendum sia estremamente ragionevole e a tal proposito desidero esporre brevemente i motivi.*

*Si tratta di spostare i confini fra questi due Comuni di 5.000 metri quadrati, dunque circa 1/2 ettaro. Se si considera che questo confine catastale rappresenta nel contempo la linea di demarcazione fra due circondari e che cittadini del Comune di Naturno avevano possedimenti nel Comune di Castelbello-Tarces, quindi sotto la giurisdizione tavolare di Silandro, mentre cittadini del Comune di Castelbello disponevano di beni nel Comune di Naturno, per i quali gli uffici tavolari si trovavano a Merano, credo che questa sia l'unica soluzione ragionevole, poiché nell'ambito della bonifica agraria viene risolta anche tale questione nell'interesse dei rispettivi cittadini. Per questo motivo desidero respingere il rimprovero del collega Erschbaumer, che con ciò si toglie alla popolazione il proprio diritto di decisione e che lo S.V.P., pur dichiarandosi disponibile ad una amministrazione a portata di mano del cittadino, si comporta contrariamente.*

*A tal proposito devo dichiarare, che a suo tempo il consiglio comunale, di cui facevo parte io stesso, aveva approvato questa delibera all'unanimità, poiché tutti i consiglieri comunali ritenevano tale atto una misura indispensabile.*

*Essendo veramente per un'amministrazione al servizio del cittadino, non ha senso alcuno chiamare la popolazione dei due Comuni alle urne per un referendum, essendo, ripeto, la misura in parola comunque vantaggiosa per la popolazione, dalla quale ne trae soltanto profitto, per cui gli interessati sono certamente concordi con noi. Non faremmo altro che porre in atto un burocratismo sovradimensionato, se intendessimo indire un referendum. In questo caso accade proprio il contrario di quanto afferma il collega Erschbaumer e non si praticerebbe un'amministrazione in stretto rapporto con la popolazione, ma porremmo in vendita inutili "cianfrusaglie".)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Erschbaumer per la seconda volta.

ERSCHBAUMER (S.V.P.): Die Sozialdemokratische Partei Südtirols ist in den Gemeinden Kastelbell-Tschars und Naturns nicht vertreten; somit hat sie damals nicht dafür und nicht dagegen stimmen können, als die Entscheidung gefallen ist. Ich kann hier nur eines feststellen: Die Äußerungen des Abgeordneten Kaserer zeigen, daß die S.V.P. diese Volksbefragungen nur als bürokratischen Kram hinstellt und als solchen abtut, wenn ich sage: die Bevölkerung muß das Recht beibehalten, wie es das Regionalgesetz einerseits vorsieht, selbst zu entscheiden, denn ich frage mich, warum eigentlich einmal schon die Gemeinde wegen dieser 5.000 Quadratmeter diese Forderung gestellt hat, die man heute als lächerlich hinstellt. Ich frage mich, warum diese zwei Gemeinden wegen der betreffenden 5.000 Quadratmeter dann diesen ganzen Weg gemacht haben mit der Forderung an den Landesauschuß, er möge sich im Regionalauschuß dafür verwenden, damit eine Volksbefragung durchge-

führt werden kann. Dann ist es wirklich lächerlich, daß man für die zwei S.V.P. — Gemeinden — mit wenigen Ausnahmen, also zwei oder drei Gemeinderäten, die ihr nicht angehören — nicht vorher in der Mehrheitspartei selbst diesen Kompromiß gefunden hat oder warum nicht die Landesregierung selbst sich dafür eingesetzt hat. Also heute so zu tun, wie aus den Worten des Abgeordneten Kaserer zu entnehmen ist, ist eine Kehrtwendung von 180 Grad: bei den Wahlen ist man natürlich für Bürgernähe, für das Recht auf Volksabstimmungen und dergleichen und nachher entzieht man der Bevölkerung die Freiheit und will nur mehr uneingeschränkt herrschen!

*(Il partito socialdemocratico sudtirolese non è presente nei Comuni di Castelbellio-Tarces e Naturno, per cui a suo tempo ha espresso voto nè favorevole, nè contrario. A tal proposito posso solo constatare quanto segue: le dichiarazioni del Consigliere Kaserer sono una dimostrazione che lo S.V.P. considera e liquida questi referendum come ciarpame burocratico. Io invece affermo che alla popolazione si deve riconoscere il diritto di decidere, come previsto dalla legge regionale, diversamente è doveroso chiedersi per quale motivo lo stesso Comune aveva avanzata la richiesta per questi 5.000 metri quadrati, che oggi si vuole definire ridicola. Mi chiedo inoltre quale sia stato il motivo che ha spinto i due Comuni ad affrontare quest'iter, rivolgendosi alla Giunta provinciale, con la preghiera di invitare la Giunta regionale ad indire il referendum in parola. E' veramente ridicolo il fatto che per questi due Comuni dello S.V.P., pochi esclusi, sono soltanto due o tre i Consigli comunali che non gli appartengono, non si sia trovato simile compromesso prima, in seno allo stesso partito di maggioranza e che la stessa Giunta provinciale non si sia impegnata in tal*

*senso. L'atteggiamento delineato dalle parole del Consigliere Kaserer rappresenta un'inversione di 180 gradi. In occasione delle elezioni si è favorevole ad un rapporto diretto con i cittadini, al diritto ai referendum ecc. per poi privare la popolazione della libertà e regnare illimitatamente.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI (S.V.P.): Nur zwei Sätze zur Bürgernähe, gerichtet an den Abgeordneten Erschbaumer.

Ich glaube nicht, lieber Kollege, daß es der Mühe wert ist, dieses Wort überhaupt in den Mund zu nehmen, wo es um eine Entscheidung geht, die innerhalb der Gemeinderäte bereits abgeklärt ist und wo auch die Bürger selbst bereits ihr Einverständnis gegeben haben. Wenn man sich die Arbeiten mancher Formen innerhalb der Demokratie und Ausartungen dieser Demokratie vor Augen führt und sieht, wie damit durch Verbürokratisierung und durch Überdemokratisierung die Demokratie selbst kaputt gemacht wird, dann muß ich Ihnen sagen — und zwar als einer der Unterzeichner, und deswegen habe ich auch das Wort ergriffen, des Bürgermanifestes, und zwar aus tiefer und grundsätzlicher Überzeugung heraus —, daß man auf diese Weise, wie Sie es vorschlagen würden, nur die Demokratie selber kaputt schlägt. Und deswegen, glaube ich, können wir alle gemeinsam nur für diesen Beschluß sein.

*(Soltanto poche parole dirette al collega Erschbaumer in merito alla sua affermazione sull'attività che andrebbe svolta più a portata di mano del cittadino.)*

*Non credo, caro collega, che ne valga la pena anche soltanto esprimere tale concetto, trattandosi di una decisione, che è già stata chiarita in*

*seno ai Consigli comunali ed alla quale pure i cittadini hanno acconsentito. Considerando i lavori di determinate forme di democrazia e le degenerazioni di simile democrazia, in cui la burocratizzazione ed il sovradimensionamento democratico si ripercuote deleteriamente sulla democrazia stessa, come uno dei firmatari del manifesto civico, e per questo ho preso la parola, Le devo dire con estrema convinzione, che il modo da Lei proposto, distrugge soltanto la democrazia, per cui credo che tutti possano essere favorevoli a questa delibera.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore Ongari.

ONGARI (Assessore enti locali - D.C.): Solo perché il Consiglio sia informato di come stanno veramente le cose. Se fosse stato possibile probabilmente bastava una rettifica catastale. E' stata fatta la ricomposizione fondiaria e ci sono i confini vecchi che non corrispondono con le nuove particelle, che sono state create con la ricomposizione fondiaria. Quindi è uno spostamento di due ettari da una parte all'altra a rettifica di confine, senza popolazione, e quindi veramente mi pare un problema che non implichi un discorso di referendum, perché è veramente un problema e di dimensioni modeste ed essenzialmente tecnico. Capirei il discorso se investisse una frazione di un comune con popolazione e cose di questo genere. Quindi queste sono le dimensioni esatte del problema. E' una rettifica di confini, conseguente a una riforma fondiaria attuata e che quindi si rende indispensabile per far sì che i proprietari di un comune abbiano i confini delle proprie proprietà coincidenti con i confini comunali.

PRESIDENTE: la discussione è chiusa.

Allora passiamo alla votazione.

All'uscita della riunione dei capigruppo avevo

espresso l'opinione che, ad evitare complicazioni, si potesse procedere alla votazione per appello nominale.

Adesso mi è stata formalizzata l'istanza da parte dei cons. Boato, Langer e Tonelli e, quindi, si procederà per appello nominale.

L'appello nominale si svolge così: il Presidente prima di tutto spiega il significato del sì e del no, come dice il regolamento, cioè chi è d'accordo di aderire alla proposta della Giunta risponderà sì, chi non è d'accordo risponderà no. Teoricamente devo pensare che ci possono essere anche gli astenuti, anche se il regolamento non lo prevede. Per procedere all'appello nominale però si fa il sorteggio del nome del consigliere dal quale si inizia. Allora io adesso procederò, con l'assistenza dei signori colleghi dell'ufficio di Presidenza, al sorteggio dei numeri. Le schede per il sorteggio sono numerate dall'1 al 70, iniziando con il primo nome in ordine alfabetico della provincia di Trento fino al n. 36 e continuando, sempre in ordine alfabetico, con i nomi dei consiglieri della provincia di Bolzano, intendendosi dall'1 al 70 in questo ordine che ho detto, che è il più logico.

Allora i signori dell'ufficio di presidenza vogliano, per cortesia...

Vorrei che i signori consiglieri prima mascherassero le schede, affinché...

*(Interruzioni)*

PRESIDENTE: Il regolamento lo prescrive... non è, signori consiglieri...

Il n. 65 corrisponde al cons. Rubner. Quindi l'appello incomincia dal medesimo...

*(Interruzione)*

PRESIDENTE: No, no, resti pure tranquillo, consigliere, è solo l'inizio della votazione che ha

luogo con lei...

*(Interruzioni varie)*

PRESIDENTE: Prego cortesemente durante l'appello nominale di non parlare.

*(Segue l'appello nominale)*

Esito della votazione:

Votanti 56 - maggioranza richiesta 53

52 sì

3 no

1 astenuto.

La deliberazione non è approvata.

Punto 4 dell'ordine del giorno: *Disegno di legge-voto n. 1: "Modificazioni alla legge costituzionale 23 febbraio 1972, n. 1, in riferimento all'art. 27 dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige"* (presentato dai consiglieri regionali del gruppo consiliare del P.C.I.):

La parola al cons. Ziosi sull'ordine dei lavori.

ZIOSI (P.C.I.): Faccio la proposta di voler sospendere la trattazione di questo punto, perchè, dopo le osservazioni emerse dal dibattito in commissione, sto predisponendo degli emendamenti da concordare anche con altri gruppi politici e pertanto la pregherei di voler portare alla fine dell'ordine del giorno della presente tornata il punto 4).

PRESIDENTE: C'è la proposta di aggiornare il punto n. 4) immediatamente alla fine dell'ordine del giorno attuale, praticamente riportarlo al punto 11).

Metto in votazione la proposta di trasferire il

punto n. 4) immediatamente dopo il n. 10, che è l'ultimo all'ordine del giorno: è approvata a maggioranza con 2 astenuti.

Punto n. 5) dell'ordine del giorno: "Interrogazioni e interpellanze". Interrogazione n. 10 del cons. Grigolli al Presidente della Giunta regionale, con risposta scritta (\*).

Interrogazione n. 11 dei cons. Boato e Langer al Presidente del Consiglio regionale:

I sottoscritti Consiglieri regionali Alexander Langer e Alessandro Boato presentano al Signor Presidente del Consiglio regionale la seguente

#### INTERROGAZIONE

Per quale motivo il Signor Presidente del Consiglio regionale non ha fino ad oggi provveduto a porre all'ordine del giorno la nomina della Commissione, prevista dal terzo comma dell'articolo 84 dello Statuto?

*(Die unterfertigten Regionalratsabgeordneten Alexander Langer und Alessandro Boato bringen folgende*

#### ANFRAGE

*an den Präsidenten des Regionalrates ein:*

*Weshalb hat der Präsident des Regionalrats bis heute die Bildung der im dritten Absatz des Artikels 84 des Statuts vorgesehenen Kommission nicht auf die Tagesordnung gesetzt? )*

Su questa interrogazione avevo già dato risposta nella seduta precedente in occasione della discussione, se i richiedenti ritengono che sia esauriente, altrimenti procedo.

CONSIGLIERI: Sì, va bene.

PRESIDENTE: La ringrazio.

Interrogazione n. 12 dei cons. Boato e Langer, al Presidente della Giunta regionale, sulle sfere di competenza della Giunta e rispettivamente del Consiglio regionale:

I Sottoscritti Consiglieri regionali Alexander Langer e Alessandro Boato, rivolgono al Presidente della Giunta regionale la seguente

#### INTERPELLANZA

Si premette che nella seduta del Consiglio regionale del 19 aprile 1979 il Presidente del Consiglio regionale ha dichiarato a sensi del Regolamento interno inammissibile una mozione, tendente ad impegnare la Giunta regionale a compiere un passo ufficiale presso il Governo centrale, senza che la Giunta regionale si fosse in qualche modo espressa, per salvaguardare la sfera di competenza del Consiglio regionale e con ciò anche della Regione. In quell'occasione è stato fatto presente che un'iniziativa della Giunta regionale presso il Governo, la quale riguardava del resto inequivocabilmente un problema di interesse regionale (accordo culturale con l'Austria), esula dalla competenza della Regione e che pertanto la relativa trattazione era da ritenersi improponibile.

Come risulta da un comunicato dell'ufficio stampa della Regione del 3 maggio 1979, la Giunta regionale sotto la presidenza del Presidente Pancheri "Si è occupata dettagliatamente del grave atto terroristico contro la sede del Comitato provinciale della Democrazia Cristiana di Roma", nonché dei più ampi problemi del terrorismo. Secondo predetto comunicato la Giunta regionale si è rivolta fra

(\* ) Vedi "Allegati"

l'altro al Governo per invitarlo a prendere misure contro il terrorismo. Le preoccupazioni e i desideri della Giunta regionale sarebbero stati trasmessi immediatamente dal Presidente Pancheri al Presidente del Consiglio dei Ministri.

Ciò premesso i sottoscritti Consiglieri regionali vorrebbero sapere, se il Presidente della Giunta regionale non sia dell'opinione

- a) che la Giunta regionale ha operato in tal caso inequivocabilmente fuori dalla propria sfera di competenza;
- b) o che, caso contrario, non può essere fatto divieto ad organi della Regione di occuparsi di problemi politici, che talvolta non cadono nell'immediata competenza della Regione, pur essendo di chiara e diretta importazione per la sua popolazione.

*(Die unterzeichneten Regionalratsabgeordneten Alexander Langer und Alessandro Boato richten folgende*

#### INTERPELLATION

*an den Präsidenten des Regionalausschusses:*

*Vorausgeschickt wird, daß in der Regionalratsitzung vom 19. April 1979 der Präsident des Regionalrats — ohne daß der Regionalausschuß sich in irgendeiner Form geäußert hätte, um seinerseits den Zuständigkeitsbereich des Regionalrats und damit auch der Region zu wahren — ein Beschlußantrag als im Sinne der Geschäftsordnung unzulässig erklärt wurde, der einen Schritt des Regionalausschusses bei der Zentralregierung vorgesehen hatte. Damalsieß es, daß eine Initiative des Regionalausschusses bei der Regierung — die übrigens eindeutig ein Problem regionalen Interesses betraf (Kulturabkommen mit Österreich) — nicht in die Zuständigkeit der Region falle und somit nicht zur Behandlung*

*kommen dürfe.*

*Wie nun aus einer Pressemitteilung des Presseamtes der Region vom 3. Mai 1979 hervorgeht, hat sich der Regionalausschuß unter dem Vorsitz des Präsidenten Pancheri "ausführlich" mit dem schweren terroristischen Anschlag gegen das römische Provinzialbüro der Democrazia Cristiana in Rom" und mit weitergehenden Problemen des Terrorismus befaßt. U.a. hat sich — laut genannter Pressemitteilung — der Regionalausschuß auch an die Regierung gewandt und sie aufgefordert, Maßnahmen gegen den Terrorismus zu treffen. Die Sorgen und Wünsche des Regionalausschusses seien dann sofort vom Präsidenten Pancheri dem Regierungschef mitgeteilt worden.*

*Dies vorausgeschickt möchten die unterzeichneten Einbringer wissen, ob der Präsident des Regionalausschusses der Meinung ist,*

- a) daß der Regionalausschuß in diesem Falle eindeutig außerhalb seiner Kompetenzen gehandelt hat;
- b) oder daß, andernfalls, es nicht verwehrt werden kann, daß sich auch Organe der Region mit politischen Fragen befassen, die zwar manchmal nicht in die unmittelbare und eigene Zuständigkeit der Region fallen, aber dennoch für die Bevölkerung der Region von klarer und direkter Bedeutung sind.)

La parola al cons. Langer per l'illustrazione.

LANGER (N.S.-N.L.): Signor Presidente, questa interpellanza in realtà ha uno scopo ovviamente non restrittivo ma estensivo; in realtà ha uno scopo estensivo; nel senso che noi abbiamo notato da una delle tante comunicazioni che la Giunta regionale diffonde alla stampa, che la Giunta regionale ha ritenuto, non so nel merito quanto opportunamente, di dover dire anche la



sua sull'attentato contro la sede del comitato provinciale della D.C. di Roma. Ora evidentemente noi non vogliamo limitare la possibilità della Giunta di esprimersi su temi politici, però è anche del tutto chiaro che esprimersi su un attentato contro la sede provinciale della D.C. o di qualunque altro partito a Roma, ovviamente non rientra nelle attribuzioni della nostra Regione, né dei suoi organi, e in particolare, e questo non sarebbe neanche il problema principale, non rientra nelle incombenze della Giunta o in genere delle Regione chiedere allo Stato centrale, al governo, dei provvedimenti in una materia come quella dell'ordine pubblico, che è sottratta alla nostra competenza. Se la Giunta regionale ha ritenuto, non so quanto per ragioni di circostanza, di dire la sua, di dire anche lei al Governo: guarda che lo stato dell'ordine pubblico è diventato intollerabile, bisogna far qualcosa, in pratica ha voluto cantare con la sua voce più o meno intonata nel coro che in quei giorni si levava da più parti, allora noi riteniamo che questo debba essere motivo per tutti quanti, anche sull'esempio che abbiamo fatto in questa interpellanza, di giustificare che anche questo Consiglio, che anche la Giunta regionale si occupi di problemi che non siano strettamente regionali o rispettivamente provinciali. Allora è chiaro che se si tentava, da parte appunto della Presidenza, già messo in votazione, di dichiarare inammissibile la trattazione a suo tempo di una mozione, che invitava il Governo a fare qualcosa, non in tema di ordine pubblico, ma a fare qualcosa in tema di rapporti culturali attinenti la nostra Regione e si riteneva che fosse improponibile in questa sede, perché appunto al di fuori della nostra competenza, tanto meno mi pare che la Giunta possa o debba pronunciarsi su problemi di ordine pubblico.

Concludendo, quindi, è chiaro che il nostro scopo nel presentare questa interpellanza è

quello di sentire dalla Giunta pronunciarsi in merito. A noi interessa soprattutto che la Giunta dica che ci si può, ed è giusto, pronunciarsi facendo parte di un organo ovviamente politico, quale è un Consiglio regionale, una Giunta regionale, ecc., anche su problemi, che pur non essendo ristretti nella loro rilevanza alla nostra regione, toccano anche la nostra regione, addirittura in alcuni casi, come era il caso della nostra mozione a suo tempo, che la riguardano direttamente per così dire in prima persona.

**PRESIDENTE:** La parola al Presidente della Giunta regionale.

**PANCHERI (Presidente G.R. - D.C.):** Signori consiglieri, io devo dire che il collegamento contenuto nell'interpellanza dei cons. Langer e Boato fra le decisioni assunte dalla Presidenza del Consiglio regionale nella seduta del 19 aprile — allora aveva dichiarato il Presidente la inammissibilità di una mozione, avente contenuto in materia di accordo internazionale —, e la presa di posizione della Giunta regionale espressa nella seduta del 3 maggio di deplorazione di atti terroristici e di invito al Governo per una ferma azione contro il terrorismo, non sembra in alcun modo accettabile, perché non c'è nessun collegamento.

Da una parte si è in presenza di una autonoma decisione all'interno degli organi del Consiglio regionale, problema poi che è stato superato con una votazione, mi sembra all'unanimità, di una mozione concordata, dall'altra si tratta di una presa di posizione della Giunta nell'ambito dei suoi poteri di svolgimento delle sue attività. D'altra parte tutti gli enti pubblici a livello comunale, provinciale, regionale, hanno più volte espresso al Governo richiesta di intervento contro il terrorismo, contro atti, chiedendo interventi per altri problemi di carattere

nazionale. Ciò premesso, se questo è quello che fa piacere al cons. Langer, mi sembra di poter, secondo me e secondo la Giunta, di poter far presente ai consiglieri interroganti che la Giunta regionale deplorando, non per la prima volta, direi, atti di terrorismo politico, e chiedendo al Governo di voler tutelare con fermezza l'ordine pubblico, non ha superato i limiti della propria competenza, nè delle sue possibilità come organo anche politico oltre che amministrativo.

La Giunta infatti non ha assunto deliberazioni informali, ma ha interpretato il desiderio delle popolazioni di veder tutelato l'ordine pubblico in un momento di così grave difficoltà e di importante difficoltà per il mondo politico nazionale, allora e anche oggi. Quindi la Giunta regionale prenderà ancora decisioni di questo tipo, se sarà necessario, se lo riterrà opportuno, ed è convinta di non esorbitare dalle proprie competenze di organo politico.

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer.

LANGER (N.S.-N.L.): Signor Presidente della Giunta regionale, prendo atto della sua risposta; resta ancora da spiegare dove sta la differenza tra una sollecitazione espressa da un organo regionale al Governo centrale in tema di ordine pubblico o tra una sollecitazione espressa da un organo regionale in tema di accordo culturale o qualcosa del genere. Non so...

GOUTHIER (P.C.I.): Ha preso posto la democrazia...

LANGER (N.S.-N.L.): ... e della cultura, ha preso il posto della cultura? L'ordine pubblico ha preso il posto....

GOUTHIER (P.C.I.): La Repubblica italiana sta crollando...

PRESIDENTE: Per cortesia, consigliere, lasci continuare...

LANGER (N.S.-N.L.): La Repubblica italiana, secondo il cons. Gouthier, sta crollando sotto i colpi del terrorismo e aspettava la sollecitazione della Giunta regionale di Trento per intervenire in proposito?

GOUTHIER (P.C.I.): E' un'esigenza.

LANGER (N.S.-N.L.): Sì, è importante che la Giunta...

PRESIDENTE: Per cortesia!

GOUTHIER (P.C.I.): *(Interrompe)*

PRESIDENTE: Tanto più mentre esce, cons. Gouthier, non può interrompere!

LANGER (N.S.-N.L.): Se noi consideriamo ammissibile che la Giunta regionale si pronunci su un tema come questo, e secondo me e secondo noi è ammissibile, allora tanto più deve essere ammissibile che in futuro in questo Consiglio si propongano mozioni o altri atti che chiedano al Governo interventi su determinate cose di interesse regionale. Cioè io credo che la cosa che ci interessa oggi affermare qui è che in questo Consiglio debba essere possibile anche in futuro presentare e discutere e deliberare atti che chiedono al Governo interventi di pertinenza regionale, ovviamente non generici. No, non solo voto, non solo leggi, perchè il voto chiede una legge. Il voto, come abbiamo visto, è rivolto al Parlamento; invece, come il Presidente della Giunta ha giustamente ricordato, ci sono un'infinità di organi elettivi, dai consigli comunali e magari di quartiere in su, che chiedono al Governo centrale interventi in varia

natura, di varia materia. Quindi noi vogliamo usare questa occasione per riaffermare che così esiste un parallelismo ovvio nelle competenze della Giunta e del Consiglio, cioè la Giunta si occupa delle stesse materie e degli stessi ambiti di cui si può occupare il Consiglio e viceversa, quindi ovviamente noi riaffermeremo anche in futuro il diritto che questo Consiglio esprima sollecitazione verso il Governo centrale su materie di pertinenza regionale, ovviamente, non generica. Ciò nulla toglie ovviamente nel merito alla discussione sul terrorismo che il cons. Gouthier, come dicevo, di passaggio, riteneva di dover ribadire in questa occasione.

**PRESIDENTE:** Comunico che hanno richiesto risposta scritta le seguenti interrogazioni: (\*)

- n. 13 del cons. Erschbaumer all'assessore Dubis;
- n. 14 del cons. Avancini al Presidente della Giunta regionale;
- n. 15 del cons. Boato al Presidente della Giunta regionale;
- n. 16 del Cons. Marzari al Presidente della Giunta regionale;
- n. 17 del cons. Boato al Presidente della Giunta regionale;
- n. 18 del cons. Boato al Presidente della Giunta regionale.

Il punto n. 5) all'ordine del giorno è così esaurito.

Ora avremmo il punto 6) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 4: "Nuovo ordinamento del Mediocredito Trentino-Alto Adige"*.

Io lo metto in discussione, salvo ricordare al Consiglio che mancano dieci minuti alle ore 14, cioè all'ora fissata per la sospensione della seduta.

Utilizziamo quanto meno i dieci minuti per la relazione.

Vuole il cons. Benedikter dare lettura della relazione?

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE:** No, perchè è un disegno di legge rinviato dal Governo e quindi c'è la sola relazione della commissione. Lei l'ha sotto mano?

**BENEDIKTER (S.V.P.):** La II Commissione legislativa ha preso in esame, nella seduta odierna, il disegno di legge, già approvato dal precedente Consiglio regionale e rinviato dal Governo in data 15 novembre 1978.

La Commissione ha esaminato approfonditamente il testo del rinvio governativo, in relazione agli articoli 61 e 89 dello statuto di autonomia e con particolare riferimento al D.P.R. 31 luglio 1978, n. 571.

Il Presidente della Commissione rende noto di avere prospettato ai competenti organi ministeriali le motivazioni che sono alla base della formulazione dell'articolo 6 del disegno di legge, già oggetto di rinvio. Su tale argomento si è tuttora in attesa di una risposta da parte governativa, sulla base della quale si potrà procedere ad una formulazione dell'articolo, che consenta l'ulteriore iter del provvedimento legislativo.

L'argomento della proporzionale etnica e del bilinguismo ha occupato a lungo la Commissione, provocando l'intervento di numerosi Commissari. In particolare va rilevata la riserva espressa dal cons. Ferretti in ordine all'ultimo periodo del primo comma dell'articolo 6 del disegno di legge. Si è comunque raggiunta l'intesa di approvare il disegno di legge nel testo approvato dal precedente Consiglio regionale,

*(\*) Le interrogazioni e le risposte relative sono in "Allegato"*

con riserva di apportare eventuali emendamenti in aula.

Il disegno di legge è stato approvato a maggioranza con l'astensione dei Consiglieri Tomazzoni e Tonelli.

Si sottopone ora il provvedimento all'esame del Consiglio regionale.

**PRESIDENTE:** I signori consiglieri avevano tutti il testo anche in italiano sotto mano o l'avevano dimenticato a casa? Perché altrimenti dò lettura io del testo in italiano.

E' aperta la discussione generale.

La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Ich beginne meine Ausführungen, aber wird die Sitzung um 14 Uhr aufgehoben? Ich frage Sie, Herr Präsident, denn Sie haben mitgeteilt, daß um 14 Uhr Schluß gemacht wird. Dann sind es noch drei oder vier Minuten.

*(Posso iniziare il mio intervento, ma la seduta verrà tolta alle ore 14? Pongo questa domanda, Signor Presidente, in quanto Lei ha comunicato che la seduta sarebbe durata fino alle ore 14, che suoneranno fra tre o quattro minuti.)*

**PRESIDENTE:** Ho capito benissimo.

La seduta è tolta. I lavori proseguono nella giornata di giovedì prossimo, all'ora consueta.

(Ore 14).

**A L L E G A T I**



Trento, 11 aprile 1979

Prot. n. 124 Cons. reg. del 18 aprile 1979

Al Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

Trento

### INTERROGAZIONE

La recente effettuazione nel Trentino di un referendum abrogativo indetto in base alla L.R. 24 giugno 1957, n. 11, ha determinato quesiti in ordine alla rispondenza dello strumento legislativo regionale rispetto alle finalità proprie dell'istituto del referendum, anche in rapporto alle soluzioni in proposito determinate in sedi parlamentari e regionali.

E' infatti di palese evidenza — al di là dell'insegnamento derivabile per le forze politiche dai risultati di detto referendum, che in questa sede non ha titolo di discussione — l'opportunità di una tale analisi che già il Parlamento, le Regioni e — in tempo recentissimo — la stessa Regione Trentino-Alto Adige hanno compiuto, per consentire una così rilevante iniziativa diretta di azione popolare, senza esautorare o indebolire peraltro le sedi legislative rispetto a compiti propri, derivati dalla stessa volontà popolare, specie in ordine a disegni riguardanti l'assetto di società, che improprie, inconsulte o interessate iniziative, anche se formalmente ineccepibili, potrebbero mettere in discussione o annullare.

La promozione legislativa realizzata nelle varie sedi regionali in quest'ultimo tempo ha determinato in tale profilo talune garanzie, che non si vede perchè non dovrebbero essere valutate presso la nostra Regione. Esse potrebbero riguardare ad esempio, il periodo nel quale effettuare o non consentire l'effettuazione dei referendum (come, ad esempio, nell'ipotesi di scioglimento del Consiglio regionale), oppure la determinazione di un arco temporale, per così dire "di prova" non derogabile a carico di una legge (ad esempio due anni), oppure ancora, la materia a carico della quale non abbia a dirsi effettuabile un referendum (come per generali strumenti di pianificazione) specie se in rapporto di determinate maggioranze registratesi a favore di dette leggi.

In presenza di tali quesiti, il sottoscritto Consigliere regionale, prega la S.V. di interrogare il Presidente della Giunta regionale circa l'esistenza o meno di intendimenti dell'esecutivo in ordine all'opportunità di riconsiderare la materia in sede legislativa.

A norma di Regolamento, si chiede risposta scritta.

Distintamente.

F.to cons. reg. dott. Giorgio Grigolli

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

L'Assessore per gli Enti locali

Trento, 23 aprile 1979

Ill.mo Signor  
dott. Giorgio Grigolli  
Consigliere regionale

TRENTO

e, per conoscenza,

Ill.mo Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

TRENTO

OGGETTO: Interrogazione del Consigliere regionale dott. Giorgio Grigolli, prot. n. 124 Cons. reg. del 18 aprile 1979, pervenuta il 19 aprile 1979.

Vista l'interrogazione n. 10 dell'11 aprile 1979 con la quale la S.V. chiede di poter interrogare il Presidente della Giunta regionale circa l'esistenza o meno di intendimento dell'Esecutivo in ordine all'opportunità di riconsiderare la legislazione regionale in materia di referendum abrogativo di leggi regionali e provinciali in sede legislativa, si risponde quanto segue.

Nel programma legislativo dell'ottava legislatura, la Giunta regionale ha già previsto modifiche ed integrazioni alla legge regionale 24 giugno 1957, n. 11, che disciplina l'istituto del referendum abrogativo di leggi sia regionali che provinciali. Nella predisposizione del relativo disegno di legge sarà tenuto conto della produzione legislativa che sia lo Stato che le altre Regioni hanno elaborato nella predetta materia.

Infatti la legge regionale n. 11 del 1957 è stata una delle prime leggi che ha provveduto a disciplinare un istituto di democrazia diretta quale è il referendum; a distanza di oltre venti anni dalla sua emanazione si impongono con una certa urgenza taluni aggiustamenti sia per quanto attiene la fase istruttoria che la fase elettorale propriamente detta.

Sarà premura della Giunta regionale di concludere il lavoro preparatorio di tale proposta legislativa al più presto e si assicura la S.V. che verranno tenuti nel debito conto i suggerimenti avanzati.

Distintamente.

,F.to prof. Aldo Ongari



Bozen, 15. Mai 1979

Prot. Nr. 163 Reg. Rat vom 18.5.1979

An den Herrn  
PRÄSIDENTEN DES REGIONALRATES

TRIENT

## ANFRAGE

Im Tätigkeitsbericht des Südtiroler Sennereiverbandes an die Vollversammlung, welche am 27. April 1979 in Bozen tagte, wird darüber Klage geführt, daß bedeutende Mengen Käse im Rahmen des Accordino exportgeschützt und zollfrei zu äußerst reduzierten Preisen beinahe ausschließlich von zwei Käsehändlern der Provinzen Bozen und Trient aufgekauft und auf dem heimischen Markt abgesetzt werden. Weiters wird dazu im genannten Bericht des Sennereiverbandes festgestellt, daß es den Milchwirtschaftlern einleuchte, daß dafür Kompensationsgeschäfte getätigt werden, die der Wirtschaft zugute kommen. Man verstehe jedoch nicht, daß nur zwei Händler sowie die finanziell gutstehende Fremdenverkehrswirtschaft, welche zum Großteil diesen verbilligten Käse dem hiesigen Käse auf Grund des niedrigen Konkurrenzpreises vorziehe, alleinige Nutznießer dieses Geschäfts seien.

Dies vorausgeschickt, erlaubt sich der unterfertigte Regionalratsabgeordnete Willi Erschbaumer, an den zuständigen Regionalassessor folgende Anfrage zu richten, um zu erfahren:

1. ob es den Tatsachen entspricht, daß zwei Händler beim Import von verbilligtem Käse praktisch eine Monopolstellung ausüben und der Großteil dieser Ware der finanziell gutstehenden Fremdenverkehrswirtschaft zukommt;
2. ob ähnliche Erscheinungen auch im Falle anderer zollfreier Accordino-Importe festzustellen sind;
3. was die Regionalregierung in derartigen Fällen zu unternehmen gedenkt, um zu gewährleisten, daß die durch das Accordino-Abkommen erzielten Warenverbilligungen dem Geiste dieser Vereinbarung entsprechend direkt und in der Hauptsache den breiten Bevölkerungsschichten zugute kommen, welche ohnehin unter dem bekannt hohen Preisniveau in der Region und ganz besonders in der Provinz Bozen zu leiden haben.

Der unterfertigte Regionalratsabgeordnete ersucht um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

gez. Regionalratsabgeordneter Willi Erschbaumer

Bolzano, 15 maggio 1979

Prot. n. 163 Cons. Reg. dd. 18 maggio 1979

Al Signor

PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

*Nella relazione di gestione della Federazione delle latterie sociali altoatesine, elaborata per l'assemblea generale, che ha avuto luogo il 27 aprile 1979 a Bolzano, si lamenta che nell'ambito dell'accordino rilevanti quantità di prodotti caseari vengono acquistate, sotto tutela di esportazione e franche da dogana a prezzi assai ridotti, quasi esclusivamente da due commercianti del settore delle Province di Bolzano e Trento, che a loro volta provvedono ad ad immetterle sul mercato locale. In predetta relazione si rileva inoltre come gli operatori del settore caseario riconoscano i benefici, che ne derivano all'economia dai conseguenti affari di compensazione mentre come rimanga inspiegato il fatto, che di simili operazioni si avvantaggiano unicamente i due commercianti e l'economia turistica, finanziariamente di per sé solida, la quale per la maggior parte preferisce i prodotti caseari importati a prezzi concorrenziali e non la produzione locale.*

*Ciò premesso, il sottoscritto Consigliere regionale si permette di interrogare l'Assessore regionale competente, per sapere:*

- 1) se risponde a verità che due commercianti esercitano praticamente un monopolio nell'importazione di prodotti caseari a prezzi ridotti e che gran parte della merce viene assorbita dal settore turistico, finanziariamente di per sé solido;*
- 2) se simili fenomeni si registrano anche in altri settori di importazione nell'ambito dell'accordino;*
- 3) che cosa intende intraprendere in simili casi la Giunta regionale per garantire che i benefici, derivanti dall'applicazione dell'accordino e pertanto dalle merci a prezzi ridotti, giungano, nello spirito del noto accordo, direttamente e soprattutto agli ampi ceti della popolazione, che nella nostra Regione ed in Provincia di Bolzano in particolare è costretta a subire un livello di prezzi notoriamente alto.*

*Si richiede risposta scritta.*

*f.to Willi Erschbaumer Consigliere regionale*

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**  
Assessore per le Camere di Commercio

Trento, 11 giugno 1979

Prot. n. 163 Cons. Reg.

Al Signor  
Willi ERSCHBAUMER  
Consigliere regionale  
38100 BOLZANO - Palazzo della Provincia

e, p.c.

Al Signor  
Avv. Armando PARIS  
Presidente del Consiglio regionale  
38100 TRENTO

Rispondendo all'interrogazione Prot. n. 163 del 18 maggio 1979, pervenuta al sottoscritto il 29 maggio c.a. posso chiarire quanto segue.

L'importazione di prodotti caseari nell'ambito dell'accordo speciale è sempre stata libera come in tutti gli altri settori e basata sull'offerta e la domanda.

Dopo la fondazione di una ditta austriaca, che tendeva assumere una posizione di assoluto monopolio nell'importazione casearia, la commissione regionale si è vista tuttavia costretta ad introdurre nell'anno 1975 una chiave di importazione. Per il predetto anno contrattuale il 90 per cento del contingente caseario è stato distribuito alle ditte di importazione regolarmente iscritte nei registri delle Camere di Commercio. Il rimanente 30 per cento (10 per cento più 20 per cento) è potuto essere posto a disposizione delle nuove ditte di importazione. Attualmente sono 9 le ditte altoatesine che importano formaggio nell'ambito dell'accordo.

L'annuale aumento del contingente di formaggio va quasi esclusivamente a vantaggio delle nuove e piccole ditte.

In tal senso la commissione regionale nell'ottobre 1978 ha stabilito:

- di ripartire soltanto il 90 per cento del contingente caseario;
- che la quantità di formaggio riservata alle singole ditte è da commisurarsi percentualmente sulle quote di assorbimento dell'anno 1977;
- di provvedere ad una assegnazione integrativa alle ditte, che non raggiungono la quota minima di 5.000 kg, per dar loro modo di raggiungere questo livello;

- che le ditte, le quali al 31 maggio 1979 non hanno utilizzato anche soltanto parzialmente la quantità assegnata, perdono il diritto all'importazione ulteriore della merce in parola.

Infine nel 1978 è stato convenuto di riservare l'aumento del contingente, previsto per l'anno contrattuale 1979/80 esclusivamente ad importatori, che non si trovano in una posizione di "monopolio".

La commissione regionale segue con particolare attenzione l'import e l'export dei vari prodotti e fa di tutto, affinché anche il consumatore possa fruire delle agevolazioni economiche offerte dall'Accordino.

Colgo anche l'occasione per indicare che un aumento dell'importazione casearia produce contemporaneamente un aumento del contingente di esportazione dei vini imbottigliati.

Distinti saluti.

L'Assessore regionale f.to avv. Klaus Dubis

Trento, 4 giugno 1979

n. prot. 173 Cons. Reg.

Ill.mo Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

Premesso che la legge 9 dicembre 1977, n. 903, stabilisce che è vietata qualsiasi discriminazione fondata sul sesso per quanto riguarda l'accesso al lavoro, indipendentemente dalle modalità di assunzione e qualunque sia il settore o il ramo di attività a tutti i livelli della gerarchia professionale...;

Il sottoscritto chiede di interrogare il Presidente della Giunta regionale per conoscere quale applicazione sia stata data dall'Amministrazione regionale alla citata legge ed in particolare se e come il principio sia stato osservato nelle assunzioni per chiamata per il personale appartenente alla categoria ausiliaria in relazione alle mansioni, quali uscieri, autisti, ecc.

A norma di Regolamento chiede risposta scritta.

F.to cons. reg. comm. Giuseppe Avancini

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

Il Presidente

Trento, 8 giugno 1979

Egregio Signor  
comm. Giuseppe Avancini

BOLZANO - Via Virgilio, 8

c. p.c.

Egregio Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

**TRENTO**

Egregio Consigliere,

Rispondo alla Sua interrogazione del 4 giugno con la quale la S.V., facendo richiamo alla legge 9 dicembre 1977, n. 903 chiede di conoscere come, da parte della Giunta regionale, sia stato osservato il principio di evitare qualsiasi discriminazione fondata sul sesso per quanto riguarda l'accesso al lavoro, nelle assunzioni per chiamata per il personale appartenente alla categoria ausiliaria.

Al riguardo La informo che a partire dalla data di entrata in vigore della legge statale precitata, la Giunta regionale ha proceduto ad assumere n. 10 unità della carriera ausiliaria per coprire i posti rimanenti vacanti per pensionamento o dimissioni dal servizio.

In tali assunzioni, rispettando il disposto della legge 2 aprile 1968, n. 482 a favore delle categorie protette gli assunti sono stati 8 unità di sesso maschile e 2 di sesso femminile.

La Giunta ha dovuto peraltro tener conto delle domande di assunzione giacenti e dei titoli di priorità stabiliti in base alla normativa vigente.

Inoltre la Giunta regionale, sempre nel periodo considerato, ha espletato un concorso per la carriera esecutiva nel quale sono risultati vincitori 2 unità di sesso maschile e 7 di sesso femminile.

Dai dati riportati risulta evidente l'intendimento della Giunta di osservare puntualmente il disposto della normativa statale contenuto nella legge n. 903 richiamata.

Con i migliori saluti.

f.to comm. Enrico Pancheri

Trento, 5 giugno 1979

n. prot. 174 Cons. reg.

Ill.mo Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

Il giorno mercoledì 6 giugno c.a., al mattino, mentre una rappresentanza operaia di Rovereto richiedeva un incontro con l'Assessore all'industria della Provincia di Trento (il cui ufficio è appunto situato all'ultimo piano del palazzo della Regione), per ordine della Giunta regionale, sono state immotivatamente chiuse tutte le entrate d'accesso al palazzo, creando evidenti motivi di tensione e palesi disagi per gli uffici dei gruppi consiliari e per il pubblico.

Il sottoscritto Consigliere regionale, Sandro Boato, intende protestare di fronte a tale inaccettabile atteggiamento della Giunta regionale che con un'azione provocatoria impedisce, prima di tutto, ad una delegazione operaia, interessante le fabbriche a PPSS in grave crisi e sul punto di chiudere, di portare le loro preoccupazioni e le loro richieste di fronte allo stesso Assessore all'industria. Ricorda peraltro che non può in alcun modo essere imputata agli operai la locazione dell'Assessorato all'ultimo piano della Regione e che pertanto l'entrata nel palazzo per quanti vi si rechino non può essere bloccata con la motivazione che "queste cose si risolvono nel palazzo della Provincia".

In secondo luogo con tale iniziativa la Giunta si è fatta protagonista di una insolita concezione del rapporto tra Amministrazione e cittadini: quella di una autarchia dell'amministrazione fuori da ogni rapporto con coloro che dovrebbero essere i diretti fruitori di questi servizi.

Il sottoscritto Consigliere regionale, inoltre, interroga il Presidente della Giunta regionale se non ritenga eccessive e precipitose scelte di "sbarramento" verso la popolazione e nei confronti di coloro che con pieno diritto si rivolgono all'Amministrazione locale per la soluzione di pesanti e gravi problemi come sono quelli dell'occupazione e del mantenimento del posto di lavoro, come nel caso specifico.

Richiede in che modo possano incontrarsi d'ora in avanti gli operai con l'Assessore all'industria della Provincia di Trento, se tale "abuso" di porte chiuse tornerà a ripetersi, ricordando che proprio l'Assessorato all'industria deve occuparsi di tali problemi (fabbriche, occupazione, insediamenti industriali ecc.) e che per le PPSS è stata votata una mozione in Consiglio Provinciale che impegnava la Giunta e l'Assessorato all'industria di garantire l'occupazione, riconversione, ecc.

Gli operai che chiedevano l'incontro si trovavano in Regione (per recarsi proprio all'Assessorato provinciale all'industria) per vedere applicata tale delibera del Consiglio Provinciale, dopo una lunga e sempre più drammatica attesa.

Inoltre si richiede se per caso non esistano norme, al sottoscritto del tutto sconosciute, che impedirebbero l'accesso di delegazioni operaie nel palazzo della Regione per raggiungere gli uffici della Provincia ivi situati. Ma ciò sarebbe non solo incostituzionale, sarebbe una concezione del rapporto tra Amministrazione e cittadino del tutto estranea a qualunque tipo di organizzazione democratica: nasconderebbe solo abuso e prepotenza, sancirebbe la separazione netta tra il cittadino e il potere. Sarebbe grave e rovinoso per tutti.

A norma di Regolamento si chiede risposta scritta.

F.to cons. reg. arch. Sandro Boato



**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

Giunta regionale - Il Presidente

Trento, 8 giugno 1979

Egregio Signor  
Arch. Alessandro Boato Consigliere regionale

Trento - via Giocciadoro, 31

e, p. conoscenza

Egregio Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

Trento

Egregio Consigliere,

Rispondo alla interrogazione da Lei presentata in data 6 giugno a riguardo dell'episodio avvenuto nella mattinata dello stesso giorno che ha visto coinvolto un gruppo di operai dipendenti della ditta ALPE di Rovereto.

Desidero anzitutto precisarLe come si sono svolti i fatti in quanto la descrizione da Lei fatta nell'interrogazione non corrisponde a realtà.

Nella tarda mattinata di mercoledì scorso un numeroso gruppo di dipendenti della ditta ALPE si presentava all'ingresso di Via Gazzoletti alla sede regionale in Trento per conferire con l'Assessore provinciale all'industria, consigliere dott. Bazzanella.

I commessi addetti al servizio di vigilanza degli uffici regionali accertavano che nessun appuntamento era stato richiesto nè all'Assessore nè ai suoi uffici e quindi invitavano i presenti a voler attendere negli appositi spazi riservati al pubblico.

L'Assessore provinciale competente, informato della richiesta si dichiarava disposto a conferire con la rappresentanza operaia, fissando l'incontro nella sala verde del Palazzo della Provincia.

La rappresentanza operaia si dichiarava contraria a spostarsi nella sala verde e mentre una decina di operai si tratteneva nell'atrio del Palazzo della Regione gli altri rimanevano fuori dall'ingresso in quanto i commesi della Regione provvedevano a chiudere la porta di accesso dopo aver udito le dichiarazioni di alcuni dipendenti dell'ALPE, secondo le quali l'intendimento era quello di occupare il Palazzo della Regione.

A questo punto va precisato che alla fine del mese di maggio un analogo episodio si era verificato con la partecipazione dei dipendenti della ditta SISMA, i quali, senza avere appuntamento alcuno, entravano nel palazzo regionale trattenendosi per l'intera giornata, per la notte seguente e per una parte del giorno successivo.

Tale episodio determinava l'esigenza di una presenza dell'autorità di P.S. per la sorveglianza dell'edificio nelle ore notturne, nonché l'organizzazione di servizio di emergenza per la sorveglianza continua degli uffici regionali e provinciali sistemati nell'edificio stesso.

In conseguenza di tale episodio la Giunta regionale assumeva una decisione in base alla quale le riunioni con gruppi numerosi di persone interessate alla soluzione dei problemi dell'industria dovessero avvenire nella sede propria e cioè presso gli uffici della Provincia in Piazza Dante.

Tale decisione veniva comunicata alla Giunta provinciale di Trento che si dichiarava pienamente d'accordo.

In conformità a tale decisione si è comportato il servizio di sorveglianza della Regione: infatti tutto il pubblico può liberamente accedere agli uffici sistemati nel Palazzo; solamente le delegazioni e gruppi numerosi di persone vengono invitati a spostarsi nel Palazzo della Provincia.

E' evidente che le considerazioni contenute nella interrogazione da Lei presentata circa un atteggiamento della Giunta regionale inteso ad impedire la discussione dei gravi problemi che interessano numerosi insediamenti industriali nel Trentino sono destituiti da ogni fondamento.

Appare chiaro che l'uso del Palazzo della Regione in Trento è perfettamente coerente con le linee della corretta amministrazione.

Ma è altrettanto logico che la Giunta regionale non possa consentire la presenza nelle ore di chiusura degli uffici e nelle ore notturne, di persone estranee all'attività burocratica.

Si è tra l'altro verificato che negli ultimi tempi sia stata rilevata la presenza di persone in numerosi uffici, anche di rappresentanza, con azioni di disturbo che hanno impedito il normale svolgimento del lavoro da parte degli impiegati.

Perciò la Giunta regionale deve tutelare sia il diritto dei cittadini di accedere al Palazzo regionale sia quello di assicurare la necessaria norma di sicurezza, specie nell'attuale momento di delicata tensione politica, sia infine il normale svolgimento del lavoro da parte di oltre trecento impiegati regionali e provinciali presenti nel Palazzo.

Tornando all'episodio di mercoledì 6 giugno tengo a sottolineare come, dopo un incontro avvenuto nel mio ufficio con la partecipazione del Presidente del Consiglio regionale avv. Paris e l'Assessore provinciale all'industria dott. Bazzanella e il Consigliere regionale Marzari, lo stesso Assessore Bazzanella sia sceso nell'atrio del palazzo invitando gli operai ad entrare e successivamente a spostarsi nella sala verde del Palazzo della Provincia per l'incontro sui problemi della ditta ALPE.

Ciò avveniva senza inconveniente alcuno.

Del resto questa era la proposta fatta fin dall'inizio agli operai e dagli stessi rifiutata.

Non esiste quindi nè abuso nè prepotenza da parte dell'amministrazione regionale.

La Giunta ha sempre fatto e farà il possibile perchè i gravi problemi degli operai interessati delle ditte di industrie in crisi vengano seriamente affrontati e adeguatamente risolti.

E' perciò necessaria anche una disciplina nell'uso delle strutture pubbliche per non degenerare in situazioni incontrollabili.

Distintamente.

— Enrico Pancheri —

Trento, 6 giugno 1979

prot. n. 180 Cons. Reg.  
del 7 giugno 1979

Al Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

Oggi mercoledì 6 giugno, arrivato presso il Palazzo della Regione, ho trovato chiusi gli accessi principali all'edificio. Entrato per vie inconsuete ho potuto raggiungere l'ufficio del Presidente del Consiglio regionale al quale ho chiesto spiegazioni circa lo sbarramento delle entrate. Mi è stato risposto che non si intendeva consentire l'occupazione degli uffici da parte degli operai dell'azienda Alpe che sostavano davanti agli ingressi e intendevano, come è loro diritto, conferire con l'Assessore provinciale all'Industria che ha i suoi uffici presso il Palazzo regionale. Il pretesto addotto era quello di evitare il ripetersi di episodi poco corretti che si erano verificati in precedenza, in occasione di una dimostrazione degli operai di un altro stabilimento in crisi.

Preso atto dell'inspiegabile, immotivato atteggiamento del Presidente del Consiglio regionale e del Presidente della Giunta regionale, che per oltre un'ora hanno evitato di assumere la decisione di consentire l'accesso degli operai previo avviso che non sarebbero state tollerate azioni di disturbo nei confronti degli uffici ospitati e permanenze oltre l'orario di apertura degli stessi, mi sono premurato, anche come membro dell'Ufficio di Presidenza dell'Assemblea regionale, di sgomberare il campo da pregiudizi in ordine al comportamento che i lavoratori avrebbero tenuto in seguito alla loro entrata nel Palazzo regionale, di far recedere i Presidenti dell'Assemblea e del Governo regionale dall'immotivata decisione di chiudere loro l'accesso, di far comprendere la gravità della situazione aziendale che ha spinto i lavoratori dell'Alpe a venire in massa ad un incontro con l'Assessore, di evitare che un atteggiamento intransigente sulle forme di tale incontro potesse creare una situazione di tensione non più controllabile.

Alle 11.40 finalmente le porte sono state riaperte, gli operai per protesta non hanno più voluto entrare e dopo una breve discussione si è potuto tenere l'incontro con l'Assessore presso la Sala Verde della Provincia, dove vi è stato anche un chiarimento sui fatti accaduti in mattinata, col biasimo del comportamento della Presidenza regionale da parte dei lavoratori e la richiesta pro-futuro da parte dell'Assessore di incontrarsi di norma con delegazioni di lavoratori in momenti e sedi concordate con anticipo.

Nel pomeriggio mi sono trovato di fronte ad analoga chiusura dell'ingresso principale del Palazzo della Regione. In questo caso gli operai della SLOI, convocati dall'Assessore all'Industria presso gli uffici dell'Assessorato, si sono trovati sbarrato l'accesso agli stessi. L'incontro concordato ha potuto peraltro aver luogo nella Sala Verde della Provincia.

Da quanto sopra esposto è chiaro a me che ci si trova di fronte ad un non condivisibile comportamento dei Presidenti del Consiglio e della Giunta regionale per tre motivi:

- 1) perchè danno per scontato ciò che può soltanto essere immaginato con pregiudizio, cioè la scorrettezza dei lavoratori;
- 2) perchè se taluni uffici della Provincia hanno sede presso il Palazzo regionale, non è tollerabile che gli Assessori competenti non possano disporre convenientemente dell'agibilità delle vie di accesso ai loro uffici;
- 3) perchè i fatti descritti non possono altro che infondere sfiducia nelle nostre istituzioni autonomistiche.

Tutto ciò esposto chiedo di interrogare il Presidente della Giunta regionale per sapere:

- 1) se è a conoscenza dei fatti denunciati e se condivide le mie preoccupazioni in riferimento all'immagine della istituzione che presiede;
- 2) se non ritenga necessario porre rimedio a quanto successo promuovendo un chiarimento con i lavoratori interessati e la loro rappresentanza sindacale;
- 3) se non ritenga che gli Uffici della Regione e della Provincia debbano essere sempre e da chiunque accessibili, salvo il diritto-dovere di chi ne è responsabile di tutelare l'ordine e la tranquillità di chi vi lavora, evitando di adottare atteggiamenti di repressione preventiva;
- 4) se non giudica opportuno promuovere, di concerto con i Presidenti delle due Assemblee e il Presidente della Giunta provinciale, un confronto con le rappresentanze politiche nelle sedi opportune per addivenire ad un più corretto codice di comportamento in casi come quello riscontrato dal sottoscritto.

A norma di Regolamento interno si chiede risposta scritta.

Con cordialità.

f. to cons. reg. Aldo Marzari

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

Giunta Regionale - Il Presidente

Trento, 11 giugno 1979

Egregio Signor  
p.i. Aldo Marzari Consigliere regionale

VILLAZZANO - Cernidor, 67

e, per conoscenza

Egregio Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

**TRENTO**

Egregio Consigliere,

Rispondo alla interrogazione da Lei presentata in data 8 giugno a riguardo dell'episodio avvenuto nella mattinata del 6 giugno e che ha visto coinvolto un gruppo di operai dipendenti dalla ditta ALPE di Rovereto.

Desidero anzitutto precisare come si sono svolti i fatti in quanto la descrizione da Lei fatta nell'interrogazione non corrisponde a verità.

Nella tarda mattinata di mercoledì scorso un numeroso gruppo di dipendenti della ditta ALPE si presentava all'ingresso di Via Gazzoletti alla sede regionale di Trento per conferire con l'Assessore provinciale all'industria, consigliere dott. Bazzanella.

I commessi addetti al servizio di vigilanza degli uffici regionali accertavano che nessun appuntamento era stato richiesto nè all'Assessore nè ai suoi uffici e quindi invitavano i presenti a voler attendere negli appositi spazi riservati al pubblico.

L'Assessore provinciale competente informato della richiesta si dichiarava disposto a conferire con la rappresentanza operaia fissando l'incontro nella sala verde del Palazzo della Provincia.

La rappresentanza operaia si dichiarava contraria a spostarsi nella sala verde e mentre una decina di operai si tratteneva nell'atrio del Palazzo della Regione gli altri rimanevano fuori dall'ingresso in quanto i commessi della Regione provvedevano a chiudere la porta di accesso dopo aver udito le dichiarazioni di alcuni dipendenti dell'ALPE secondo le quali l'intendimento era quello di occupare il Palazzo della Regione.

A questo punto va precisato che alla fine del mese di maggio un analogo episodio si era

verificato con la partecipazione dei dipendenti della ditta SISMA i quali, senza avere appuntamento alcuno, entravano nel palazzo regionale trattenendosi per l'intera giornata, per la notte seguente e per una parte del giorno successivo.

Tale episodio determinava l'esigenza di una presenza degli organi di P.S. per la sorveglianza dell'edificio nelle ore notturne, nonché l'organizzazione di servizio di emergenza per la sorveglianza continua degli uffici regionali e provinciali sistemati nell'edificio stesso.

In conseguenza di tale episodio la Giunta regionale assumeva una decisione in base alla quale le riunioni con gruppi numerosi di persone interessate alla soluzione dei problemi dell'industria dovessero avvenire nella sede propria e cioè presso gli uffici della Provincia in piazza Dante.

Tale decisione veniva comunicata alla Giunta provinciale di Trento che si dichiarava pienamente d'accordo.

In conformità a tale decisione si è comportato il servizio di sorveglianza della Regione: infatti tutto il pubblico può liberamente accedere agli uffici sistemati nel Palazzo; solamente le delegazioni e gruppi numerosi di persone vengono invitati a spostarsi nel Palazzo della Provincia.

E' evidente che le considerazioni contenute nella interrogazione da Lei presentata circa un atteggiamento della Giunta regionale inteso ad impedire la discussione dei gravi problemi che interessano numerosi insediamenti industriali nel Trentino sono destituiti da ogni fondamento.

Appare chiaro che l'uso del Palazzo della Regione in Trento è perfettamente coerente con le linee della corretta amministrazione.

Ma è altrettanto logico che la Giunta regionale non consentire la presenza nelle ore di chiusura degli uffici e nelle ore notturne, di persone estranee all'attività burocratica.

Si è tra l'altro verificato che negli ultimi tempi sia stata rilevata la presenza di persone in numerosi uffici, anche di rappresentanza, con azioni di disturbo che hanno impedito il normale svolgimento del lavoro da parte degli impiegati.

Perciò la Giunta regionale deve tutelare sia il diritto dei cittadini di accedere al Palazzo regionale sia quello di assicurare la necessaria norma di sicurezza, specie nell'attuale momento di delicata tensione politica, sia infine il normale svolgimento del lavoro da parte di oltre 300 impiegati regionali e provinciali presenti nel Palazzo.

Tornando all'episodio di mercoledì 6 giugno tendo a sottolineare come, dopo un incontro avvenuto nel mio ufficio con la partecipazione del Presidente del Consiglio regionale avv. Paris e l'Assessore provinciale all'industria Assessore Bazzanella e con la S.V., lo stesso Assessore Bazzanella sia sceso nell'atrio del palazzo invitando gli operai ad entrare e successivamente a spostarsi nella sala verde del Palazzo della Provincia per l'incontro sui problemi della ditta ALPE.

Ciò avveniva senza inconveniente alcuno.

Del resto questa era la proposta fatta fin dall'inizio agli operai e dagli stessi rifiutata.

Non esiste quindi nè abuso nè prepotenza da parte dell'amministrazione regionale.

La Giunta ha sempre fatto e farà il possibile perchè i gravi problemi degli operai interessati delle ditte di industrie in crisi vengano seriamente affrontati e adeguatamente risolti.

E' perciò necessaria anche una disciplina nell'uso delle strutture pubbliche per non degenerare in situazioni incontrollabili.

Distintamente.

— Enrico Pancheri —



Trento, 19 giugno 1979

Prot. n. 190 Cons. Reg.

Ill.mo Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

Il sottoscritto, Consigliere regionale di Nuova Sinistra-Neue Linke Sandro Boato, chiede di interrogare l'Assessore competente, per conoscere se la Giunta regionale intende accelerare i tempi di presentazione del disegno di legge di attuazione del D.P.R. 569/78, se in tal senso sono stati presi gli opportuni contatti con le organizzazioni sindacali del personale.

Desidero inoltre conoscere se i contingenti di personale che transiteranno nel ruolo regionale (art. 6 del D.P.R. citato) sono stati individuati.

A termine di Regolamento si chiede risposta scritta.

f.to cons. reg. arch. Sandro Boato

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

Giunta regionale - Il Presidente

Trento, 22 giugno 1979

Prot. n. 11847/SGA VI

Prot. n. 197 Cons. Reg.  
del 25 giugno 1979Egregio Signor  
Arch. Alessandro Boato  
Consigliere regionale

TRENTO, via Gocciadoro, 31

e, p.c.

Egregio Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

TRENTO

Egregio Consigliere,

Rispondo all'interrogazione da Lei rivoltami in data 19 giugno (n. 17) in ordine all'applicazione del D.P.R. 31.7.1978, n. 569 contenente norme di attuazione dello Statuto speciale in materia di coordinamento tra il servizio catastale ed il servizio dei Libri fondiari.

In ordine alla richiesta dello stato di preparazione del disegno di legge, previsto dall'articolo 6 delle norme di attuazione citate, inteso a consentire il trasferimento alla Regione del personale addetto agli uffici catastali trasferito alla Regione, posso informarLa che lo schema del disegno di legge è stato predisposto dagli uffici regionali e sarà esaminato dalla Giunta regionale presumibilmente nel corso del prossimo mese di luglio.

Nel frattempo sono già avvenuti incontri con le organizzazioni sindacali rappresentative del personale statale in servizio negli uffici catastali di cui all'articolo 6 del D.P.R. n. 569 del 1978.

Tali contatti proseguiranno prossimamente avendo come base di discussione il disegno

di legge già preannunciato, dopo il suo esame da parte della Giunta regionale.

Per quanto riguarda il contingente del personale addetto agli uffici catastali trasferiti alla Regione di cui all'articolo 6 del D.P.R. n. 569/1978, esso è stato approvato con Decreto del Ministro delle Finanze di data 14 dicembre 1978, registrato alla Corte dei Conti il 16 maggio scorso.

Di tale Decreto allego copia alla presente risposta.

Distintamente.

f.to Il Vicepresidente sostituto Ass. Aldo Balzarini

**DIREZIONE GENERALE DEL CATASTO E DEI SERVIZI TECNICI ERARIALI****IL MINISTERO DELLE FINANZE**

Visto il D.P.R. 31 luglio 1978, n. 569 concernente norme di attuazione dello statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige in materia di coordinamento fra catasto e libri fondiari e delega alla regione delle funzioni amministrative in materia di catasto;

Visto il foglio 28 ottobre 1978, n. 6420, con il quale l'Ufficio tecnico erariale di Trento, a seguito della ricognizione disposta dalla Direzione Generale del Catasto e dei Servizi Tecnici Erariali, ha trasmesso l'elenco del personale dipendente dal suddetto Ufficio che, alla data del 12 ottobre 1978 di entrata in vigore del suddetto D.P.R. n. 569, risultava addetto allo svolgimento delle funzioni in materia catastale delegate alla Regione Trentino-Alto Adige;

Visto il foglio 28 ottobre 1978, n. 6888, con il quale l'Ufficio tecnico erariale di Bolzano, a seguito della ricognizione disposta dalla Direzione Generale del Catasto e dei Servizi Tecnici Erariali, ha trasmesso l'elenco del personale dipendente dal suddetto Ufficio che, alla data del 12 ottobre 1978 di entrata in vigore del suddetto D.P.R. n. 569, risultava addetto allo svolgimento delle funzioni in materia catastale delegate alla Regione Trentino-Alto Adige;

Sentita la Regione del Trentino-Alto Adige la quale, con delibera della propria Giunta in data 7 novembre 1978, ha espresso parere favorevole alla determinazione del contingente previsto dall'art. 6 del citato D.P.R. n. 569, sulla base delle risultanze degli elenchi comunicati dagli Uffici tecnici erariali di Trento e di Bolzano;

Ritenuto che nel contingente di cui sopra non può essere incluso, ancorchè segnalato nell'elenco, il dirigente dell'Ufficio tecnico erariale di Bolzano in quanto l'attività direttiva in materia catastale costituisce solo una parte delle funzioni esplicate dal dirigente di Ufficio tecnico erariale ed egli, in questa sua qualità, non può essere compreso fra gli addetti agli uffici trasferiti alla Regione Trentino-Alto Adige ai sensi del 1. comma dell'art. 6 del richiamato D.P.R. n. 569;

Ritenuto che le stesse considerazioni sarebbero altrettanto valide anche per il dirigente dell'Ufficio tecnico erariale di Trento, Ufficio che peraltro alla data del 12 ottobre 1978 era privo di titolare ed assegnato ad interim al dirigente l'Ufficio tecnico erariale di Bolzano;

Ritenuto, inoltre, che dal suddetto contingente debbono essere esclusi i giovani assunti ai sensi della legge 1. giugno 1978, n. 285, in quanto in servizio con contratto a termine con finalità formative nello svolgimento del programma di aggiornamento del catasto predisposto ai sensi dell'art. 26 della legge suddetta, approvato e finanziato dal C.I.P.E. nella seduta del 30 novembre 1977;

Ritenuto che la vigilanza sulla esecuzione delle direttive emanate dal Ministero delle Finanze in materia catastale, come prevista dal 2 comma dell'art. 1 del richiamato D.P.R. n. 569, deve essere affidata ai dirigenti pro-tempore degli Uffici tecnici erariali di Trento e di Bolzano;

*d e c r e t a:*

**Art. 1**

Ai sensi dell'art. 6, secondo comma, del D.P.R. 31 luglio 1978, n. 569, il contingente, per carriera e qualifica, del personale dipendente dagli Uffici tecnici erariali di Trento e di Bolzano che in relazione alle mansioni espletate il 12 ottobre 1978, data di entrata in vigore del suddetto D.P.R., risultava addetto presso le Sezioni del catasto terreni e del catasto urbano dei predetti Uffici tecnici

erariali ed i relativi Uffici periferici, allo svolgimento delle funzioni in materia di catasto terreni ed urbano delegate alla Regione Trentino-Alto Adige è così composto:

## UFFICI DELLA PROVINCIA DI TRENTO

### Carriera di concetto — Ruolo tecnico

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
<b>Geom. Capo</b>	2	ROSSI	Guglielmo	370	U.T.E.	Sez. IV
		PINO	Letterio	370	U.T.E.	Sez. II
* * *						
<b>Geom. Principale</b>	8	VACCARI	Pietro	302	U.C.F. di Rovereto	
		ZAMPEDRI	Placido	302	U.T.E.	Sez. IV
		SUOZZI	Antonio	302	U.C.F. di Cavalese	
		FONTANA	Carlo	302	U.C.F. di Riva sul Garda	
		BATTISTELLI	Giovanni	302	U.T.E.	Sez. IV
		BAZZANELLA	Mario	302	U.C.F. di Tione	
		TURCO	Cesare	260	U.C.F. di Cles	
		FONTANA	Francesco	260	U.C.F. di Borgo Valsugana	
* * *						
<b>Geometra</b>	7	VOLCAN	Bruno	227	U.T.E.	Sez. IV
		PELLEGRINI	Andrea	227	U.C.F. di Mezzolombardo	
		ALGERI	Enzo	227	U.T.E.	Sez. II
		DE PREDICATORE	Giuseppe	188	U.T.E.	Sez. IV
		SOLURI	Francesco	188	U.T.E.	Sez. IV
		SANTILLI	Piero	188	U.T.E.	Sez. IV
		TARANTELLI	Liberato	188	U.T.E.	Sez. IV
* * *						
<b>Geometra in prova</b>	6	BOZZO	Concetto	160	U.T.E.	Sez. II
		COSTANTINI	Giuseppe	160	U.T.E.	Sez. II
		DEL ROSSO	Luigi	160	U.T.E.	Sez. II
		GUGLIELMI	Giovanni	160	U.T.E.	Sez. II
		LA ROSA	Renato	160	U.T.E.	Sez. II
		RIZZOTTI	Daniele	160	U.T.E.	Sez. II

\* \* \*

(SEGUE)

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
Geometra ex I.CO.	1	RECLA	Silvano	—	U.T.E.	Sez. IV

*Totale Carriera di concetto — Ruolo tecnico: n. 24*

#### Carriera di concetto — Ruolo amministrativo contabile

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
Segretario	1	SCHIESARO	Giovanni	218	U.C.F. di Tione	

*Totale carriera di concetto — Ruolo amministrativo contabile: n. 1*

#### Carriera esecutiva — Ruolo tecnico

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
Assistente o disegnatore superiore	1	TAMANINI	Ottone	245	U.T.E.	Sez. II
		* * *				
Assistente o disegnatore principale	10	COLIO	Giuseppe Ciro	218	U.C.F. di Borgo Valsugana	
		BRUGNOLLI	Luigi	218	U.T.E.	Sez. II
		PORCELLINI	Eugenio	218	U.T.E.	Sez. II
		GALLUCCIO	Maria Angela	218	U.T.E.	Sez. II
		CARAZZONE GANGI	Giuseppina	218	U.T.E.	Sez. IV
		BARBERA	Clara	218	U.T.E.	Sez. II
		TOMASELLI	Giorgio	218	U.C.F. di Borgo Valsugana	

(SEGUE)

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
		CROCE	Mario	188	U.C.F. di Cavalese	
		DORIGONI	Fiorenzo	188	U.T.E.	Sez. IV
		ALLIONE CRISTELLOTTI	Dolores	188	U.T.E.	Sez. IV
* * *						
Assistente o disegnatore	10	MARGIOTTA	Antonio	168	U.C.F. di Mezzolombardo	
		SUSATTI	Sergio	168	U.C.F. di Riva sul Garda	
		LORENZONI	Renzo	168	U.C.F. di Cles	
		ESPOSITO	Angelo	168	U.C.F. di Rovereto	
		DE PASQUAL	Gianfranco	168	U.C.F. di Borgo Valsugana	
		VASTARELLA	Luigi	168	U.T.E.	Sez. II
		DE PAOLA VASTARELLA	Albina	168	U.T.E.	Sez. II
		PETRUCCI GUGLIELMI	Maria Finicola	168	U.T.E.	Sez. IV
		GALLONE ANTONELLO	Maria Dolores	168	U.T.E.	Sez. II
Assistente in prova		MARCHETTI	Angelo	143	U.C.F. di Tione	
* * *						
Dipendenti ex I.CO.	2	QUATTRINI	Giorgio	—	U.T.E.	Sez. IV
		BRIGHENTI	Walter	—	U.C.F. di Riva sul Garda	

*Totale carriera esecutiva — Ruolo tecnico: n. 23*

#### Carriera esecutiva — Ruolo dei meccanografi

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
Coadiutore meccanico in prova	2	MENAPACE	Alessandra	128	U.T.E.	Sez. IV
		CAGOL	Maurizio	128	U.T.E.	Sez. II

*Totale carriera esecutiva — Ruolo dei meccanografi : n. 2*

*Totale complessivo del contingente del personale dipendente dall'Ufficio Tecnico Erariale di TRENTO: N. 50*

**UFFICI DELLA PROVINCIA DI BOLZANO****Carriera di concetto — Ruolo tecnico**

QUALIFICA	N.	NOME E COGNOME		Param.	Ufficio di appartenenza	
<b>Geom. Principale</b>	19	BELFANTI	Pietro	302	U.T.E.	Sez. II
		NALESINI	Lucio	302	U.C.F. di Silandro	
		ANGHEBEN	Romano	302	U.C.F. di Merano	
		BERTON	Porthos	302	U.T.E.	Sez. IV
		MANTOVANI	G. Alberto	302	U.C.F. di Bolzano	
		LUGLI	Alberto	302	U.T.E.	Sez. IV
		CORAZZOLA	Ferruccio	302	U.T.E.	Sez. IV
		CORNELIO	Francesco	302	U.T.E.	Sez. IV
		BINELLI	Luciano	302	U.T.E.	Sez. IV
		CORNI	Cesare	302	U.C.F. di Bressanone	
		BARADELLO	Romano	302	U.T.E.	Sez. IV
		SPAZZINI	Gino	302	U.T.E.	Sez. IV
		NARDO	Domenico	260	U.C.F. di Brunico	
		CIMA	G. Battista	260	U.T.E.	Sez. IV
		FALLERONI	Gino	260	U.T.E.	Sez. IV
		FURIA	Mario	302	U.T.E.	Sez. IV
		DI GIROLAMO	A. Vito	260	U.C.F. di Bolzano	
		TOSI	Franco	260	U.C.F. di Bolzano	
		BATELLI	Valentino	260	U.C.F. di Bolzano	
* * *						
<b>Geometri</b>	3	MORELATO	Adriano	227	U.C.F. di Bolzano	
		PANCHERI	Kurt	227	U.C.F. di Bolzano	
		SALIN	Bruno	227	U.C.F. di Bolzano	
* * *						
<b>Geometra ex I. CO.</b>	1	COVA	Mariano	—	U.C.F. di Merano	

*Totale carriera di concetto — Ruolo tecnico: n. 23*



### Carriera esecutiva — Ruolo tecnico

QUALIFICA	N.	NOME E COGNOME		Param.	Ufficio di appartenenza
<b>Assistente o disegnatore superiore</b>	2	PEDROTTI	Fabio	245	U.C.F. di Bolzano
		PANCHERI	Alfredo	245	U.C.F. di Bolzano
* * *					
<b>Assistente o disegnatore principale</b>	15	CONTI SPANU	Erichetta	218	U.C.F. di Brunico
		FAVETTA	Massimiliano	218	U.C.F. di Bolzano
		STACUL NALESINI	Liliana	218	U.C.F. di Merano
		BATTISTOTTI FELLER	Tullia	218	U.T.E. Sez. II
		DURANTE EGGER	Graziella	218	U.C.F. di Bressanone
		CECCON	Giannina	218	U.T.E. Sez. II
		BETTIO	Luciano	218	U.T.E. Sez. II
		MONTRASIO	Edoardo	218	U.T.E. Sez. IV
		BARTOLOMUCCI MORELATO	Riccarda	218	U.T.E. Sez. II
		AZZARONE	G. Paolo	218	U.C.F. di Silandro
		VINCENZI SCATOLINI	Alberta	218	U.T.E. Sez. IV
		BRUNATI	Livia	218	U.T.E. Sez. IV
		SCHIAVONE	Silvana	188	U.T.E. Sez. IV
		ZUCHELLI NICOLINI	Carmen	188	U.T.E. Sez. IV
		ROMAGNA	Guido	188	U.C.F. di Bolzano
* * *					
<b>Assistente o disegnatore</b>	19	TRETTL	Helene	168	U.T.E. Sez. IV
		GALLER	Rosemarie	168	U.C.F. di Merano
		RAINER KONIG	Immacolata	168	U.T.E. Sez. IV
		REITERER	Alois (Luigi)	168	U.C.F. di Merano
		AUER	Gerold	168	U.C.F. di Brunico
		REGELE	Josef	168	U.T.E. Sez. IV
		DONATI	Livio	168	U.C.F. di Silandro
		UNTERBERGER	Luigi	168	U.C.F. di Brunico
		PLAICKNER ZILS	Johanna (Giovanna)	168	U.C.F. di Bressanone
		GRUBER	Giacomo	168	U.T.E. Sez. II

(SEGUE)

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME	Param.	Ufficio di appartenenza
		WINKLER OBERKALMSTEINER Annelise	168	U.C.F. di Bolzano
		GECHELIN BRUNATI A. Maria	168	U.C.F. di Bolzano
		ZECCHINATO MORTARA Rosalia	168	U.C.F. di Bolzano
		STAINDL Adolf	168	U.C.F. di Bolzano
		CALDONAZZI Josef	168	U.T.E. Sez. IV
		NADALET STENICO Lia	168	U.T.E. Sez. II
		QUARCHIONI FURIA Adua	168	U.T.E. Sez. IV
		CAMPELLO Gianfranco	168	U.T.E. Sez. IV
		RECHEMNARCHER Erich	168	U.C.F. di Silandro
		* * *		
Dipendenti ex I. CO.	2	GENGA Nicola	—	U.C.F. di Merano
		WIELANDER PLATZGUMMER Margit	—	U.C.F. di Silandro

*Totale carriera esecutiva — Ruolo tecnico: n. 38*

#### Carriera ausiliaria

QUALIFICA	N.	COGNOME E NOME	Param.	Ufficio di appartenenza
Commessi	2	VINCENTINI MARCELLI Amalia	133	U.T.E. Sez. IV
		ANTE Ciro	133	U.T.E. Sez. IV

*Totale carriera ausiliaria: n. 2*

*Totale complessivo del contingente del personale dipendente dall'Ufficio Tecnico Erariale di BOLZANO N. 63*

**Art. 2**

I dirigenti degli Uffici Tecnici Erariali di Trento e di Bolzano cureranno la consegna ai competenti organi regionali degli Uffici trasferiti ai sensi del 1. comma dall'art. 6 del D.P.R. 31 luglio 1978, n. 569.

Delle avvenute consegne saranno redatti appositi formali verbali.

**Art. 3**

Ai dirigenti degli Uffici Tecnici Erariali di Trento e di Bolzano, per gli effetti delle disposizioni del 2. e del 3. comma dell'art. 1 del D.P.R. 31 luglio 1978, n. 569, è affidata la vigilanza della corretta ed uniforme esecuzione, da parte degli Uffici trasferiti alla Regione Trentino-Alto Adige, delle direttive emanate dal Ministero delle Finanze in materia catastale.

Il presente decreto sarà trasmesso alla Corte dei Conti per essere registrato.

Roma, 5 dicembre 1978.

**IL MINISTRO**

*Registrato alla Corte dei Conti addì 16 maggio 1979 Reg. n. 18 Finanze - Foglio n. 4.*

Trento, 19 giugno 1979

prot. n. 191 Cons. reg.

Ill.mo Signor  
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

TRENTO

### INTERROGAZIONE

Da informazioni raccolte dal sottoscritto, risulterebbe che la Giunta regionale sta predisponendo un disegno di legge per applicare ai dipendenti regionali addetti al Libro fondiario i livelli funzionali di cui al recente decreto legge governativo, recepito per il restante personale regionale con provvedimenti di Giunta.

Ciò premesso, il sottoscritto, Consigliere regionale di Nuova Sinistra - Neue Linke, Sandro Boato, chiede di interrogare il Presidente della Giunta regionale, per conoscere se ed in che modo si intendano garantire esigenze obiettive di coordinamento e perequazione con il personale degli uffici catastali che indubbiamente svolge mansioni analoghe al personale del libro fondiario, e fra poco tempo dovrebbe transitare nei ruoli regionali.

A termine di Regolamento si chiede risposta scritta.

F.to cons. reg. arch Sandro Boato

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

Giunta regionale - Il Presidente

Trento, 22 giugno 1979

prot. n. 11848/SGA VI

Prot. n. 198 Cons. reg.  
del 25 giugno 1979Egregio Signor  
Arch. Alessandro Boato - Consigliere regionale

TRENTO, via Gocciadoro, 31

e, p.c.

Egregio Signor  
Avv. Armando Paris  
Presidente del Consiglio regionale

TRENTO

Egregio Consigliere,

mi riferisco all'interrogazione di data 19 giugno scorso (n. 18) con la quale la S.V. chiede notizie circa la predisposizione, da parte della Giunta regionale, di un disegno di legge inteso a disciplinare lo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti regionali addetti agli Uffici tavolari, anche con riferimento all'entrata in vigore del Decreto legge 29 maggio 1979, n. 163 relativo al nuovo assetto retributivo funzionale del personale civile e militare dello Stato.

Al riguardo informo la S.V. che la Giunta regionale sta portando a conclusione la vertenza da tempo aperta con il sindacato del personale regionale addetto agli Uffici Tavolari, predisponendo un disegno di legge che renderà concretamente applicabili a tale personale le norme del D.P.R. n. 1163 del 1979 le quali, in particolare per i conservatori dei Libri fondiari, non sarebbero state applicabili in via amministrativa così come avviene per le normative del D.P.R. stesso nei riguardi di tutti i dipendenti regionali in virtù dell'aggancio automatico e del trattamento economico dei dipendenti stessi allo status dei dipendenti statali disposto con Legge Regionale 7/9/1958, n. 23.

Per quanto riguarda la invocata perequazione del personale addetto agli Uffici catastali

con il trattamento riservato al personale degli Uffici tavolari tale problema è all'esame della Giunta regionale.

Esso potrà essere approfondito e risolto soltanto a trasferimento avvenuto alla Regione degli uffici catastali con il personale ad essi addetto, in quanto solo in quel momento potranno essere individuate le mansioni svolte dai dipendenti, ristrutturato il servizio, nell'ambito della ristrutturazione complessiva dei servizi regionali e individuati i livelli ai quali definitivamente assegnare il personale catastale.

Distintamente

p. Il Presidente - Ass. Aldo Balzarini